



[www.MinisterieVanPropaganda.org](http://www.MinisterieVanPropaganda.org)

CLARA ZETKIN  
AUSGEWÄHLTE REDEN  
UND SCHRIFTEN



Mit herzlichsten Glückwünschen  
zum Geburtstag und dem Wunsch  
zu weiterer erfolgreicher Arbeit  
von Ihrer Parteileitung

Betriebsparteiorganisation der  
SED  
VEB Vereinigte Strumpfwerke  
Esda - Auerbach i. Erzgeb.

Auerbach/Erzgeb., am 9.7.57 *G. P. L. u. u.*

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED

# CLARA ZETKIN

AUSGEWÄHLTE REDEN  
UND SCHRIFTEN

BAND I

Auswahl aus den Jahren  
1889 bis 1917

Mit einem Vorwort  
von  
WILHELM PIECK



*Clara Zetkin*



DIETZ VERLAG BERLIN

1957

Mit 9 Bildern und Faksimiles

---

*Wilhelm Pieck*

## Vorwort

Clara Zetkin wurde am 5. Juli 1857 als Tochter eines sächsischen Dorfschullehrers namens Eißner geboren. Vom 17. bis zum 21. Lebensjahr erhielt sie in Leipzig auf einer Privatanstalt ihre Ausbildung als Lehrerin. Zu dieser Zeit wurde sie mit einer Gruppe russischer Studenten und Emigranten bekannt, die sie in ihre sozialistischen Anschauungen einweihten. Unter ihnen befand sich auch der russische Revolutionär Ossip Zetkin, der sich der deutschen Sozialdemokratie angeschlossen hatte und ein eifriger Verfechter der Lehren von Marx und Engels war.

Clara Zetkin, zunächst gefühlsmäßig für die sozialistischen Ideen eingenommen, wandte sich dem Studium des wissenschaftlichen Sozialismus zu und wurde zu einer glühenden Marxistin. Während des Bismarckschen Sozialistengesetzes, einer Zeit schwerster Verfolgungen, trat sie entschlossen in die Reihen der Arbeiterbewegung ein.

Im September 1880 wurde Ossip Zetkin wegen der Teilnahme an einer illegalen Sitzung, die von der Polizei gesprengt worden war, aus Deutschland ausgewiesen. Er wandte sich nach Frankreich. Auch Clara Zetkin verließ Deutschland. Sie arbeitete vorübergehend als Erzieherin in Österreich und ließ sich im Sommer 1882 in Zürich nieder. Sie nahm an der Arbeit

1.—10. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1957 · Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten

Typographie: Dietz Entwurf · Einband: Hans Kurzhahn

Papierformat: 61 × 86 cm · Verlagsbogen: 41 · Druckbogen: 51,25

Lizenznummer 1 · Gesamtherstellung: Leipziger Volkszeitung 11118138

jener deutschen Sozialisten teil, die in der Schweiz das illegale Zentralorgan der verfolgten deutschen Sozialdemokratie, den „Sozialdemokrat“, herstellten und nach Deutschland schmuggelten. Kurze Zeit später übersiedelte sie nach Paris, wo sie die Ehe mit Ossip Zetkin einging. Das harte Los der Emigration wurde besonders drückend, als Ossip Zetkin schwer erkrankte und Clara für ihn und ihre beiden Kinder sorgen mußte. In dieser schweren Zeit reifte in ihr die Entschlossenheit, durch die Entfaltung der internationalen proletarischen Frauenbewegung für die Verbesserung der Lage der Arbeiterfrauen zu kämpfen. In Paris erwarb sich Clara Zetkin die Freundschaft von Karl Marx' Tochter Laura und ihrem Manne Paul Lafargue sowie von Jules Guesde, einem damaligen Führer der französischen Sozialisten.

Clara Zetkin war aktiv an der Vorbereitung des Gründungskongresses der II. Internationale beteiligt, der während der Weltausstellung 1889 in Paris stattfand. Als Mitarbeiterin der „Berliner Volkstribüne“ und als Delegierte der sozialistischen Frauen Berlins nahm sie am Kongreß teil und hielt eine große Rede über die Arbeit unter den Frauen. Sie forderte die volle Gleichberechtigung der Frau im Berufsleben und in der Gesellschaft und entwickelte das Kampfprogramm des revolutionären Marxismus für die proletarische Frauenbewegung, begründet auf der Gemeinsamkeit der Klasseninteressen der Männer und Frauen des Proletariats.

Clara Zetkin vertrat die Auffassung, daß Organisation und Schulung der Industriearbeiterinnen nicht nur die wichtigsten Schritte sind, die Lage der Frauen zu heben, sie sind auch bedeutende Faktoren für den schnellen und stärkeren Fortgang der Arbeiterbewegung überhaupt und dadurch von größtem

Einfluß auf eine raschere Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse.

Diese Rede wurde zum Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit als Leiterin des von ihr gegründeten ersten internationalen Frauensekretariats. Dieses erste Auftreten Clara Zetkins in der internationalen Arena des Sozialismus brachte ihr auch die Bekanntschaft mit Friedrich Engels, der ihr seine volle Sympathie und Freundschaft schenkte. In einem Briefe an Paul Lafargue vom 16. Mai 1889 schreibt Engels:

„Clara Zetkin hat einen ausgezeichneten Artikel für die Berliner ‚Tribüne‘ geschrieben . . . Wenn wir diese genaue Darlegung der Ereignisse drei Monate vorher gekannt hätten, würden wir viel gewonnen haben.“

Auf der dem Kopenhagener Kongreß der II. Internationale 1910 folgenden Frauenkonferenz brachte Clara Zetkin den Vorschlag ein, alljährlich einen internationalen Kampftag der Frauen durchzuführen, den heute Millionen Frauen der ganzen Welt feiern. So nahm Clara Zetkin bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges aktiv an der Arbeit der II. Internationale teil und war bis zu diesem Zeitpunkt auf allen ihren Kongressen anwesend. In den langen Jahren ihres politischen Kampfes erwarb sie sich auch die Achtung des Führers der russischen Arbeiterklasse, Wladimir Iljitsch Lenin.

Als 1890 das Bismarcksche „Sozialistengesetz“ fiel und mit ihm sein Urheber stürzte, kehrte Clara Zetkin nach Deutschland zurück und half, die sozialdemokratische Frauenbewegung zu organisieren. Das war eine schwere Aufgabe, da die reaktionäre Gesetzgebung den Frauen nicht nur das Wahlrecht verweigerte, sondern ihnen auch die Mitgliedschaft in politischen Organisationen, ja teilweise sogar die Teilnahme an

politischen Versammlungen verbot. Darum baute Clara Zetkin ein System von Vertrauenspersonen auf, die die organisierte Arbeit unter den Frauen leiteten.

Ende 1891 übernahm Clara Zetkin die Redaktion der Frauenzeitung der deutschen Sozialdemokratie, der „Gleichheit“, die sie 25 Jahre hindurch, bis zum Jahre 1917, leitete. Unter ihrer Redaktion wurde diese Zeitung in der internationalen proletarischen Frauenbewegung richtungweisend. Sie erzog die Frauen in marxistischem Geiste und gab ihnen Anleitung für die praktische politische Arbeit, dabei war sie hervorragend in Sprache und Gestaltung. Besondere Aufmerksamkeit widmete sie den durch die fortschreitende Industrialisierung aktuell gewordenen Problemen des Familienlebens sowie der Erziehung der Kinder in Schule und Elternhaus. Ihre tiefgründigen Untersuchungen dieser Probleme, zu deren Behandlung sie als Mutter und Pädagogin besonders berufen war, sind vorbildlich in ihrer marxistischen Durchdringung und Weiterführung der besten Ergebnisse der fortschrittlichen Pädagogik. Dabei befähigte sie ihre ausgezeichnete Kenntnis der klassischen deutschen Dichtung und Philosophie, verbunden mit ihrer entschieden klassenkämpferischen Grundhaltung, der Reaktion und dem Muckertum vernichtende Gefechte zu liefern.

Clara Zetkin gehörte in der alten Sozialdemokratie stets zu den Linken. Bereits auf dem Frankfurter Parteitag 1894 und dem Breslauer Parteitag 1895 hatte sie großen Anteil daran, daß das opportunistische Agrarprogramm der Revisionisten David und Vollmar abgelehnt wurde. Die russische Revolution von 1905/07 fand in Clara Zetkin eine begeisterte Propagandistin, die in vielen Massenversammlungen die heroischen Kämpfe

der russischen Arbeiter und Bauern würdigte. Dabei erläuterte sie den Massen die Bedeutung des politischen Massenstreiks als einer mächtigen Waffe der Arbeiterklasse und trat für die Anwendung der neuen, aus der russischen Revolution gewonnenen revolutionären Erkenntnisse in Deutschland ein.

Schon lange vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges entfaltete Clara Zetkin alle Kräfte, um die Massen gegen die heraufziehenden Gefahren zu mobilisieren. Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel 1912 hielt sie eine flammende Rede gegen den drohenden imperialistischen Krieg und rief die Arbeiter aller Länder auf, ihn durch kraftvolle politische Aktionen zu verhindern. Drei Monate vor Beginn des Weltkrieges organisierte sie in Berlin ein großes internationales Meeting gegen die wachsende Kriegsgefahr.

Als der imperialistische Krieg ausbrach und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kriegskredite bewilligte, war Clara Zetkin eine der wenigen, die die Einladung Rosa Luxemburgs zu einer Oppositionskonferenz begrüßte und gemeinsam mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring einen Protest erließ gegen die Preisgabe der Grundsätze der internationalen sozialistischen Bewegung, die alle Sozialisten zum Kampf gegen den Krieg verpflichteten. Im März 1915 organisierte Clara Zetkin in der Schweiz eine internationale sozialistische Frauenkonferenz gegen den imperialistischen Weltkrieg.

Die kaiserliche Regierung ließ Clara Zetkin in „Schutzhaft“ nehmen, das heißt verhaften und einkerkern. Krank aus dem Gefängnis entlassen, nahm sie sofort ihre revolutionäre Arbeit wieder auf. Sie verstand es, ihre kriegsgegnerische Haltung trotz der Militärzensur in der „Gleichheit“ zum Ausdruck zu

bringen. Als sie deswegen vom Parteivorstand gemäßregelt und entlassen wurde, übernahm sie die Redaktion der Frauenbeilage der „Leipziger Volkszeitung“. Außerdem nahm sie an der illegalen Arbeit der Spartakusgruppe teil.

Die Kriegspolitik der rechten Führer hatte die SPD gespalten. Um die Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu sammeln, wurde im Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet. Clara Zetkin machte besondere Anstrengungen, um die Arbeiteranhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für die Kommunistische Partei Deutschlands zu gewinnen. Clara Zetkins weiterer Lebensweg war eng verknüpft mit der Geschichte der KPD und ihrem Aufstieg zur Massenpartei. In den inneren Auseinandersetzungen und Klärungsprozessen der KPD blieb Clara Zetkin nicht frei von Schwankungen, die aus der Vergangenheit der deutschen Linken herührten. Aber sie besaß jene große Fähigkeit, ohne die ein Revolutionär nicht leben und kämpfen, wachsen und reifen kann: sie kannte keine Scheu vor Kritik und Selbstkritik; sie verstand aus ihren Fehlern zu lernen, sie zu überwinden und über sie hinauszuwachsen.

Im Lebensweg Clara Zetkins spiegelt sich ein großer Abschnitt der Geschichte des Marxismus wider. Clara Zetkin, die Mitkämpferin von Friedrich Engels, die Weggenossin von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, erkannte frühzeitig, daß der Leninismus keine spezifisch russische Angelegenheit, sondern der Marxismus unserer Epoche ist. Schon auf dem Dresdner Parteitag der Sozialdemokratie 1903 legte sie ein flammendes Bekenntnis zur revolutionären Bewegung im zaristischen Rußland ab. 1905 schrieb sie in der „Gleichheit“,

das russische Proletariat sei „zum Preisfechter für das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt, insbesondere aber Europas geworden“. Begeistert und ohne Vorbehalte bekannte sich Clara Zetkin zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. In einem Brief an eine Konferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei schrieb sie 1918:

„Mit Entschiedenheit und Sympathie bin ich für die Bolschewiki eingetreten . . . Die Geschichte hat meiner Meinung nach das theoretische Frage- und Antwortspiel nach der Berechtigung der Machtergreifung durch die russischen Proletarier und Bauern entschieden. Die Riesengestalt der Oktoberrevolution steht vor uns, ihr heißer Odem weht dem internationalen Proletariat zu: Ich bin, ich werde sein! Folgt!“

Im Frühherbst 1920 fuhr Clara Zetkin zum ersten Male ins Sowjetland. In vielen Reden, Artikeln, Broschüren und Büchern weckte sie das Verständnis des deutschen und des internationalen Proletariats für die schweren Kämpfe der Arbeiter und Bauern des Sowjetlandes und später für den erfolgreichen sozialistischen Aufbau. Als Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und Führerin der internationalen Frauenbewegung unternahm sie häufig Reisen in die Sowjetunion und fand schließlich im Land der siegreichen Arbeiter und Bauern für ihren Lebensabend eine Heimstatt.

In den Jahren dieser internationalen Tätigkeit blieb Clara Zetkin aufs engste mit dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse verbunden. Ungeachtet ihres hohen Alters unternahm sie im August 1932 noch die weite Reise von Moskau nach Berlin, um, allen Drohungen zum Trotz, den neugewählten Reichstag als Alterspräsidentin mit einer aufrüttelnden Rede gegen die faschistische Gefahr und für die proletarische Einheitsfront zu eröffnen.

Besondere Verdienste erwarb sich Clara Zetkin um die Förderung der internationalen Solidarität. 1924 übernahm sie die Geschäftsführung der Internationalen Roten Hilfe und wurde 1925 deren Präsidentin. In weltumspannenden Massenbewegungen mobilisierten die „Rote-Hilfe“-Organisationen breite Volksmassen gegen den faschistischen Terror und für die Unterstützung seiner Opfer.

Clara Zetkin, die Vorkämpferin und Organisatorin der internationalen Frauenbewegung, die konsequente Kämpferin gegen Imperialismus und Krieg, die Kommunistin, die ihre reichen schriftstellerischen und rednerischen Gaben mit nie verlöschender Leidenschaft für die Befreiung der arbeitenden Menschheit, für die marxistisch-leninistische Aufklärung der Volksmassen einsetzte, starb am 20. Juni 1933 in Archangelskoje bei Moskau. Die Urne mit den sterblichen Überresten Clara Zetkins wurde in einer feierlichen Kundgebung, an der Hunderttausende Moskauer und zahlreiche Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung teilnahmen, am 22. Juni 1933 in der Kremlmauer beigesetzt.

---

## Vorbemerkung

Der vorliegende Band enthält eine vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED besorgte Auswahl der Reden und Schriften Clara Zetkins vom Juli 1889 bis zum November 1917.

In diesen Zeitabschnitt fallen so wichtige Ereignisse wie die Gründung der II. Internationale im Jahre 1889, die russische Revolution von 1905, der erste imperialistische Weltkrieg und der Zusammenbruch der II. Internationale, die Sammlung der entschiedenen Vertreter des proletarischen Internationalismus unter dem Einfluß der Bolschewiki und die russische Februarrevolution 1917.

Die ersten Arbeiten Clara Zetkins entstanden noch in der letzten Etappe des Übergangs des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus, während der größere Teil ihrer Arbeiten in der Epoche des Imperialismus selbst entstand. Der Band beginnt mit der Rede Clara Zetkins auf dem Gründungskongreß der II. Internationale und endet mit einem Artikel, der dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gewidmet ist.

Die Reden und Schriften Clara Zetkins sind ein wertvolles Studienmaterial zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Viele Probleme des proletarischen Klassenkampfes der

imperialistischen Epoche, des Vorabends der sozialistischen Revolution, finden in ihnen ihren Niederschlag. Aus dem umfangreichen und vielseitigen Schaffen Clara Zetkins konnte in diesem Band allerdings nur eine Auswahl gegeben werden, wobei die Herausgeber bemüht waren, von dem Wirken der großen deutschen Revolutionärin ein möglichst umfassendes Bild zu vermitteln.

Ein großer Teil der hier veröffentlichten Arbeiten behandelt die Probleme der proletarischen Frauenbewegung, in der Clara Zetkin im nationalen und internationalen Maßstab eine wahrhaft bahnbrechende und überragende Rolle gespielt hat. Hätte Clara Zetkin nur die Verdienste aufzuweisen, die sie sich im Kampfe gegen die doppelte Versklavung der werktätigen Frau und für die Einbeziehung der Frauen in den Befreiungskampf der Arbeiterklasse erworben hat, würde ihr Name allein deswegen unvergeßlich bleiben.

Aber es gibt kaum eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Frage des proletarischen Lebens und Kampfes, zu der Clara Zetkin nicht als glühende Kämpferin für den Sozialismus, als leidenschaftliche Kündlerin des Marxismus Stellung genommen hätte – angefangen von den sozialen Fragen, den Fragen der Erziehung, der Kunst und Wissenschaft bis zu den großen prinzipiellen und taktischen Problemen des proletarischen Klassenkampfes. Ihre Reden und Aufsätze sind ein Spiegelbild ihres unversöhnlichen Kampfes gegen den Klassenfeind, gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, ihres unermüdlichen Einsatzes für die praktische Anwendung der Grundsätze des proletarischen Internationalismus im Frieden wie im Krieg, für die Bekundung der aktiven Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern und Bauern Rußlands, jenes Landes, das immer mehr

zum Zentrum des revolutionären Befreiungskampfes des internationalen Proletariats wurde.

Die russische Revolution von 1905 begrüßte Clara Zetkin begeistert als „das Vorspiel . . . zu einer Reihe von Revolutionen, in denen das Proletariat aller Länder seine Ketten brechen und eine Welt erobern wird“ (S. 339). Ihre Reden und Schriften zeigen, wie Clara Zetkin bestrebt war, die aus der russischen Revolution gewonnenen neuen Erkenntnisse für die deutsche Arbeiterbewegung nutzbar zu machen (zum Beispiel in dem Artikel „Jena“, Oktober 1905), und wie energisch sie in der Partei und in der Internationale für die Anerkennung des proletarischen Massenstreiks als einer wichtigen Waffe im Klassenkampf eintrat (Rede auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907).

Auf dem Parteitag zu Essen 1907, auf dem es zu Auseinandersetzungen über die Militärfrage kam, vertrat Clara Zetkin den marxistischen Standpunkt in der Frage des bürgerlichen und proletarischen Patriotismus in einer leidenschaftlichen Rede. Diese Rede verdient auch noch heute volle Aufmerksamkeit, wenn auch in ihr der Verteidigungskrieg eines kapitalistischen Staates zwar mit aller Skepsis betrachtet, aber doch als eventuell möglich behandelt wurde.

Sehr aufschlußreich für Clara Zetkins weitsichtige Erkenntnis neuer, durch den Imperialismus aufgeworfener Probleme ist ihre Stellungnahme zur Revolution in China (1911), die sie als „Wetterzeichen, daß der internationale Kapitalismus in die letzte sturmbewegte Phase seiner Existenz eingetreten ist“, bezeichnete (S. 546).

Die Beiträge aus der Zeit vom Beginn des Weltkrieges bis April 1917 zeugen davon, daß Clara Zetkin nicht einen Augen-

blick schwankte, wo nach Entfesselung der imperialistischen Kriegsfurie ihr Kampfplatz war. Sie verstand es, trotz der großen Schwierigkeiten, die sich aus dem Bündnis der Militärdiktatur, der Imperialisten und der Führung der Sozialdemokratie ergaben, gegen den imperialistischen Krieg Stellung zu nehmen, wenn es in der „Gleichheit“ auch nur in der von der Zensur erzwungenen „Sklavensprache“ und oft nur zwischen den Zeilen ausgedrückt geschehen konnte.

Daher ist für die Klarstellung der Haltung Clara Zetkins zum imperialistischen Krieg und zur Kriegspolitik der sozialdemokratischen Führung ihr im vorliegenden Band erstmalig veröffentlichter Brief an die holländische Sozialistin Heleen Ankersmit, geschrieben im Dezember 1914, von besonderem Interesse. Er ist ein wichtiges historisches Dokument, konnte sich hier Clara Zetkin doch offen über alle Probleme und Ereignisse äußern, ohne die „Sklavensprache“ benutzen zu müssen.

Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im Weltkrieg war der vorläufige Schlußpunkt einer Entwicklung, die bereits vor der Jahrhundertwende in ihren Anfängen sichtbar war und gegen die Clara Zetkin einen unermüdlichen Kampf führte: den Kampf um die Verteidigung der marxistischen Grundsätze und des revolutionären Charakters der Partei gegen den sich immer mehr ausbreitenden Opportunismus und Revisionismus.

Bereits auf dem Parteitag in Breslau 1895 trat Clara Zetkin gegen die dem Parteitag unterbreiteten Vorschläge zu einem Agrarprogramm auf, da diese – entstanden unter dem Einfluß der Opportunisten Vollmar und David – „nicht dem Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie“ entsprachen (S. 85).

Als um die Jahrhundertwende Bernstein, David, Vollmar und andere mit der Revision des Marxismus begannen und die

Sozialdemokratie in eine kleinbürgerliche Reformpartei umwandeln wollten, wandte sich Clara Zetkin auf dem Parteitag in Stuttgart 1898 und in ihrem Artikel „Wider die sozialdemokratische Theorie und Taktik“ energisch gegen diese Bestrebungen.

Der Kampf Clara Zetkins gegen die Gefahr der opportunistischen Versumpfung der Sozialdemokratie, den sie gemeinsam mit den übrigen Linken in der Partei führte, zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Reden und Aufsätze. Immer mehr kam sie zu der Erkenntnis, daß es sich bei den Auseinandersetzungen in der Partei um „zwei grundverschiedene Theorien des politischen Kampfes“ handelt, um „zwei Theorien, die so gegensätzlich sind wie bürgerliche Reformpartei und proletarisch-revolutionäre Klassenpartei“ (S. 453). Auf dem Magdeburger Parteitag 1910 vertrat sie die Auffassung, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei nur dann sinnvoll ist, wenn diese Einheit auf der Theorie und Praxis des revolutionären Klassenkampfes basiert.

Die Schriften und Reden Clara Zetkins zeigen aber auch, daß die Linken in der deutschen Sozialdemokratie aus den in vieler Beziehung richtigen Erkenntnissen über die Gefahr des Opportunismus nicht die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen haben. Als die Anfänge der opportunistischen Bestrebungen innerhalb der Partei sichtbar wurden, schrieb Clara Zetkin in ihrem Artikel „Zum Parteitag in Hannover“ (1899) in offensichtlichem Widerspruch zu ihrer politischen Einschätzung der opportunistischen Gefahr, es sei „Sache jeder einzelnen opportunistelnden Person, mit ihrem Gewissen auszumachen, ob sie der Partei angehören könne oder nicht“ (S. 183). Als der Nürnberger Parteitag 1908 mit überwältigender Mehrheit in einer Resolution die süddeutschen Genossen zurückgewiesen

und die von ihnen befürwortete Budgetbewilligung als unvereinbar mit den Grundsätzen und Beschlüssen der Partei bezeichnet hatte, begrüßte Clara Zetkin diese Entscheidung, stellte aber gleichzeitig einschränkend fest, „daß die Resolution weder ein Mißtrauens- noch ein Tadelsvotum für die Budgetbewilliger sein soll“ (S. 455).

Obwohl der Opportunismus sich immer stärker in der Partei einnistete, seine Wortführer sogar zu offenen Disziplinbrüchen übergingen, die Reichstagsfraktion 1913 dem Wehrbeitrag zustimmte und damit alle bisher von den Parteitagten proklamierten Prinzipien über den Haufen warf, verzichteten die Linken im Interesse der formalen Einheit der Partei darauf, einen entschlossenen Kampf für die Entfernung der Opportunisten aus der Partei zu führen und gegen die fortwährenden Zugeständnisse der Zentristen im Parteivorstand an die Opportunisten Front zu machen.

Zur Erklärung dieser Haltung sei darauf verwiesen, daß die Linken in der deutschen Sozialdemokratie aus der unzweifelhaften Verschärfung der Klassengegensätze den unrichtigen Schluß zogen, die herannahenden großen Klassenkämpfe und der revolutionäre Kampfgeist der Massen würden der Entfaltung des Opportunismus eine automatisch wirkende Schranke setzen.

Diese Unklarheiten und Unzulänglichkeiten in der Stellungnahme der Linken, die ihren Ausdruck auch in einigen der Reden und Schriften Clara Zetkins aus dieser Zeit finden, hatten ihre tiefere Ursache in der ungenügenden Klarheit der Linken in einer Reihe theoretischer und grundsätzlicher Fragen, die das Wesen des Imperialismus und die Rolle der Partei in der Epoche des Imperialismus betreffen. Sie verkannten die Notwendigkeit der Herausbildung einer wahrhaft revolutionären

Partei, die imstande gewesen wäre, in den kommenden großen Klassenschlachten das deutsche Proletariat zum Siege zu führen. Die Rolle der Partei unter den Bedingungen des Imperialismus und der revolutionären Perspektiven hatten damals nur Lenin und seine Kampfgenossen erkannt.

Diese einschränkenden Bemerkungen ändern nichts daran, daß die Reden und Schriften Clara Zetkins zu dem Besten gehören, was die marxistischen Linken in der deutschen Sozialdemokratie gesagt und geschrieben haben. Die Reden und Schriften sind ein Beweis für die unvergänglichen Leistungen und Verdienste Clara Zetkins für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung, für den Befreiungskampf der Frauen, für den Frieden.

*Institut für Marxismus-Leninismus  
beim Zentralkomitee der  
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*



CLARA ZETKIN

AUSGEWÄHLTE REDEN  
UND SCHRIFTEN

BAND I



---

## Für die Befreiung der Frau!

*Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris*

19. Juli 1889

Bürgerin Zetkin, Abgeordnete der Arbeiterinnen von Berlin, ergreift unter lebhaftem Beifall das Wort über die Frage der Frauenarbeit. Sie erklärt, sie wolle keinen Bericht erstatten über die Lage der Arbeiterinnen, da diese die gleiche ist wie die der männlichen Arbeiter. Aber im Einverständnis mit ihren Auftraggeberinnen werde sie die Frage der Frauenarbeit vom prinzipiellen Standpunkt beleuchten. Da über diese Frage keine Klarheit herrsche, sei es durchaus notwendig, daß ein internationaler Arbeiterkongreß sich klipp und klar über diesen Gegenstand ausspreche, indem er die Prinzipienfrage behandelt.

Es ist – führt die Rednerin aus – nicht zu verwundern, daß die reaktionären Elemente eine reaktionäre Auffassung haben über die Frauenarbeit. Im höchsten Grade überraschend aber ist es, daß man auch im sozialistischen Lager einer irrtümlichen Auffassung begegnet, indem man die Abschaffung der Frauenarbeit verlangt. Die Frage der Frauenemanzipation, das heißt in letzter Instanz die Frage der Frauenarbeit, ist eine wirtschaftliche, und mit Recht erwartet man bei den Sozialisten ein höheres Verständnis für wirtschaftliche Fragen als das, welches sich in der eben angeführten Forderung kundgibt.

Die Sozialisten müssen wissen, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung die Frauenarbeit eine Notwendigkeit ist; daß die natürliche Tendenz der Frauenarbeit

entweder darauf hinausgeht, daß die Arbeitszeit, welche jedes Individuum der Gesellschaft widmen muß, vermindert wird oder daß die Reichtümer der Gesellschaft wachsen; daß es nicht die Frauenarbeit an sich ist, welche durch Konkurrenz mit den männlichen Arbeitskräften die Löhne herabdrückt, sondern die Ausbeutung der Frauenarbeit durch den Kapitalisten, der sich dieselbe aneignet.

Die Sozialisten müssen vor allem wissen, daß auf der ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit die soziale Sklaverei oder Freiheit beruht.

Diejenigen, welche auf ihr Banner die Befreiung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, geschrieben haben, dürfen nicht eine ganze Hälfte des Menschengeschlechtes durch wirtschaftliche Abhängigkeit zu politischer und sozialer Sklaverei verurteilen. Wie der Arbeiter vom Kapitalisten unterjocht wird, so die Frau vom Manne; und sie wird unterjocht bleiben, solange sie nicht wirtschaftlich unabhängig dasteht. Die unerläßliche Bedingung für diese ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Arbeit. Will man die Frauen zu freien menschlichen Wesen, zu gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft machen wie die Männer, nun, so braucht man die Frauenarbeit weder abzuschaffen noch zu beschränken, außer in gewissen, ganz vereinzelt Ausnahmefällen.

Die Arbeiterinnen, welche nach sozialer Gleichheit streben, erwarten für ihre Emanzipation nichts von der Frauenbewegung der Bourgeoisie, welche angeblich für die Frauenrechte kämpft. Dieses Gebäude ist auf Sand gebaut und hat keine reelle Grundlage. Die Arbeiterinnen sind durchaus davon überzeugt, daß die Frage der Frauenemanzipation keine isoliert für sich bestehende ist, sondern ein Teil der großen sozialen Frage. Sie geben sich vollkommen klare Rechenschaft darüber, daß diese Frage in der heutigen Gesellschaft nun und nimmermehr gelöst werden wird, sondern erst nach einer gründlichen Um-

gestaltung der Gesellschaft. Die Frauenemanzipationsfrage ist ein Kind der Neuzeit, und die Maschine hat dieselbe geboren.

Emanzipation der Frau heißt die vollständige Veränderung ihrer sozialen Stellung von Grund aus, eine Revolution ihrer Rolle im Wirtschaftsleben. Die alte Form der Produktion mit ihren unvollkommenen Arbeitsmitteln fesselte die Frau an die Familie und beschränkte ihren Wirkungskreis auf das Innere ihres Hauses. Im Schoß der Familie stellte die Frau eine außerordentlich produktive Arbeitskraft dar. Sie erzeugte fast alle Gebrauchsgegenstände der Familie. Beim Stande der Produktion und des Handels von ehemals wäre es sehr schwer, wenn nicht unmöglich gewesen, diese Artikel außerhalb der Familie zu produzieren. Solange diese älteren Produktionsverhältnisse in Kraft waren, solange war die Frau wirtschaftlich produktiv . . .

Die maschinelle Produktion hat die wirtschaftliche Tätigkeit der Frau in der Familie getötet. Die Großindustrie erzeugt alle Artikel billiger, schneller und massenhafter, als dies bei der Einzelindustrie möglich war, die nur mit den unvollkommenen Werkzeugen einer Zwergproduktion arbeitete. Die Frau mußte oft den Rohstoff, den sie im kleinen einkaufte, teurer bezahlen als das fertige Produkt der maschinellen Großindustrie. Sie mußte außer dem Kaufpreis (des Rohstoffes) noch ihre Zeit und ihre Arbeit dreingeben. Infolgedessen wurde die produktive Tätigkeit innerhalb der Familie ein ökonomischer Unsinn, eine Vergeudung an Kraft und Zeit. Obgleich ja einzelnen Individuen die im Schoß der Familie produzierende Frau von Nutzen sein mag, bedeutet diese Art der Tätigkeit nichtsdestoweniger für die Gesellschaft einen Verlust.

Das ist der Grund, warum die gute Wirtschaftlerin aus der guten alten Zeit fast gänzlich verschwunden ist. Die Großindustrie hat die Warenerzeugung im Hause und für die Familie unnütz gemacht, sie hat der häuslichen Tätigkeit der

Frau den Boden entzogen. Zugleich hat sie eben auch den Boden für die Tätigkeit der Frau in der Gesellschaft geschaffen. Die mechanische Produktion, welche der Muskelkraft und qualifizierten Arbeit entraten kann, machte es möglich, auf einem großen Arbeitsgebiete Frauen einzustellen. Die Frau trat in die Industrie ein mit dem Wunsche, die Einkünfte in der Familie zu vermehren. Die Frauenarbeit in der Industrie wurde mit der Entwicklung der modernen Industrie eine Notwendigkeit. Und mit jeder Verbesserung der Neuzeit ward Männerarbeit auf diese Weise überflüssig, Tausende von Arbeitern wurden aufs Pflaster geworfen, eine Reservearmee der Armen wurde geschaffen, und die Löhne sanken fortwährend immer tiefer.

Ehemals hatte der Verdienst des Mannes unter gleichzeitiger produktiver Tätigkeit der Frau im Hause ausgereicht, um die Existenz der Familie zu sichern; jetzt reicht er kaum hin, um den unverheirateten Arbeiter durchzubringen. Der verheiratete Arbeiter muß notwendigerweise mit auf die bezahlte Arbeit der Frau rechnen.

Durch diese Tatsache wurde die Frau von der ökonomischen Abhängigkeit vom Manne befreit. Die in der Industrie tätige Frau, die unmöglicherweise ausschließlich in der Familie sein kann als ein bloßes wirtschaftliches Anhängsel des Mannes – sie lernte als ökonomische Kraft, die vom Manne unabhängig ist, sich selbst genügen. Wenn aber die Frau wirtschaftlich nicht mehr vom Manne abhängt, so gibt es keinen vernünftigen Grund für ihre soziale Abhängigkeit von ihm. Gleichwohl kommt diese wirtschaftliche Unabhängigkeit allerdings im Augenblick nicht der Frau selbst zugute, sondern dem Kapitalisten. Kraft seines Monopols der Produktionsmittel bemächtigte sich der Kapitalist des neuen ökonomischen Faktors und ließ ihn zu seinem ausschließlichen Vorteil in Tätigkeit treten. Die von ihrer ökonomischen Abhängigkeit dem Manne

gegenüber befreite Frau ward der ökonomischen Herrschaft des Kapitalisten unterworfen; aus einer Sklavin des Mannes ward sie die des Arbeitgebers: Sie hatte nur den Herrn gewechselt. Immerhin gewann sie bei diesem Wechsel; sie ist nicht länger mehr dem Mann gegenüber wirtschaftlich minderwertig und ihm untergeordnet, sondern seinesgleichen. Der Kapitalist aber begnügt sich nicht damit, die Frau selbst auszubeuten, er macht sich dieselbe außerdem noch dadurch nutzbar, daß er die männlichen Arbeiter mit ihrer Hilfe noch gründlicher ausbeutet.

Die Frauenarbeit war von vornherein billiger als die männliche Arbeit. Der Lohn des Mannes war ursprünglich darauf berechnet, den Unterhalt einer ganzen Familie zu decken; der Lohn der Frau stellte von Anfang an nur die Kosten für den Unterhalt einer einzigen Person dar, und selbst diese nur zum Teil, weil man darauf rechnete, daß die Frau auch zu Hause weiterarbeitet außer ihrer Arbeit in der Fabrik. Ferner entsprachen die von der Frau im Hause mit primitiven Arbeitsinstrumenten hergestellten Produkte, verglichen mit den Produkten der Großindustrie, nur einem kleinen Quantum mittlerer gesellschaftlicher Arbeit. Man ward also darauf geführt, eine geringere Arbeitsfähigkeit bei der Frau zu folgern, und diese Erwägung ließ der Frau eine geringere Bezahlung zuteil werden für ihre Arbeitskraft. Zu diesen Gründen für billige Bezahlung kam noch der Umstand, daß im ganzen die Frau weniger Bedürfnisse hat als der Mann.

Was aber dem Kapitalisten die weibliche Arbeitskraft ganz besonders wertvoll machte, das war nicht nur der geringe Preis, sondern auch die größere Unterwürfigkeit der Frau. Der Kapitalist spekulierte auf diese beiden Momente: die Arbeiterin so schlecht wie möglich zu entlohnen und den Lohn der Männer durch diese Konkurrenz so stark wie möglich herabzudrücken. In gleicher Weise machte er sich die Kinderarbeit

zunutze, um die Löhne der Frauen herabzudrücken; und die Arbeit der Maschinen, um die menschliche Arbeitskraft überhaupt herabzudrücken. Das kapitalistische System allein ist die Ursache, daß die Frauenarbeit die ihrer natürlichen Tendenz gerade entgegengesetzten Resultate hat; daß sie zu einer längeren Dauer des Arbeitstages führt, anstatt eine wesentliche Verkürzung zu bewirken; daß sie nicht gleichbedeutend ist mit einer Vermehrung der Reichtümer der Gesellschaft, das heißt mit einem größeren Wohlstand jedes einzelnen Mitgliedes der Gesellschaft, sondern nur mit einer Erhöhung des Profites einer Handvoll Kapitalisten und zugleich mit einer immer größeren Massenverarmung. Die unheilvollen Folgen der Frauenarbeit, die sich heute so schmerzlich bemerkbar machen, werden erst mit dem kapitalistischen Produktionssystem verschwinden.

Der Kapitalist muß, um der Konkurrenz nicht zu unterliegen, sich bemühen, die Differenz zwischen Einkaufs (Herstellungs) -preis und Verkaufspreis seiner Waren so groß wie möglich zu machen; er sucht also so billig wie möglich zu produzieren und so teuer wie möglich zu verkaufen. Der Kapitalist hat folglich alles Interesse daran, den Arbeitstag ins Endlose zu verlängern und die Arbeiter mit so lächerlich geringfügigem Lohn abzuspeisen wie nur irgend möglich. Dieses Bestreben steht in geradem Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterinnen, ebenso wie zu denen der männlichen Arbeiter. Es gibt also einen wirklichen Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiter und der Arbeiterinnen nicht; sehr wohl aber existiert ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen den Interessen des Kapitals und denen der Arbeit.

Wirtschaftliche Gründe sprechen dagegen, das Verbot der Frauenarbeit zu fordern. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist so, daß weder der Kapitalist noch der Mann auf die Frauenarbeit verzichten können. Der Kapitalist muß sie auf-

rechterhalten, um konkurrenzfähig zu bleiben, und der Mann muß auf sie rechnen, wenn er eine Familie gründen will. Wollten wir selbst den Fall setzen, daß die Frauenarbeit auf gesetzgeberischem Wege beseitigt werde, so würden dadurch die Löhne der Männer nicht verbessert werden. Der Kapitalist würde den Ausfall an billigen weiblichen Arbeitskräften sehr bald durch Verwendung vervollkommener Maschinen in umfangreicherem Maße decken – und in kurzer Zeit würde alles wieder sein wie vorher.

Nach großen Arbeitseinstellungen, deren Ausgang für die Arbeiter günstig war, hat man gesehen, daß die Kapitalisten mit Hilfe vervollkommener Maschinen die errungenen Erfolge der Arbeiter zunichte gemacht haben.

Wenn man Verbot oder Beschränkung der Frauenarbeit auf Grund der aus ihr erwachsenden Konkurrenz fordert, dann ist es ebenso logisch begründet, Abschaffung der Maschinen und Wiederherstellung des mittelalterlichen Zunftrechts zu fordern, welches die Zahl der in jedem Gewerbebetriebe zu beschäftigenden Arbeiter festsetzte.

Allein, abgesehen von den ökonomischen Gründen sind es vor allem prinzipielle Gründe, welche gegen ein Verbot der Frauenarbeit sprechen. Eben auf Grund der prinzipiellen Seite der Frage müssen die Frauen darauf bedacht sein, mit aller Kraft zu protestieren gegen jeden derartigen Versuch; sie müssen ihm den lebhaftesten und zugleich berechtigtesten Widerstand entgegensetzen, weil sie wissen, daß ihre soziale und politische Gleichstellung mit den Männern einzig und allein von ihrer ökonomischen Selbständigkeit abhängt, welche ihnen ihre Arbeit außerhalb der Familie in der Gesellschaft ermöglicht.

Vom Standpunkt des Prinzips aus protestieren wir Frauen nachdrücklichst gegen eine Beschränkung der Frauenarbeit. Da wir unsere Sache durchaus nicht von der Arbeitersache

im allgemeinen trennen wollen, werden wir also keine besonderen Forderungen formulieren; wir verlangen keinen anderen Schutz als den, welchen die Arbeit im allgemeinen gegen das Kapital fordert.

Nur eine einzige Ausnahme lassen wir zugunsten schwangerer Frauen zu, deren Zustand besondere Schutzmaßregeln im Interesse der Frau selbst und der Nachkommenschaft erheischt. Wir erkennen gar keine besondere Frauenfrage an – wir erkennen keine besondere Arbeiterinnenfrage an! Wir erwarten unsere volle Emanzipation weder von der Zulassung der Frau zu dem, was man freie Gewerbe nennt, und von einem dem männlichen gleichen Unterricht – obgleich die Forderung dieser beiden Rechte nur natürlich und gerecht ist – noch von der Gewährung politischer Rechte. Die Länder, in denen das angeblich allgemeine, freie und direkte Wahlrecht existiert, zeigen uns, wie gering der wirkliche Wert desselben ist. Das Stimmrecht ohne ökonomische Freiheit ist nicht mehr und nicht weniger als ein Wechsel, der keinen Kurs hat. Wenn die soziale Emanzipation von den politischen Rechten abhinge, würde in den Ländern mit allgemeinem Stimmrecht keine soziale Frage existieren. Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen.

In Erwägung dieser Tatsachen bleibt den Frauen, denen es mit dem Wunsche ihrer Befreiung ernst ist, nichts anderes übrig, als sich der sozialistischen Arbeiterpartei anzuschließen, der einzigen, welche die Emanzipation der Arbeiter anstrebt.

Ohne Beihilfe der Männer, ja, oft sogar gegen den Willen der Männer, sind die Frauen unter das sozialistische Banner getreten; man muß sogar zugestehen, daß sie in gewissen Fällen selbst gegen ihre eigene Absicht unwiderstehlich dahin ge-

trieben worden sind, einfach durch eine klare Erfassung der ökonomischen Lage.

Aber sie stehen nun unter diesem Banner, und sie werden unter ihm bleiben! Sie werden unter ihm kämpfen für ihre Emanzipation, für ihre Anerkennung als gleichberechtigte Menschen.

Indem sie Hand in Hand gehen mit der sozialistischen Arbeiterpartei, sind sie bereit, an allen Mühen und Opfern des Kampfes teilzunehmen, aber sie sind auch fest entschlossen, mit gutem Fug und Recht nach dem Siege alle ihnen zukommenden Rechte zu fordern. In bezug auf Opfer und Pflichten sowohl wie auf Rechte wollen sie nicht mehr und nicht weniger sein als Waffengenossen, die unter gleichen Bedingungen in die Reihen der Kämpfer aufgenommen worden sind.

(Lebhafter Beifall, der sich wiederholt, nachdem Bürgerin Aveling diese Auseinandersetzung ins Englische und Französische übersetzt hat.)

„Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris.  
Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889“,  
Nürnberg 1890, S. 80-85.

---

## Zeichen der Morgendämmerung

Januar 1893

Der am 29. Dezember vorigen Jahres ausgebrochene Ausstand der Arbeiter auf den königlichen preußischen Kohlenwerken des Saarreviers hat eine für Deutschland ganz neue Erscheinung gezeitigt: den Masseneintritt der Frauen in einen Kampf zwischen Arbeit und Kapital.

Sonst waren es bei Streiks gerade die Frauen, welche sich mit ihrem ganzen Einfluß der Ausstandsbewegung widersetzen, mit Bitten und Tränen, mit Grollen und Keifen ihre männlichen Angehörigen von einer solchen zurückzuhalten suchten. Sie waren es auch, die, wenn das Wort der Entscheidung gefallen, am ehesten zum Friedensschluß mit dem Unternehmertum rieten, ohne Rücksicht darauf, ob dieser Friedensschluß gleichbedeutend war mit einem Verzicht auf mögliche Vorteile oder mit einem demütigen Beugen unter hartes Joch. Der Widerwille der Arbeiterfrauen gegen den Streik war eine so feststehende Tatsache, daß der Kapitalist vielfach auf ihn rechnete, ihn systematisch ausnutzte, um einen Ausstand zu brechen. Er fand in der Arbeiterfrau nur zu oft einen Bundesgenossen, der ihm half, seinen rebellisch gewordenen Lohnsklaven an Händen und Füßen zu knebeln und zur Unterwerfung zu bringen.

Das Warum der Erscheinung, daß die Frau des Proletariers sozusagen gegen ihr eigenes Fleisch wütete, liegt auf der Hand.

Die Arbeiterfrau fühlte zuerst und am härtesten die Opfer, welche jeder Ausstand den Arbeitern auferlegt. Keine Arbeit, kein Geld im Haus, aber dabei weiterwirtschaften, gerade soviel hungrige Mägen füllen wie sonst, hieß es für sie. Sie verabscheute mithin den Streik als eine Ursache größerer Dürftigkeit, bitteren Elends, als sie gewöhnlich zu tragen hatte.

Die Notwendigkeit und die etwaigen Vorteile der gebrachten Opfer verstand sie nicht. Sie begriff nicht, daß die Arbeiter durch unerträgliche Verhältnisse oft gegen ihren Willen in einen Streik getrieben wurden. Sie wußte nichts von der Notwendigkeit, eine günstige Geschäftslage auszunutzen, um bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Es wollte ihr nicht einleuchten, daß der Mann, Vater oder Sohn die Arbeit niederlegte aus Solidaritätsgefühl mit gemäßregelten oder kämpfenden Kameraden oder auch, um sich die freie Ausübung seines Koalitions- und Wahlrechts zu sichern. Die Frau hatte eben nur Verständnis für die nächstliegenden augenblicklichen Interessen der Familie. Diese Interessen erschienen ihr gefährdet, wenn infolge eines Streiks der Verdienst ausblieb. Sie besaß kein Verständnis für die Lage und Interessen ihrer männlichen Angehörigen als Mitglieder des Proletariats, sie besaß kein Verständnis für die Lage und die dauernden Interessen der Arbeiterklasse. So war und blieb sie im allgemeinen eine geschworene Gegnerin des Streiks.

Bei dem letzten großen Ausstand der Bergarbeiter des Saarreviers zeigt sich nun gerade die entgegengesetzte Erscheinung. Die Frauen sind die eifrigsten Anhängerinnen, Verfechterinnen und Schürerinnen des Streiks. Sie reden zögernden, unentschlossenen Männern zu, die Arbeit niederzulegen, sie feuern die Ausständigen zum Aushalten an, sie tragen willig, ja, mit Begeisterung die Opfer, welche gerade diesmal, bei den ungünstigen Umständen, unter denen der Streik begonnen ward, recht schwere sind. In der Familie und in öffentlichen

Versammlungen tragen sie Begeisterung in die Reihen der Streikenden, widersetzen sie sich mit Zähigkeit jedem Gedanken an ein Nachgeben, wollen sie den Kampf fortgeführt wissen bis zur Erfüllung der erhobenen Forderungen. Die Tatsache hat im ersten Augenblick überrascht, sie erklärt sich aber sehr gut aus den Verhältnissen, welche im Saarrevier für die Bergarbeiter vorliegen müssen, und gerade die Massenbewegung der Frauen zugunsten des Streiks rückt diese Verhältnisse in helles Licht.

In den offiziellen „Nachrichten von der Verwaltung der preußischen Staatsbergwerke, Hütten und Salinen für das Etatsjahr 1891/1892“ heißt es zwar: „Die wirtschaftliche Lage der auf den Staatswerken beschäftigten Arbeiter war im großen und ganzen eine befriedigende zu nennen.“

Die Bergwerksverwaltung, die am Reptilientrog<sup>[1]</sup> gefütterte offiziöse Presse, fast ausnahmslos die bürgerlichen Zeitungen überhaupt, allen voran die Organe der rheinisch-westfälischen Grubenbarone, sie verkündeten insgesamt mit vollen Backen, daß die Bergarbeiter keinen, auch nicht den geringsten Grund zur Klage und zum Ausstand hätten. „Leichtsinnig“, „frivol“ sei dieser vom Zaune gebrochen worden, ein Werk sozialdemokratischer Hetzer und Unruhestifter.

Die Wahrheit ist – vereinzelte bürgerliche Blätter anerkennen es –, daß die Sozialdemokratie unter den Bergarbeitern keinen nennenswerten Einfluß ausübt, daß diese zur Gefolgschaft des Zentrums zählen. Ein furchtbarer moralischer Druck zusammen mit großer wirtschaftlicher Notlage, das sind die „Hetzer“, welche die Bergarbeiter zum Ausstand trieben.

Die Behandlung der Kohlengräber wurde eine immer schlechtere und menschenunwürdigere. Sie stand im Zeichen des schneidigsten, schnauzigsten Unteroffizierstons, des Gehorchens und Maulhaltens. Der moralischen Vergewaltigung der Bergarbeiter sollte die Krone aufgesetzt werden durch eine

neue Arbeitsordnung, die für die Arbeiter ganz unannehm-  
bare Bestimmungen enthielt. Sie war ohne Vorherberatung mit  
den Arbeitern zustande gekommen und berücksichtigte deren  
gerechtfertigten und bescheidenen Forderungen nicht im gering-  
sten. Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter verschlim-  
merte sich gleichfalls stetig. Mehr und mehr wurden die Zeit-  
und Stücklöhne herabgesetzt, Feierschichten eingelegt und  
Strafgelder in Abzug gebracht. Strengte sich ein Arbeiter mehr  
an, um seinen Verdienst auf der alten Höhe zu halten, so er-  
folgte eine neue Lohndrückung. Vielen Bergleuten drängte  
sich in der Folge die Überzeugung auf, daß die Bergbehörde  
es nicht gern sehe, wenn der Bergmann allzuviel verdiene, und  
daß sie deshalb zu einer Herabsetzung der Gedinge greife und  
somit eine Methode befolge, durch welche der Fleiß und die  
Anstrengung gewissermaßen bestraft werden. Am letzten  
Zahltag erhielten die Arbeiter wahre Hundelöhne. Familien-  
väter mit 4 bis 7 Kindern, welche in der ersten Hälfte des  
Monats 40 Mark Abschlag erhalten hatten, empfangen noch  
20 bis höchstens 40 Mark. Ein Vater von 9 Kindern mußte  
sich mit 18 Mark begnügen. Diese Ablohnung war der Tropfen,  
welcher den vollen Kelch des Grolls der Arbeiter zum  
Überlaufen brachte. Die seit langem angesammelte, langsam  
gewachsene Erbitterung kam zum Ausbruch, die Kohlen-  
gräber traten in den Ausstand, welchen sie bereits Anfang  
Dezember beschlossen hatten für den Fall, daß die Gruben-  
verwaltung ihren Wünschen in betreff der Arbeitsordnung  
nicht Rechnung trage.

Die Führung der Streikbewegung übernahm der Rechts-  
schutzverein, eine noch junge, unklare Organisation. Sie  
umschließt Anhänger der verschiedensten politischen Richtun-  
gen, gehört als Ganzes keiner politischen Partei an und vertrat  
bisher nur die wirtschaftlichen Interessen der Bergarbeiter des  
Saarreviers. Der Aufruf, durch welchen die Führer des Rechts-

schutzvereins die Bergleute aufforderten, Stellung zur neuen Arbeitsordnung zu nehmen, ist der Ausdruck eines sonderbaren Gemisches von demokratischen und religiös verworrenen Gefühlen. Von sozialdemokratischen Anschauungen ist keine Spur in ihm enthalten. Die Forderungen der Streikenden gehen der Hauptsache nach auf höhere Löhne, eine kürzere Arbeitszeit und eine bessere, menschenwürdigere Behandlung.

Gewiß, der Augenblick zum Streik konnte nicht schlechter gewählt werden, als er es war. Die große wirtschaftliche Krise hat zur Einstellung oder Einschränkung vieler industrieller Betriebe geführt. Die Nachfrage nach Kohlen ist mithin geringer, ein Ausstand der Kohlengräber wird heute nicht so unangenehm empfunden als bei günstiger Geschäftslage. Dazu sind die Streikenden so gut wie mittellos, ihre Kassen sind leer, die Unterstützungen anderer Arbeiter werden spärlich fließen, denn diese leiden selbst unter der allgemeinen Notlage.

Die Niederlage der Arbeiter ist gewiß, und sie wird von noch härterer Unterjochung begleitet sein. In nächster Zukunft wird auf die Züchtigung mit der Peitsche die Züchtigung mit Skorpionen folgen. Einen Vorgeschmack davon gibt die Brutalität, mit welcher Grubenverwaltung und Behörden jede Verhandlung mit den Ausständigen zurückweisen, unter dem Losungswort „Erst einfahren, dann verhandeln“ blinde Unterwerfung fordern. In ihrer Auffassung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse geklärte und im Klassenkampf disziplinierte Arbeiter hätten sich nicht in einem ungünstigen Moment den Streik aufzwingen lassen. Nach Auers Wort wären sie in den Ausstand getreten, „wenn es ihnen paßte und nicht, wenn es den Unternehmern paßt“. Der Streik der Bergarbeiter des Saarreviers ist eben einer jener Zusammenstöße zwischen Kapital und Arbeit, wie sie sich mit der blinden, unwiderstehlichen, ungezügelter Kraft eines

Naturereignisses dort zutragen, wo unaufgeklärte und ungeschulte Arbeiter von unhaltbar gewordenen Verhältnissen bis aufs Blut gepeinigt werden. Die Verzweiflung tritt dann an Stelle der besonnenen Überlegung, das krampfhaftes Aufbäumen an Stelle des zielbewußten, methodischen Handelns. Die betreffenden Arbeiter sagen sich: „Schlimmer als es ist, kann es unmöglich werden“, und sie nehmen den Kampf auf, unter welchen Bedingungen auch immer.

Verzweifelt schlecht aber müssen aller offiziellen und offiziellen Schönfärberei entgegen die Verhältnisse für die Bergarbeiter des Saarreviers liegen. Nur dadurch erklärt sich der Streik im gegenwärtigen Augenblick, sein rasches Umsichgreifen, sein langsames Zurückgehen, trotz aller Manöver, Drohungen und Einschüchterungsversuche. Der Ausstand im Saarrevier zusammen mit seinen Ursachen und Begleiterscheinungen schreibt der preußisch-deutschen Sozialreform das Menetekel. Sogar die reichstreuen, ultramontanen Arbeiter der königlich preußischen Betriebe, der Musteranstalten, haben sie gewogen und zu leicht befunden.

Nur die schärfste Zuspitzung miserabler Arbeits- und Lebensverhältnisse erklärt auch den Masseneintritt der Bergarbeiterfrauen in die Streikbewegung. Gerade die Allgemeinheit, Begeisterung und Ausdauer, mit welcher die Frauen den Gedanken eines Ausstandes bis zum äußersten vertreten, läßt einen Rückschluß darauf zu, wie unerträglich sich die Lage der Bergarbeiter unter dem „Neuen Kurs<sup>[2]</sup> der Sozialreform“ gestaltet hat. Es muß sehr dick gekommen sein, damit Saulus in einen Paulus verwandelt wurde.

Die moralischen und materiellen Mißstände, unter denen die Bergarbeiter seufzen, haben sich offenbar zu so hochgradigen gesteigert, daß sie ihre Kreise bis in die Familien warfen und diese in Mitleidenschaft zogen. Das Familienleben litt darunter, daß der Mann mürrisch, gereizt durch die Behandlung seitens

seines Vorgesetzten, nach Hause kam, keine Feierabendstimmung mitbrachte, nur bitteren Groll gegen den „Grünschnabel“, der ihn, den „Graubart“, wie einen dummen Jungen traktierte. Der Groll mußte sich Luft machen: Die Frau ward Mitwisserin, oft auch Sündenbock der Demütigungen, welche der Mann erfahren. Sie mußte unter der Verstimmung des Mannes leiden und litt auch mit diesem, denn wie er, so stammte sie vom Rhein, wo „die Mädchen so frank und die Männer so frei – als wär es ein adlig Geschlecht“. Auch ihr wollte es nicht in den Sinn, daß der Arbeiter nicht als freier Mann, sondern als Sklave, ja mehr, als bloße Produktionsmaschine behandelt werden sollte. Bitterer noch empfand sie, daß sich die Lage der Familie infolge der steten Lohnherabsetzungen mehr und mehr verschlechterte. Wie? „Der Ihrige“ arbeitete jetzt täglich eine Stunde länger als früher, er strengte sich mehr an und förderte mehr Kohlen zutage, und trotzdem brachte er bei jeder Lohnzahlung weniger Geld nach Hause? Der müde, schleppende Schritt des Heimkehrenden verriet, daß er mehr als seine Schuldigkeit getan, über seine Kräfte gearbeitet hatte. Und trotzdem die höher züngelnde Not! Wie sollte sie weiterwirtschaften? Früher hatte sie regelmäßig nach jeder Ablohnung bei Bäcker, Krämer und Fleischer ihre Rechnung beglichen. Jetzt blieb sie ebenso regelmäßig im Rückstande, und diese Rückstände summierten sich, ihr Kredit ward erschöpft. Die raren und bescheidenen „Leckerbissen“, welche sich die Familie an Festtagen gestattet hatte, verschwanden vom Tische; die Portionen der Kinder wurden kleiner; Kleider und Hausrat wanderten ins Pfandhaus; es kamen Tage, wo die hungrigen Kleinen mit sehnsüchtigen Augen nach dem leeren Brotschrank starrten und schluchzend fragten: „Mutter, warum hungern wir?“

Im Frühjahr 1889, als die Not auch groß gewesen, da hatte die Frau die frohe Botschaft gehört vom „Arbeiterkaiser“, vom

„Arbeiterschutz“, von der „Sozialreform“. Sie hatte gehofft und geglaubt. Der „Neue Kurs“ war gekommen, die „Sozialreform“ war in vollem Gange, und der Arbeiter blieb Hansdampf wie vorher, moralisch und materiell verschlechterte sich seine Lage, anstatt sich zu verbessern. Langsam ließ die Frau die Hoffnung fahren auf Besserung ihrer Verhältnisse durch den guten Willen von oben. Dafür begann sie zu glauben an eine glückliche Wendung derselben durch den Druck von unten. Verhalf niemand den Bergarbeitern zu ihrem guten Recht, so mußten sie sich selbst zu ihm verhelfen. So wurden die Bergarbeiterfrauen des Saarreviers zu begeisterten Anhängerinnen des Streiks, so verließen sie, die frommen, gläubigen Töchter der katholischen Kirche, die Predigten des Herrn Kaplan, um in den Versammlungen der Männer heimisch zu werden.

Kaum eine Zusammenkunft und Beratung der Streikenden hat stattgefunden, an der nicht zahlreiche Frauen teilgenommen hätten. In mehreren besonderen Frauenversammlungen, deren Besucher nach Tausenden zählten, haben sie sich mit Begeisterung für den Streik erklärt. Rednerin auf Rednerin trat aus der Masse hervor und schilderte mit einfachen, ergreifenden Worten das Elend der Bergarbeiterfamilien. „Hier ist der Hunger ständiger Gast“, klagten sie, „denn die paar Groschen, welche der Mann verdient, reichen nicht mehr hin zum dürftigsten Lebensunterhalt, und die hohen Steuerlasten erschweren die Existenz noch mehr.“ „An jedem Stück Brot, das der Arme genießt, beißt der Steuerfiskus mit“, erklärte eine Bergarbeiterfrau unter stürmischer Zustimmung. Weniger augenfällig, aber nachhaltiger wirkten und wirken die Frauen im Hause täglich und stündlich für den Streik. Kaum ein Mann konnte sich hier ihrem Einfluß entziehen, und die Dauer und Zähigkeit des Ausstandes ist wesentlich zurückzuführen auf die Übereinstimmung, welche der Frage gegenüber in der Bergarbeiterfamilie herrschte.

Alle Berichte über den Streik anerkennen diese Tatsache und heben sie hervor. Daß sie auf die Besitzenden und Satten „einen ungünstigen Eindruck“ gemacht hat, begreift sich. Ein großes bürgerliches Blatt jammerte: „Derartige Vorgänge verdienen die volle Aufmerksamkeit der leitenden Kreise. Der Masseneintritt der Frauen in die soziale Bewegung, zu dem hier der Anfang gemacht ist, wäre vielleicht eine schlimmere Gefahr als jede, die wir bisher kennengelernt haben.“

Und dieser Masseneintritt der proletarischen Frauenwelt in die sozialen Kämpfe unserer Zeit wird erfolgen. Immer schärfer spitzen sich die wirtschaftlichen Zustände zu, immer unüberbrückbarer gähnt die Kluft zwischen Nichtbesitzenden und Besitzenden, zwischen Arbeitern und Kapitalisten; immer härter wird die Ausbeutung der ersteren, immer drückender ihre Notlage. Mit dieser Notlage und der „Begehrlichkeit“ der leidenden Masse wächst der Druck, durch welchen das Kapital die Arbeit im alten Sklavenjoch zu halten wähnt. Die tausenderlei Übel ihrer Lebensverhältnisse erziehen die Frauen und Töchter der Arbeiter zu Proletarierinnen, welche sich ihrer Klassenlage bewußt sind; die Frauen des Proletariats treten in Massen in den Befreiungskampf ihrer Klasse ein.

Noch ist das Bataillon Frauen, das im Saarrevier den Kampf gegen die Ausbeutung aufgenommen hat, zwar von hoher Begeisterung getragen, aber unklar und ungeschult. Aber die Zielklarheit wird im Kampfe kommen, die Niederlage der Streikenden wird zur Klärung und Kräftigung der Organisation beitragen, welche in Zukunft den Streik in methodischer Weise führt. Dort, wo es eine klare allgemeine Arbeiterbewegung gibt, da wird auch die Proletarierin eine zielklare Mitstreiterin sein. Die Haltung der Bergarbeiterfrauen des Saarreviers ist jedenfalls ein Anzeichen dafür, daß in der Masse der proletarischen Frauenwelt der Morgen des Klassenbewußtseins herandämmert. Auch von ihr wird der unver-

söhnliche Gegensatz zwischen Arbeiter und Kapitalist erkannt, auch ihr drängt sich die Überzeugung auf, daß der Arbeiterklasse nicht von „oben“, nur von „unten“ geholfen werden könne. „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“<sup>1</sup>

Nur den Schoßkindern der heutigen Gesellschaft ist dieses Zeichen der Zeit ein Greuel, eine soziale Gefahr. Ihren darbenenden und ringenden Stiefkindern ist es der willkommene Vorbote, welcher das Nahen neuer Bundesgenossen für den Befreiungskampf kündigt, es ist aber auch ein Mahnwort, welches den klassenbewußten Arbeitern zuruft: „Gewinnt die Frauen!“

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 25. Januar 1893.

---

<sup>1</sup> Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften*, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 456. *Die Red.*

---

## Die deutschen Genossinnen im Wahlkampf

Juli 1893

Wer da der Ansicht war, daß die deutschen Frauen, um mit einem berühmten französischen Schriftsteller zu reden, nur „Gluckhennen seien, welche in beständiger Anbetung vor dem Schöpfer ihrer Kinder schmachten“, wer da meinte, daß der Kreis ihrer Interessen nicht über die Ränder ihres Kochtopfes und die Wände ihrer vier Pfähle hinausreiche, daß sie des Verständnisses für das politische Leben und der Bürger-tugenden ermangelten, der ist durch die Teilnahme der Frauen an den letzten Wahlen eines anderen belehrt worden. Allerdings waren es nicht die sich so gern als „deutsche Frauen“ überhaupt fühlenden Frauen der bürgerlichen Kreise, welche den Beweis erbrachten, daß große Schichten der deutschen Frauenwelt zu politischer Reife herangewachsen sind. Es waren auch nicht die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, welche sich als die Vorkämpferinnen der Befähigung und der Rechte des weiblichen Geschlechts par excellence dünken, aber in Wirklichkeit nur die Verfechterinnen der Interessen der bürgerlichen Frauen sind. Einfache, schlichte, ungelehrte Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, mit Elend und Mühen reich beladene Proletarierinnen waren es, welche zeigten, daß auch die als besonders rückständig geltende deutsche Frauenwelt zum Bewußtsein ihrer neuen sozialen Aufgaben erwacht, daß sie den öffentlichen Angelegenheiten Interesse

und Verständnis entgegenbringt, daß sie fähig geworden ist, für große Ziele zu kämpfen und zu opfern.

Auf der Tagesordnung des öffentlichen Lebens stand seit Monaten die hochwichtige Frage, ob Deutschland in die Bahnen freierer Kulturentwicklung einlenken oder ob es auf der schiefen Ebene des Kasernenstaats und Gamaschentums tiefer und tiefer gleiten sollte. Tief einschneidend berührt die Frage die Interessen der Frauenwelt. Als Gattin, Mutter, Schwester, aber auch als Selbstwesen wird die Frau in die innigste Mitleidenschaft gezogen durch die bestehenden und zu schaffenden militärischen Verhältnisse. Die Vermehrung der Gut- und Blutsteuer muß Hunderttausenden von Frauen empfindlich an Herz und Beutel greifen. Die unter die Fahne gerufenen jungen Männer sind Söhne, Brüder, Gatten von Frauen, die Hausfrau spürt die indirekten Steuern, welche die notwendigsten Lebensbedürfnisse verteuern und deren Ertrag zum größten Teil für Militärzwecke aufgewendet wird. Aber die bürgerlichen Frauenkreise nahmen keine Stellung zu der brennenden Tagesfrage. Die Presse der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen verzeichnete gewissenhaft weltbewegende Tatsachen von der Art, daß eine berühmte Malerin ein Gemälde vollendet, eine Studentin den Doktorhut erworben habe, aber sie schwieg über den Kampf für oder wider den Militarismus, sie brach keine Lanze für eine freiheitliche und kulturwürdige Entwicklung der politischen Verhältnisse Deutschlands!

Anders die Frauen des Proletariats. Von dem Tage an, wo die Sozialdemokratische Partei im Interesse der Arbeiterklasse und des gesamten deutschen Volkes den Ruf erhob: „Nieder mit der Militärvorlage! Nieder mit dem Militarismus!“ da standen sie kämpfend in Reih und Glied derer, welche gegen den Moloch zu Felde zogen. In Hunderten von Versammlungen erhoben sie ihre Stimme, um kräftigen Einspruch

dagegen einzulegen, daß die besten Säfte des Volkes mit Preisgabe aller Kulturaufgaben dem Militarismus geopfert würden, da erhoben sie ihre Stimme, um mit der allgemeinen Volksbewaffnung der Freiheit eine Gasse zu fordern. Und als die Wahlen den Kampf zum Austrag bringen sollten, stritten sie tapfer, energisch und voller Begeisterung und Hingabe Seite an Seite mit den Genossen für die gute Sache.

Nicht dem Militarismus allein galt ihr Ringen, vielmehr der ganzen alten bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft. Denn das Schlachtfeld dehnte sich aus, nicht bloß für und wider den Militarismus ward gekriegt, vielmehr für und wider den Sozialismus. Immer deutlicher und vollständiger vollzog sich eine Spaltung der Kämpfenden in zwei große Heerlager, aus deren einem tönte: „Hie Kapital und seine Übermacht!“, aus deren anderem es hallte: „Hie Arbeit und ihr gutes Recht!“ Gerade in dem Maße, als dies der Fall war, wuchs der Eifer, die Begeisterung, die Opferfreudigkeit der proletarischen Frauen. Wie für den Sozialismus wurde gestritten, das heißt für ihre eigene Befreiung, für die Freiheit und menschenwürdige Existenz ihrer Brüder, für das Glück ihrer Kinder. Und sie sollten, die Hände in den Schoß gelegt, beiseite sitzen, müßig zuschauen, weil eine reaktionäre Gesetzgebung ihnen die politischen Rechte vorenthielt? Nun und nimmermehr! War es denn nicht der Sozialismus, der als frohe Botschaft hineingeklungen in ihr tiefes Elend, war er es denn nicht, der einen Schimmer von Hoffnung, bald das Licht der felsenfesten Überzeugung von einer besseren Zukunft hineingestrahlt hatte in die Nacht ihres Elends? Von tausend Leiden gequält, von tausend Ungerechtigkeiten zu Boden gedrückt, mühsam und beladen gingen sie durchs Leben. Für fremdes Wohleben, fremden Überfluß mußten sie schwer fronden, sie aber selbst lernten den Hunger kennen und Kummer in Fülle. Entbehrungen waren ihr Los und Rechtlosigkeit; und Entbeh-

rungen und Rechtlosigkeit das Los, das ihrer Kinder wartete. Da trat der Sozialismus zu ihnen und sprach: „Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder.‘ Kämpfet und seid frei!“ Sie, die sich so lange als Parias unter den Parias gefühlt, die es mit der stumpfsinnigen Ergebung von Sklaven hingenommen, den oberen Schichten als Kulturdünger zu dienen, sie empfanden ihre Menschenwürde, sie bäumten sich auf gegen ihre Leiden und deren Ursache, sie wollten kämpfen und frei sein, sie wollten ihre Kinder, ihre Klasse frei sehen.

Die Sozialdemokratische Partei öffnete ihnen ihre Reihen, sie nahm sie auf als gleichberechtigte Mitstreiterinnen im Klassenkampf. Die einfachen, ungelehrten Proletarierinnen wurden zu Verfechterinnen der höchsten Ideale, der freiesten Kulturentwicklung; kämpfend lernten sie, wurden sie mit dem wirtschaftlichen und politischen Bau der Gesellschaft bekannt, erhielten sie politische Reife und Schulung, erkannten sie die Ursache alles sozialen Elends und das einzige Mittel, das dieses zu beseitigen vermag. Sie, die doppelt rechtlos sind – rechtlos als Frauen, rechtlos als Angehörige des Proletariats –, haben in der Wahlkampagne gezeigt, daß sie nicht in blinder Verzweiflung um sich schlagen, sondern daß sie geschult und bewußt, mit Verständnis für ein klar erkanntes Ziel, zu kämpfen verstehen. Nicht mit gleicher Wehr und Waffe ausgerüstet wie ihre männlichen Klassen- und Kampfgenossen, konnten sie für ihre Ideen streiten; es war ihnen versagt, die Kugel des Stimmzettels auf den Feind abzufeuern. Aber die Waffen, welche ihnen zu Gebote standen, die haben sie wacker geschwungen, und was sie innerhalb der ihnen kärglich bemessenen Bewegungsfreiheit tun konnten, das haben sie voll und ganz getan.

Am glänzendsten und in der größten Zahl haben sich die Berliner Proletarierinnen während der Wahlkampagne betätigt.

Sie sind den Genossen ebenbürtig zur Seite gestanden, sie haben ihr redlich Teil zu dem errungenen großartigen Sieg beigetragen. Aber auch in Hamburg, München, Nürnberg, Mainz, Hanau, Kiel, Magdeburg, Karlsruhe, Mannheim usw., in der Rheinprovinz, in Schleswig, in Schlesien, in Thüringen und Sachsen haben sich die Genossinnen, wenn auch in kleinerer Zahl, so doch mit dem gleichen Eifer und der gleichen Begeisterung am Kampfe beteiligt. In allen großen und mittleren Städten, in allen bedeutenden Industriezentren das gleiche Schauspiel.

Zu den Wahlversammlungen drängen sich die Frauen. Die blasse, von später Arbeit übermüdete Näherin, die noch schüchterne Fabriklerin, die abgespannte Verkäuferin, die dürftige Arbeiterfrau, welche ihre Wirtschaft und ein Häuflein Kinder versorgen, „nebenbei“ aber noch für den Erwerb arbeiten muß, sie alle, die tagaus, tagein schuften und schanzten, ohne mehr als das trockene Brot zu verdienen, sie stellen sich ein. Mit blitzenden Augen, Begeisterung auf den verhärmtten Zügen, fast andächtig lauschen sie den Ausführungen der sozialdemokratischen Redner. Hier und da ergreifen Frauen das Wort, schildern die Ausbeutung der werktätigen Masse durch die Kapitalisten, erklären, daß nur der Sozialismus allen Enterbten das Heil bringen werde, und fordern zu kräftigem Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten auf. Sie sind aber auch Täter des Wortes und nicht Hörer allein. Wo und wie sie können, helfen sie den Genossen bei den praktischen Wahlarbeiten. Frauen, die bis tief in die Nacht hinein geschafft haben, stehen am frühen Morgen in Reih und Glied, um bei der Verteilung von Flugblättern, Agitationschriften, Programmen behilflich zu sein. Keine Treppe zu hoch, keine Gasse zu abgelegen, kein Weg zu weit und ermüdend! Es gilt ja, die Bewohner der höchsten Stockwerke, der entlegensten Winkel aufzuklären und zu gewinnen. Frauen

und Mädchen, welche sich den ganzen Tag über mit Haus- und Berufsarbeit schwer abgearbeitet haben, opfern den größten Teil ihrer Nachtruhe, um Wählerlisten abzuschreiben. Andere klopfen bei allen Freunden und Bekannten, bei den Kameraden und Kameradinnen der Arbeit an, um Geld für den Wahlfonds zu sammeln. Wer irgend geben kann, der gibt. Wer zählt die Proletarierinnen, die sich während des letzten Wahlkampfes eine Freude, ein Vergnügen, aber auch manches Notwendige versagten, um ihr Scherflein in die Kriegskasse der Partei beisteuern zu können? In mündlicher Propaganda, mit scharfen und hinreißenden Worten suchen die Genossinnen der Sozialdemokratie neue Anhänger, mehr Stimmen zu werben.

Am Wahltage dann, welche rege Tätigkeit derer, die glücklich genug sind, bei den verschiedenen Hilfsarbeiten Hand ans Werk legen zu können. Hier tragen Frauen Plakate mit dem Namen des sozialdemokratischen Kandidaten durch die Straßen, dort suchen sie auf andere Weise die Aufmerksamkeit der Gleichgültigen und Stumpfsinnigen auf diesen zu lenken. In Magdeburg zum Beispiel spazieren Frauen langsam mit großen roten Schirmen hin und her, auf denen steht: „Wählt W. Klees!“ Frauen und Mädchen teilen an den Wahllokalen Stimmzettel aus, sie führen und kontrollieren Wählerlisten, sie gehen von Haus zu Haus, von Stockwerk zu Stockwerk, um säumige Wähler an ihre Pflichten zu mahnen und an die Urne zu holen. Mit sicherem Blick erkennen sie, wer noch nicht gewählt hat und wer sich eines Verrates schuldig machen würde, wenn er nicht für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmte. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn jetzt ein alter Graubart, nun wieder ein junger, strammer Arbeiter von einer jugendlichen Proletarierin zur Urne geführt wird, wenn ihm die Begleiterin den „richtigen“ Stimmzettel in die Hand drückt, wenn sie ihm Unterweisung

gibt, wie er beim Wählen zu verfahren hat. Die weibliche Überredungskunst hat dort oft Erfolg, wo alle Überzeugungsversuche der Männer scheiterten. Manch einer, der durch die triftigsten Gründe der Genossen nicht bewogen werden konnte, seinen Stimmzettel in die Urne zu werfen, der folgt halb schmollend, halb lächelnd einer Genossin zum Wahllokal. In einer Ortschaft bei Magdeburg führten Frauen einen Wähler zur Urne, der sich von keinem Manne hatte bewegen lassen, seiner Bürgerpflicht nachzukommen. „Ick mußte wol“, sagte er selbst, „de verfluchten Wiewer heten mir ja de Ogen utekratzt.“

Keine polizeilichen Schikanierungen und Maßregelungen vermochten den Eifer der Genossinnen zu dämpfen, sie ließen sich auch nicht abschrecken durch Mißerfolge, Grobheiten, gemeine Redensarten, durch Hohn und Spott der schlimmsten Art.

In hochgradiger, fieberhafter Spannung harrten am Abend der Wahltag Tausende und aber Tausende von Proletarierinnen der Wahlresultate. Und wie immer auch die Ergebnisse waren, sie durften sich sagen, daß sie ihre Schuldigkeit voll und ganz getan hatten, wie immer auch der Ausgang der Schlacht war, sie gelobten sich, unentwegt weiterzukämpfen für die Sache der Sozialdemokratie. Sieg wie Niederlage – Ansporn zu neuer, ernster, energischer Arbeit.

Das Wirken der Genossinnen im Wahlkampf ist nicht vergeblich gewesen, nicht vergeblich für die Sozialdemokratie, aber auch nicht vergeblich für sie selbst. Durch das Zurückdrängen und Aufgeben besonderer Forderungen und Quertreibereien, durch ihr rückhaltloses Eintreten in die allgemeine Bewegung haben sie bewiesen, daß sie politisch reif sind, daß sie die politische Lage überschauen und verstehen, ihre Sonderinteressen den allgemeinen Interessen unterzuordnen. Die praktischen Arbeiten, mit denen sie die Genossen

unterstützten, haben jedenfalls dazu beigetragen, die Frauen politisch noch mehr zu schulen.

Die Genossinnen, welche tätig in den Wahlkampf eingriffen, haben die deutsche proletarische Frauenwelt politisch mündig gesprochen, sie haben den „Befähigungsnachweis“ erbracht, daß diese reif ist für die politische Gleichberechtigung, reif für den politischen Kampf. Wer möchte es der Bourgeoisie verargen, daß sie in der Beteiligung der deutschen Proletarierinnen an den Wahlkämpfen ein neues, beunruhigendes Zeichen der Zeit sieht, wenn ihr vor den „Radikalösen“ und „Versammlungsstürzerinnen“ graust? Die politisch aufgeklärte Proletarierin ist nicht länger ein willenloses, kapitalistenfrommes Ausbeutungsobjekt, sie nimmt teil am Kampfe ihrer Klasse, sie ist eine Todfeindin der Bourgeoisie.

Wann je das Wort am Platze gewesen „Die Letzten werden die Ersten sein“, so ist es dies angesichts der politischen Betätigung der deutschen Genossinnen. Die wichtigsten Kulturfragen stehen zum Entscheid, aber die bürgerliche Frauenwelt gibt kein Zeichen, daß der Flügelschlag der Zeit bis an ihr Ohr gedrungen ist. Die Proletarierinnen dagegen greifen mit tatkräftiger Hand in das politische Getriebe, sie nehmen kühn den Kampf auf für große neue Ideale, sie werfen dem barbarischen Militarismus, sie werfen der ungerechten, widersinnig gewordenen Gesellschaftsordnung den Fehdehandschuh hin. Die Bourgeoisdamen stehen an der Spitze, die Proletarierinnen auf der untersten Stufe der gesellschaftlichen Leiter, erstere verfügen über alle Bildungsmittel, letztere können sich nur mühsam, unter Überwindung unendlicher Schwierigkeiten Aufklärung verschaffen.

Die Letzten sind trotzdem die Ersten geworden. Ehre all den Tausenden Ungenannten, Unbekannten, die Schulter an Schulter mit den Genossen im Wahlkampfe für die

Sache der Sozialdemokratie gestritten haben, ihre Namen meldet „kein Lied, kein Heldenbuch“, aber im Herzen des um seine Befreiung ringenden Proletariats werden sie unvergessen sein.

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 26. Juli 1893.

---

## Frauenarbeit und gewerkschaftliche Organisation

November 1893

Der Kölner Parteitag wird sich bekanntlich mit der Frage der Gewerkschaftsorganisation zu beschäftigen haben beziehungsweise mit dem Verhältnis zwischen politischer und gewerkschaftlicher Bewegung. Die Frage gelangt zur Erörterung auf besondere Anregung aus gewerkschaftlichen Kreisen heraus. In letzter Zeit war leider ein Rückgang der Gewerkschaften zu verzeichnen, und dafür machte man innerhalb der Gewerkschaftsbewegung unter anderen Umständen auch die Haltung verantwortlich, welche die politische Bewegung zur gewerkschaftlichen angeblich einnehme. Die politische Arbeiterpresse wies die betreffenden Vorwürfe unseres Erachtens mit Recht als unbegründet zurück und begrüßte es, daß der Kölner Parteitag durch eine abermalige Erörterung der Frage das auf gewerkschaftlicher Seite vorhandene Mißtrauen zerstreuen werde.

Die Tatsache steht über allem Zweifel fest, daß in allen kapitalistisch produzierenden Ländern die Frauenarbeit in der Industrie eine immer größere Rolle spielt. Die Zahl der Industriezweige, in denen heutzutage Frauen von früh bis spät schuften und schanzten, nimmt mit jedem Jahre zu. Und die den Frauen bereits seit längerer Zeit erschlossenen Gewerbe beschäftigen immer mehr weibliche Arbeitskräfte. Nicht nur die Zahl der überhaupt gewerblich tätigen Frauen wächst stetig,

sondern auch ihre Zahl im Verhältnis zu derjenigen der in Industrie und Handel usw. tätigen Männer. Einige Industriezweige – wir erinnern nur an die Textilbranche – werden geradezu von der Frauenarbeit beherrscht, welche stetig die Männerarbeit zurück- und verdrängt. Sogar und aus begreiflichen Gründen gerade in den Perioden wirtschaftlichen Rückgangs wie in der, welche wir jetzt durchleben, hat die Zahl der Arbeiterinnen relativ und absolut dort zugenommen, wo die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeitskräfte zurückgegangen ist. In Sachsen zum Beispiel nahm, wie wir bereits meldeten, 1892 die Zahl der Arbeiter über 16 Jahre um 1633 ab, die der gleichaltrigen Arbeiterinnen dagegen um 2466 zu.

Nach dem Wiener Privatdozenten J. Singer waren in Deutschland in den letzten Jahren fünf Millionen Frauen erwerbsmäßig tätig.

Die Gewerbebeziehung von 1882 stellte fest, daß es in Deutschland auf 7340789 gewerblich tätige Personen überhaupt 1509167 Frauen gab, also 20,6 Prozent, das heißt, auf je 100 gewerblich Tätige kamen fast 21 Frauen.<sup>1</sup>

Welchen Umfang die industrielle Frauenarbeit angenommen hat, das erhellt auch deutlich aus den letzten Jahresberichten

<sup>1</sup> 1882 waren beschäftigt:	Männer	Frauen	Proz. der insg. Beschäftigten
Spitzenfabrikation	5 676	30 204	84,1
Kleidung, Wäsche, Putz	279 978	440 870	61,2
Spinnerei	69 272	100 459	59,2
Posamentenfabrikation	13 526	17 478	56,4
Bedienung und Erquickung	172 841	141 407	45,0
Tabakfabrikation	64 477	48 919	43,1
Stickerei und Wirkerei	42 819	31 010	42,0
Papierfabrikation	37 685	20 847	35,6
Weberci	336 400	155 396	31,6
Lohn- und Botendienst	9 212	3 265	26,2
Handelsgewerbe	536 221	181 296	25,3
Buchbinderei und Karton	31 312	10 409	24,9

der Fabrikinspektoren. In den dem gesetzlichen Schutz unterstellten Betrieben waren beschäftigt: in Sachsen 241088 Arbeiter und 123548 Arbeiterinnen, in Baden 84806 Arbeiter und 41491 Arbeiterinnen, in Hessen 41778 Arbeiter und 12210 Arbeiterinnen, in Sachsen-Altenburg 9553 Arbeiter und 4043 Arbeiterinnen usw. In Württemberg zählte man 27719 erwachsene Arbeiterinnen, in Preußen deren über 250000, die in der Hausindustrie und im Bergbau beschäftigten Frauen nicht eingerechnet, usw.

Diese Zahlen geben nur einen annähernden Begriff von der Ausdehnung, welche die Verwendung weiblicher Arbeitskraft erfahren hat. Denn es sind nicht mitgezählt all jene Tausende und aber Tausende von Frauen, welche in Betrieben arbeiten, die nicht „gesetzlich geschützt“ sind, die mithin der Fabrikinspektion nicht unterstehen. Wie groß ist nicht allein die Zahl der in der Hausindustrie sich abplagenden Frauen.

Es ist an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen worden, welches die Ursachen der steigenden Verwendung weiblicher Arbeitskräfte sind: ihre Billigkeit und die Vervollkommnung der mechanischen Produktionsmittel und der Produktionsmethoden. Die selbsttätige, oft nicht einmal mehr der Regelung bedürftige Maschine, welche mit der Kraft eines Riesen und märchenhafter Geschicklichkeit, Geschwindigkeit und Genauigkeit arbeitet, macht die muskelstarke und gelernte Arbeit überflüssig. Der kapitalistische Unternehmer kann weibliche Arbeiter nun dort einstellen, wo er früher männliche verwenden mußte. Und er stellt sie mit Vorliebe ein, denn die Arbeitskraft der Frauen ist billig, billiger als die der Männer.

Ogleich die produktive Leistungsfähigkeit der Arbeiterin meist hinter jener der Arbeiter nicht zurücksteht, so ist doch der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen ein sehr bedeutender. Vielfach betragen letztere nur die Hälfte, oft auch nur ein Drittel der ersteren.

Nach den Mitteilungen der Leipziger Handelskammer wurden Wochenlöhne gezahlt:

	Männer Mark	Frauen Mark
in der Spitzenfabrikation	20-35	7-15
in einer Fabrik für Papierlaternen	16-22	7,50-10
in der Wollkämmerei	15-27	7,20-10, 20
in der Stoffhandschuhfabrik	12-30	6-15
in der Leder- u. Lederwarenfabrikation	12-28	7-18
in der Leinen- und Juteweberei	12-27	5-10
in einer Zuckerfabrik	10,50-31	7,50-10
in den Gummiwarenfabriken	9-27	6-17

Die Leipziger Ortskrankenkasse nahm 1892 eine statistische Erhebung über die Löhne vor und stellte fest, daß 60 Prozent der Arbeiterinnen einen Wochenverdienst haben unter und bis zu 9 Mark, 32 Prozent bis zu 12 Mark und nur 7 Prozent bis zu 15 beziehungsweise 19 und 21 Mark. Die Männer sind zwar im Punkte des Verdienens auch nicht glänzend gestellt, aber doch immerhin besser als die Arbeiterinnen. Von ihnen verdienen 37 Prozent bis zu 15 Mark, 30 Prozent bis zu 19 Mark und 33 Prozent bis zu 21 Mark.

Höchst ungünstig sind die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen, welche in Berlin in der chemischen Industrie tätig sind. 74 Prozent von ihnen haben nur einen Wochenverdienst bis zu 10 Mark 50 Pfennig. Von den übrigen 26 Prozent verdienen nur 2 Prozent wöchentlich bis zu 24 Mark.

In Hessen, Bayern, Sachsen, Thüringen, Württemberg, kurz, in allen deutschen Herrgottsvaterländchen, sind laut der Berichte der Fabrikinspektoren die Löhne der Arbeiterinnen weit niedriger als die der Männer. Der badische Fabrikinspektor Wörrishoffer nahm eine sehr gründliche Untersuchung der sozialen Lage der Fabrikarbeiter vor. Auch aus ihr erhellt mit sinnenfälliger Deutlichkeit, wie ganz miserabel die

Erwerbsverhältnisse der industriell tätigen Frauen sind. Wörrishoffer teilte nämlich Arbeiter und Arbeiterinnen ihrem Verdienst nach in drei Lohngruppen, eine niedere mit weniger als 15 Mark Wochenlohn, eine mittlere, wo der wöchentliche Verdienst 15 bis 24 Mark beträgt, und eine hohe mit einem Wochenlohn von über 24 Mark. Von den Mannheimer Arbeiterinnen gehören 99,2 Prozent der niederen, 0,7 Prozent der mittleren und 0,1 Prozent der hohen Lohngruppe an. Mit anderen Worten: Von 100 Arbeiterinnen in Mannheim verdienen mehr als 99 wöchentlich unter 15 Mark, davon haben 54 einen Wochenlohn von nur 3 bis 8 Mark, 27 einen solchen bis zu 10 Mark. Daß die Lebensverhältnisse der Arbeiterinnen den Lohnverhältnissen entsprechend kümmerliche, ja, höchst elende sind, versteht sich angesichts dieser Zahlen am Rande. Und die Tatsache ist mit Händen zu greifen, daß die für weibliche Arbeitskräfte üblichen Hungerlöhne Tausende von Frauen aus dem Proletariat in das Lumpenproletariat stoßen. Die Not zwingt sie, ganz, teilweise oder zeitweilig in der Prostitution einen Erwerb zu suchen, durch den Verkauf ihres Körpers das Stück Brot zu erwerben, das ihnen der Verkauf ihrer Arbeitskraft nicht zu sichern vermag.

Aber nicht nur die Arbeiterinnen selbst leiden unter der erbärmlichen Bezahlung ihrer Arbeitskraft. Auch die Arbeiter werden durch dieselbe in Mitleidenschaft gezogen. Infolge ihrer niederen Löhne werden die Frauen aus Konkurrentinnen zu Schmutzkonkurrentinnen, zu Lohndrückerinnen der Männer. Die billige Frauenarbeit schlägt die Arbeit der Männer aus dem Felde, und wollen diese in Lohn und Brot bleiben, so müssen auch sie sich niedrigen Verdienst gefallen lassen. So ist die weibliche Arbeitskraft nicht bloß eine billige Arbeitskraft, sondern eine die Männerarbeit verbilligende und in dieser ihrer Eigenschaft dem nach Mehrwert heißhungrigen

Kapitalisten doppelt schätzbar. Eine ganze große Industrie ist ein Beweis dafür, welche Rolle die Frauenarbeit als Lohndrückerin spielt: die Textilindustrie. Der niedrige Verdienst der Textilarbeiterschaft entspricht zum Teil der ausgedehnten Verwendung weiblicher Arbeitskräfte. Die Woll- und Baumwollbarone haben mittels der billigen und verbilligenden Frauenarbeit die Erwerbs- und Lebensverhältnisse einer ganzen großen Kategorie des Proletariats auf eine kulturwidrig niedrige Stufe herabgedrückt.

Die Übertragung von Hunderttausenden weiblichen Arbeitskräften auf die vervollkommenen modernen Produktionsmittel, welche den Ertrag der Arbeit verzehnfachen, ja ver-hundertfachen, hätte dem Proletariat erhöhten Wohlstand bringen müssen und auch gebracht – in einer vernünftig organisierten Gesellschaft. In der kapitalistischen Gesellschaft verkehrt sich für das Proletariat der Segen in Fluch, der Reichtum in bittere Armut. Die wirtschaftlichen Vorteile der industriellen Tätigkeit der proletarischen Frauen kommen nur zugute der kleinen Minderheit der neunmalheiligen Gilde der Coupon-schneider und Mehrwertpresser.

Von den wirtschaftlichen Folgen der Frauenarbeit sowie von anderen mit ihr verbundenen Mißständen erschreckt, erhob die organisierte Arbeiterschaft eine Zeitlang die Forderung auf Verbot der industriellen Frauenarbeit. Sie betrachtete diese lediglich unter dem engen Gesichtswinkel einer Lohnfrage. Dank der sozialistischen Propaganda hat das klassenbewußte Proletariat gelernt, die Frage von einem anderen Gesichtspunkt aus aufzufassen, von dem Gesichtspunkt ihrer geschichtlichen Bedeutung für die Befreiung der Frau und die Befreiung des Proletariats. Es versteht, wie unmöglich es ist, die industrielle Frauenarbeit zu beseitigen. So hat es die frühere Forderung fallengelassen und sucht die schlimmen wirtschaftlichen Folgen, welche mit der Frauenarbeit in der kapi-

talistischen Gesellschaft, und nur in ihr, verknüpft sind, durch zwei andere Mittel zu mildern: durch den gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen und durch deren Einbeziehung in die gewerkschaftlichen Organisationen. Wir haben bereits an dieser Stelle die Notwendigkeit und die vorteilhaften Wirkungen des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes erörtert. Die weiter oben angeführten Zahlen über den Umfang der industriellen Frauenarbeit und über die niedrigen Löhne der weiblichen Arbeitskräfte, die allgemein bekannte Tatsache von dem lohn-drückenden Einfluß der Frauenarbeit sprechen deutlich genug für die Notwendigkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation der Berufsarbeiterinnen.

Angesichts der vielen Tausenden von weiblichen Arbeitskräften, welche in der Industrie tätig sind, ist die Einbeziehung der Frau in die Gewerkschaftsbewegung für diese geradezu eine Lebensfrage. In einzelnen Industrien, wo die Frauenarbeit eine bedeutende Rolle spielt, ist jede Bewegung für bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit usw. von vornherein unmöglich, weil sie an der Haltung der nichtorganisierten Arbeiterinnen scheitern würde. Aussichtsvoll begonnene Kämpfe verliefen schließlich doch erfolglos, weil die Unternehmer gegen die organisierten Arbeiter die nichtorganisierten Arbeiterinnen ausspielen konnten, welche zu jeden Bedingungen weiterarbeiteten beziehungsweise die Arbeit aufnahmen, aus Schmutzkonkurrentinnen zu Streikbrecherinnen wurden.

Aber nicht nur mit Rücksicht auf den erfolgreichen wirtschaftlichen Kampf der gewerkschaftlichen Organisationen ist es dringend nötig, daß die Frauen in sie einbezogen werden. Auch die Aufbesserung der Hungerlöhne der Arbeiterinnen, die Einschränkung der Schmutzkonkurrenz der weiblichen Arbeitskräfte erheischt gebieterisch deren Organisation.

Daß die Frauenarbeit soviel schlechter entlohnt wird als die Männerarbeit, hat ja vielfache Ursachen. Allein nicht wenig

kommen die schlechten Frauenlöhne auf Rechnung des Umstandes, daß die Arbeiterinnen so gut wie nicht organisiert sind. Sie entbehren der Stärke, welche die Einigkeit verleiht, des Mutes, des Kraftgefühls, des Widerstandsgeistes und der Widerstandsfähigkeit, welche der Rückhalt an eine Organisation verleiht, das heißt an eine Macht, in der einer für alle und alle für einen eintreten. Sie ermangeln ferner der Aufklärung und Schulung, welche durch die Organisation geboten wird. Ohne Einsicht in das moderne Wirtschaftsleben, in dessen Getriebe sie eingeschraubt sind, verstehen sie weder durch bewußtes, berechnetes und einheitliches Handeln den flotten Geschäftsgang zur Erreichung von Vorteilen auszunützen noch in Zeiten geschäftlichen Niedergangs sich gegen Nachteile zu schützen. Rafften sie sich ja einmal unter dem Drucke unerträglicher Verhältnisse zum Kampf auf, so geschieht dies nicht selten zu unrechter Zeit und in planloser Weise.

Dieser Stand der Dinge ist von großem Einfluß darauf, daß die Erwerbsverhältnisse der Frauen gar so traurige sind und dann ihr Rückschlag in Gestalt von Schmutzkonkurrenz von den Arbeitern bitter empfunden wird. Im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen ist deshalb die Einbeziehung letzterer in die Gewerkschaften dringend geboten. Je größer die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ist, die Schulter an Schulter mit ihren Kameraden aus Fabrik und Werkstatt für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, um so eher und mehr werden sich die Frauenlöhne heben, um so eher kann der Grundsatz verwirklicht werden: gleicher Lohn für gleiche Arbeit ohne Unterschied des Geschlechts. Die organisierte und dem Arbeiter wirtschaftlich gleichgestellte Arbeiterin hört auf, dessen Schmutzkonkurrentin zu sein.

Mehr und mehr drängt sich den organisierten Arbeitern die Erkenntnis auf, von welcher tief einschneidender Bedeutung es ist, daß die Arbeiterinnen in Reih und Glied der Organisationen

geführt werden. In den letzten Jahren hat man es innerhalb der Gewerkschaften auch nicht an diesbezüglichen Bestrebungen fehlen lassen. Aber doch, wie wenig ist in dieser Hinsicht noch geschehen, und wie unendlich viel bleibt noch zu tun.

Nach dem Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands haben von 52 Organisationen nur 14 eine aus Arbeitern und Arbeiterinnen bestehende Mitgliedschaft. Dazu kommen noch 2 Organisationen, welche nur Frauen umschließen: die Gewerkschaft der Plätterinnen und der Zentralverein für Frauen und Mädchen Deutschlands. Was will das bedeuten angesichts der großen und stetig steigenden Zahl der Industrien, in denen Frauen tätig sind?

Aber auch in den Gewerben, wo die gewerkschaftliche Organisation der Frauen bereits begonnen hat, ist sie noch nicht über die ersten und schüchternen Anfänge hinausgekommen.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Organisation	Zahl der Mitglieder überhaupt	Zahl der weiblichen Mitglieder	Prozent der weiblichen Mitglieder
Tabakarbeiter	11 079	2 560	23,1
Textilarbeiter	6 515	620	9,5
Buchbinder	2 752	210	7,6
Bürstenmacher	858	59	6,9
Zigarrensortierer	480	30	6,2
Holzarbeiter	608	28	4,6
Gold- und Silberarbeiter	1 934	83	4,3
Konditoren	395	14	3,5
Vergolder	555	16	2,9
Schneider	6 272	131	2,1
Schuhmacher	10 150	150	1,5
Metallarbeiter	26 121	152	0,6
Drechsler	2 288	1	
Sattler	1 102	1	
Plätterinnen	100	100	
Zentralverein für Frauen und Mädchen	200	200	

Die eventuell in Lokalvereinen organisierten Arbeiterinnen sind hier nicht mitgerechnet. Angaben über deren Zahl lagen nicht vor, jedenfalls ist sie nicht bedeutend.

Die Organisation der Tabakarbeiter nimmt hinsichtlich der Zahl ihrer weiblichen Mitgliedschaft die erste Stelle ein, und doch macht dieselbe noch nicht einmal ein Viertel der gesamten Mitgliedschaft aus. Und 1882 waren von den in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeitskräften überhaupt 43,1 Prozent Frauen. In den vier folgenden Gewerkschaften, welche verhältnismäßig noch die größte Zahl weiblicher Mitglieder haben, steigt diese bei keiner bis auf volle 10 Prozent. Die Organisation der Gold- und Silberarbeiter zählt noch nicht einmal 5 Prozent weiblicher Mitglieder, und dies trotz der großen Zahl weiblicher Arbeitskräfte, welche in der Gold- und Silberindustrie beschäftigt sind. In der Spinnerei waren 1882 60 Prozent Frauen tätig, in der Weberei 30 Prozent, die Zahl der organisierten Textilarbeiterinnen beträgt dagegen nur rund 9½ Prozent. Diese Zahlen, in Verbindung mit den Jammerlöhnen, welche gerade in der Textilindustrie die Regel sind, reden ganze Bände über die Notwendigkeit, die Arbeiterinnen zu organisieren.

An den Gewerkschaften liegt es, in richtiger Würdigung dieser Notwendigkeit mit aller Energie an der Einreihung der Frauen in die Organisationen zu arbeiten.

Gewiß, wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, welche sich seitens der Arbeiterinnen der Lösung dieser Aufgabe entgegenstellen. Stumpfsinnige Ergebung, Mangel an Solidaritätsgefühl, Schüchternheit, Vorurteile aller Art, die Furcht vor dem Fabriktyrann halten viele Frauen von den Organisationen fern. Und mehr als alle die genannten Hindernisse stemmt sich der Mangel an Zeit seitens der Arbeiterinnen deren Massenorganisation entgegen, denn die Frau ist Fabrik- und Haussklavin, sie muß eine doppelte Arbeitslast tragen. Allein die wirtschaftliche Entwicklung, die schärfere Zuspitzung des Klassenkampfes erziehen Arbeiter und Arbeiterinnen und zwingen sie, mit den angedeuteten Schwierigkeiten fertig zu werden.

Gewiß, wir anerkennen, daß in den letzten Jahren innerhalb der Gewerkschaften ernste Bestrebungen gemacht worden sind, die Arbeiterinnen den Organisationen ihrer Berufsgenossen zuzuführen. Aber was in der Beziehung geleistet und erstrebt worden ist, steht keineswegs im Verhältnis zur Dringlichkeit und Bedeutung der zu vollbringenden Arbeit. In der Theorie geben die meisten Gewerkschaftsmitglieder zu, daß die gemeinsame Organisation von Arbeitern und Arbeiterinnen des nämlichen Berufs eine unabweisbare Notwendigkeit geworden ist. In der Praxis dagegen tun bei weitem nicht alle, was sie tun könnten. Es sind mehr einzelne Gewerkschaften und innerhalb dieser bestimmte einzelne Persönlichkeiten, welche mit Energie und Ausdauer für die Organisation der Arbeiterinnen wirken. Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder unterstützt sie dabei nur wenig. Diese hält sich, als ob die diesbezüglichen Bestrebungen eine Liebhaberei wären, die man wohl dulden könne, der man aber keinen Vorschub zu leisten habe, „solange es noch so viele nichtorganisierte, indifferente Arbeiter gibt“. Dieser Standpunkt ist grundfalsch.

Die Organisation der Arbeiterinnen wird erst dann bedeutende Fortschritte machen, wenn sie nicht mehr von einigen wenigen gefördert wird, sondern wenn sich jedes einzelne Mitglied der Gewerkschaften angelegen sein läßt, diesen die Kolleginnen aus Fabrik und Werkstatt zuzuführen. Um diese Aufgabe erfolgreich zu lösen, ist allerdings zweierlei notwendig. Die Arbeiter müssen aufhören, in der Arbeiterin in erster Linie eine Frau zu sehen, der man, je nachdem sie jung, hübsch, sympathisch, heiter oder es nicht ist, den Hof macht und der gegenüber man sich eventuell je nach dem Grade der eigenen Bildung oder Unbildung Roheiten und Zudringlichkeiten erlaubt. Die Arbeiter müssen sich vielmehr gewöhnen, die Arbeiterin in erster Linie als Proletarierin zu behandeln, als Genossin der Arbeit und der Klassensklaverei und als

gleichwertige, unentbehrliche Mitstreiterin im Klassenkampf. Anstatt daß man gewerkschaftlicherseits eine Haupt- und Staatsaktion daraus macht, alle Mitglieder und Anhänger der politischen Partei zu Mitgliedern der wirtschaftlichen Organisationen zu haben, sollte man, wie uns scheint, mehr Nachdruck darauf legen, die breite, indifferente Masse der Gewerkschaftsbewegung zuzuführen. Hier, in deren Aufklärung, Disziplinierung, Schulung für den Klassenkampf, liegt unseres Erachtens der Schwerpunkt der Aufgaben, welche die Gewerkschaften zu erfüllen haben. Und angesichts der zunehmenden Verwendung weiblicher Arbeitskräfte und ihrer wirtschaftlichen Folgen begeht die Gewerkschaftsbewegung geradezu einen Selbstmord, wenn ihre Bestrebungen, die indifferente Masse des Proletariats zu gewinnen, die Arbeiterinnen nicht ebensoviel berücksichtigen wie die Arbeiter.

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 1. November 1893.

---

## Der deutsch-russische Handelsvertrag

April 1894

Endlich ist im Reichstage die Entscheidung gefallen über eine Frage, welche wie kaum eine zweite seit langen Monaten das öffentliche Interesse in Spannung und Erregung hielt, über die Frage des deutsch-russischen Handelsvertrags. Mit den verschiedensten Gründen wurde seit vorigem Sommer für und wider diesen Vertrag gestritten, wider ihn mit noch mehr Leidenschaft und Erbitterung als mit Gründen. Weshalb das? Bezweckt der deutsch-russische Handelsvertrag eine so tief einschneidende Änderung unserer wirtschaftspolitischen Verhältnisse, daß diese Erregung und dieses Aufgebot von Leidenschaft gerechtfertigt erscheinen? Mitnichten. Der Vertrag sollte im wesentlichen zwischen Deutschland und Rußland wieder die nämlichen wirtschaftspolitischen Beziehungen herstellen, welche zwischen beiden Mächten bestanden hatten vor Ausbruch des Zollkriegs<sup>[3]</sup> im vorigen Jahre. Das forderten die Interessen der deutschen Industrie, welcher der russische Markt so gut wie gesperrt war, seitdem Rußland hohe Kampfzölle festgesetzt hatte. Der Vertrag sollte außerdem den Roggenzoll von 5 Mark auf 3 Mark 50 Pfennig herabsetzen, das heißt auf den nämlichen Betrag, mit welchem der in Deutschland eingeführte Roggen anderer Länder verzollt wird. Das forderten die Interessen Rußlands, das auf die Ausfuhr von Getreide angewiesen ist und welches in Deutschland

einen Hauptabnehmer seines Roggens gehabt hatte. Das forderten aber auch die Interessen des deutschen Volkes, für welches der Roggen das wichtigste Brotgetreide ausmacht. Der Handelsvertrag sollte also den deutschen Industrieerzeugnissen die russische, dem russischen Roggen die deutsche Grenze öffnen.

Aber gerade der letztere Umstand verursachte die heftigsten Kämpfe gegen den Handelsvertrag. Er war nämlich nicht nach dem Geschmack der Herren Agrarier, derer von Itzenplitz und Kökeritz, die da wähnen, daß die Gesamtheit des deutschen Volkes ihnen tributpflichtig sei und sein Brotkorn teuer bezahlen müsse, damit sie und ihre blaublütigen Sprößlinge Riesensummen vergeuden können im Hasardspiel, in ekelhaften Orgien mit Mätressen, beim Wettrennen und anderen „noblen Passionen“. Eine Ermäßigung des Zolls auf russischen Roggen – und die Einnahmen der schnauzigen, nimmersatten Großgrundbesitzer werden um ein wenig sinken. Denn wenn der Zollsatz auf Roggen ein niedrigerer ist, so werden bei sonst gleichen Verhältnissen größere Mengen desselben eingeführt werden, und die steigende Einfuhr muß eine gewisse Verbilligung des Brotkorns zur Folge haben. Ob dieses um den ganzen Betrag des Zolls billiger werden wird, ist freilich eine andere Frage. Auf Grund der früher abgeschlossenen Handelsverträge mit Österreich, Rumänien und Serbien kommt bereits Roggen zu einem Zoll von 3 Mark 50 Pfennig ins Land, doch der Preis des Getreides auf dem Markte hängt noch von anderen Umständen ab als vom Zoll. Aber jedenfalls wird die größere Zufuhr russischen Roggens zu niedrigerem Zollsatz als bisher eine gewisse Verbilligung des Roggenpreises bewirken. Die hochmögende Sippe der Krautjunker wollte sich nun mit der durch den Handelsvertrag zu schaffenden Lage nicht abfinden. Und dies aus einem bestimmten Grunde. Die Aussicht auf die mögliche oder tatsächliche

Verbilligung der Brotfrucht schreckte die Großgrundbesitzer nicht so sehr als der durch den russischen Handelsvertrag vollzogene entschiedene Bruch mit dem System der Hochschutzzölle, das seit 1879 in Deutschland geherrscht hat. Das Ideal der Agrarier ist der Hochschutzzoll auf landwirtschaftliche Erzeugnisse. Denn er erlaubt ihnen, dem deutschen Volk die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu diktieren, ihm Brot, Mehl, Fleisch, Schmalz, Butter, Eier, Käse, kurz, die notwendigsten Bedarfsartikel, zu verteuern, um sich selbst die vollen Taschen noch mehr zu füllen. Der in den letzten Jahren auf dem russischen Getreide lastende hohe Zoll war ihnen gewissermaßen Brief und Siegel für den Fortbestand des Hochschutzzolls.

Allein die Interessen der deutschen Industrie und die Interessen der werktätigen Masse im Deutschen Reich stehen im Widerspruch zu der Aufrechterhaltung eines starren Systems von Hochschutzzöllen. Die deutsche Industrie braucht möglichst freien Zutritt zu den ausländischen Märkten; die werktätige Masse kann sich nicht durch einen Zollkrieg mit einem auswärtigen Staat ihre Arbeitsgelegenheiten verschlechtern lassen, sie braucht billiges Brotgetreide. Deshalb ist unter dem Drängen der Verhältnisse in den letzten Jahren von der chinesischen Mauer der deutschen Hochschutzzölle Stück um Stück abgebröckelt. Die Handelsverträge mit Österreich, Rumänien, Serbien und Spanien<sup>[4]</sup> legten Breschen in sie. Der Handelsvertrag mit Rußland bedeutet einen weiteren, und zwar einen entscheidenden Schritt vorwärts auf der Bahn der Abschaffung der Hochschutzzölle. Er mußte deshalb die Galle der Agrarier so gewaltig erregen, ihr nächstliegender Zweck mußte es sein, ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen. Und das haben auch die Herren mit großem Fleiß und heißem Bemühen getan. Unter dem Motto des Bismarckschen Ausspruchs: „Artige Kinder verlangen nichts, artige Kinder

bekommen auch nichts“, entfalteten sie eine Agitation, die es an wüster Demagogie mit dem Antisemitismus aufnehmen kann. In allen Tonarten erklang das Klage lied Jeremiä von der Notlage der Landwirtschaft, das heißt von den kleinen Profiten der die Konsumenten, landwirtschaftlichen Arbeiter und Kleinbauern auspowernden Großgrundbesitzer. Die patentierten Verteidiger des Throns und des Monarchen von Gottes Gnaden sagten der Regierung die Bundesgenossenschaft auf, bekämpften ihre Politik in heftigster Weise, drohten mit offener Rebellion und zogen die Person des Kaisers in den Streit.

Die agrarische Agitation zerstörte gründlich den Mythos von der unerschütterlichen Vasallentreue des Krautjunktums der Monarchie und dem Monarchen gegenüber. Sie zerstörte auch das Märchen von der Solidarität der Interessen zwischen Großindustriellen und Großgrundbesitzern. Wohl vereinigen sich die beiden zur Bekämpfung und Ausplünderung des Proletariats zu einer reaktionären Masse. Aber eine jede der beiden Schichten hat ihre Sonderinteressen, die miteinander in Widerstreit geraten, zu tieffressenden Familienzwistigkeiten innerhalb der Kapitalistenklasse führen und zu ihrer Schwächung dem Proletariat gegenüber beitragen.

Dies erwies sich auch in betreff der Frage des Hochschutzzolls beziehungsweise der Frage des Handelsvertrags mit Rußland. Das 1879 inaugurierte System der Hochschutzzölle liegt im Interesse der Großgrundbesitzer, aber nicht in dem der Großindustriellen, die mit Ausnahme etlicher Eisenkönige keinen Nutzen aus ihm gezogen haben, sondern vielfach geschädigt worden sind.

In dem noch halbabsolutistischen Deutschland übt nun zwar das Krautjunktum einen sehr großen Einfluß auf den Gang des politischen Lebens aus, allein es ist nicht mehr allmächtig. Es vermochte Liebesgaben und Vergünstigungen aller Art auf Kosten der steuerzahlenden Masse zu erringen,

es vermochte aber nicht, den Interessen der Industrie und der werktätigen Masse gegenüber das System des Hochschutzzolls auf die Dauer aufrechtzuerhalten. Allerdings war es nicht die das industrielle Kapital vertretende Bourgeoisie, welche im Vordertreffen des Kampfes stand und seine Entscheidung herbeiführte. In schwächlicher, zaghafter Weise trat das deutsche Bürgertum für die Beseitigung des Hochschutzzolls ein, die ihre ureigensten Interessen forderten. Wie ganz anders energisch und kraftvoll führte da seinerzeit die englische Bourgeoisie den Kampf für die Beseitigung des Kornzolls<sup>[5]</sup>. Der Kampf um den russischen Handelsvertrag hat einen Beweis mehr dafür erbracht, wie schwächlich und kurzsichtig das deutsche Großbürgertum ist. Statt seiner hielten Kleinbürgertum und Arbeiterklasse den Kampf und gaben den Ausschlag. Charakteristisch ist, daß man in dem einen wie dem anderen Lager mit der Sozialdemokratie rechnen mußte, das heißt mit dem politisch organisierten Teil des klassenbewußten Proletariats. Die Agrarier hätten ihren Widerstand gegen den Handelsvertrag gern bis zum äußersten fortgesetzt, aber sie fürchteten eine Reichstagsauflösung, weil diese nur der Sozialdemokratie zugute gekommen wäre. Die Regierung hätte ihrerseits die widerspenstigen Junker zu Paaren getrieben, aber auch sie fürchtete aus dem nämlichen Grunde eine Reichstagsauflösung.

Der eigentliche Kampf um den russischen Handelsvertrag wurde nicht im Reichstage ausgefochten. Schon lange vor der Beratung der diesbezüglichen Regierungsvorlage waren in der Öffentlichkeit alle Gründe für und wider dieselbe geltend gemacht worden. Die Verhandlungen des Reichstags über den Vertrag entbehrten deshalb auch des tieferen Interesses. Weder seine Freunde noch seine Gegner konnten neue Erwägungen ins Feld führen. Die bekanntesten agrarischen Parlamentarier erschöpften sich vergeblich in dem Bemühen, die Notwendigkeit und den Nutzen des Ausnahmezolls auf

russischem Roggen nachzuweisen. Neu und überraschend war nur die Behauptung des Grafen Mirbach, Deutschland brauche nichts von Rußland außer Kaviar. Daß die Herren, anstatt sich mit der Ermäßigung des Zolls abzufinden, am liebsten noch eine Erhöhung desselben auf 6 Mark erbettelt hätten, entspricht nur der junkerlichen Begehrlichkeit, welche bis dato durch die Willfährigkeit der Regierung nur immer anspruchsvoller geworden ist. Übrigens erklärten konservative Redner, daß sie eventuell den höheren Kornzoll fahrenlassen wollten, wenn ihnen Entschädigungen dafür geboten würden. Als solche wollten sie vor allem die Einführung der Silberwährung. Diese würde ihnen nämlich ermöglichen, ihre Schulden in dem minderwertigen, aber künstlich zu hohem Kurs emporgeschraubten Silber zu zahlen und dabei fette Profite zu machen. Die Geschenke, welche die Regierung den zürnenden Ochsengrafen bot und die der Reichstag bewilligte – die Aufhebung der Staffeltarife und des Identitätsnachweises<sup>[6]</sup> –, schienen den Herren geringwertig. Doch war die Zurückweisung derselben nur leere Spiegelfechterei, um größere Liebesgaben erschachern zu können. Die Agrarier wissen ja ganz gut, daß zumal die Aufhebung des Identitätsnachweises recht hübsche Sümmchen in ihre Taschen fließen machen wird. Diese Aufhebung kommt einer sehr guten Ausfuhrprämie für Roggen usw. gleich. Bis jetzt wurde für ausländische Erzeugnisse, die nicht in Deutschland verbraucht, sondern die von hier aus weitertransportiert wurden, der Betrag des erhobenen Zolls zurückvergütet, falls nachgewiesen werden konnte, daß die betreffenden Waren tatsächlich vom Ausland her eingeführt worden waren.

Nach Aufhebung des Identitätsnachweises soll für Getreide und Mehl, die man von Deutschland aus verfrachtet, der Zollbetrag ausgezahlt werden, ohne daß es des Nachweises über die ausländische Herkunft bedarf. Für jeden Doppelzentner



Clara Zetkin in den achtziger Jahren in Paris



Roggen zum Beispiel, der in Deutschland zur Versendung nach dem Ausland gelangt, wird also vom Staat der angeblich entrichtete Zollbetrag von 3 Mark 50 Pfennig ausgezahlt. Die ostpreußischen Großgrundbesitzer werden natürlich die Gelegenheit benutzen, möglichst viel Getreide als „russisches“ und verzolltes nach dem Ausland zu senden. Sie säckeln dann die Vergütung des nicht gezahlten Zolls ein und bewirken außerdem durch starke Ausfuhr des Roggens einen Abfluß desselben von dem deutschen Markt und eine entsprechende Erhöhung des Roggenpreises. Die Zeche dafür zahlt die breite Masse, die durch ihre Steuern für die neue Liebesgabe aufkommen muß und der das Brot verteuert wird. Von den bürgerlichen Politikern traten besonders Richter und Hartmann im Namen der Freisinnigen und der süddeutschen Volkspartei energisch für den Handelsvertrag ein. Ersterer bekämpfte auch nachdrücklich die Aufhebung des Identitätsnachweises. Der Führer des Zentrums und der Führer der „Drehscheibe“, der nationalliberalen Fraktion, erklärten sich zwar für den Vertrag, brachten es aber in einem politischen Eiertanz nicht fertig, demselben gegenüber „einerseits oder andererseits“ zu sein. Im Zentrum und bei den Nationalliberalen herrschte eben in der Frage keine Einmütigkeit, es wurde für und gegen den Handelsvertrag gestimmt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte natürlich geschlossen für den Vertrag und gegen die Liebesgaben an die Agrarier. Die Abgeordneten Schulze und Schippel vertraten nachdrücklich und überzeugend den Standpunkt der Partei. Der Handelsvertrag wurde in zweiter Lesung mit einer Majorität von 200 gegen 146 Stimmen angenommen. Der Antrag der Konservativen auf Beibehaltung des Roggenzolls von 5 Mark wurde mit 205 gegen 150 Stimmen abgelehnt. In der dritten Lesung erklärte sich die bisherige Majorität für den Handelsvertrag, der am 20. März unterzeichnet worden ist. Auf manchen

Seiten hat man an sein Zustandekommen überschwengliche Hoffnungen geknüpft. Man erwartet Wunder von seiner Wirkung, man preist ihn als den Ausgangspunkt einer neuen Ära des Aufschwungs der deutschen Industrie. Der Handelsvertrag, so jubelt man, wird Deutschland in Rußland einen so vorzüglichen Markt erschließen, daß flottester Geschäftsgang an Stelle des schleppenden tritt, daß die Arbeitslosigkeit mit einem Schlage verschwindet, daß in der deutschen Industrie ein großer Bedarf nach Arbeitskräften entsteht. Kurz, man erwartet, daß der Handelsvertrag Zustände beseitigt, welche nicht in den wirtschaftspolitischen Beziehungen Deutschlands zu anderen Ländern begründet sind, sondern im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise selbst. Das heißt denn doch die Verhältnisse verkennen und die Bedeutung des russischen Handelsvertrages beträchtlich überschätzen. Die Krise, unter welcher jetzt die deutsche Industrie leidet, ist eine Folge der mit der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar verbundenen Überproduktion. Der Zollkrieg mit Rußland hat sie verschärft, aber nicht verursacht. Gute wirtschaftspolitische Beziehungen mit Rußland können deshalb diese Krise nicht beseitigen, nur mildern. Daß auch dies für die Industrie und die in ihr fronenden Arbeiter und Arbeiterinnen wertvoll ist, soll nicht bestritten werden, aber es liegt keinesfalls ein Grund vor, vor lauter Glückseligkeit den Kopf zu verlieren. Abgesehen davon, schafft der Handelsvertrag der deutschen Industrie nicht so ausnahmsweise glänzende Bedingungen, daß der russische Markt für sie zum Eldorado wird. Der Vertrag ermäßigt die Zölle auf gewisse deutsche Industrieerzeugnisse, für andere hat er sie gebunden, er erleichtert die Einfuhren mancher Waren in Rußland, alles in allem schafft er für die deutsche Industrie die nämlichen Verhältnisse, wie sie vor dem Ausbruch des Zollkriegs mit Rußland bestanden haben. Im günstigsten Falle wird die deutsche Industrie infolge des

Handelsvertrages das gleiche Absatzgebiet für ihre Erzeugnisse wiederfinden, das sie vor der Absperrung des russischen Marktes durch Kampfzölle hatte – im günstigsten Fall. Denn während des Zollkriegs ist die Industrie anderer europäischer Länder auf dem russischen Markt erschienen, und die deutsche Industrie muß mit ihr in Wettbewerb treten, ihr die eingenommenen Positionen streitig machen. Weiter hat die Kaufkraft des russischen Volkes durch mehrere Jahre des Mißwachses und der Hungersnot gelitten. Last not least entwickelt sich in Rußland eine von der Regierung in jeder Weise begünstigte Industrie, welche das Moskowiterreich mehr und mehr von der Einfuhr des Auslands unabhängig macht, ja zum Teil – wie die Baumwollindustrie – schon mit dem Ausland konkurriert. Möglich ist allerdings, daß die deutsche Industrie im Anschluß an das Zustandekommen des Handelsvertrags eine jähe Belebung zeigt. Aber nicht infolge einer gesunden, natürlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens, vielmehr infolge der kapitalistischen Spekulation. Einem eventuell schnellen und glänzenden Aufschwung der deutschen Industrie wird ebenso schnell der Rückschlag folgen.

Was die Wirkung des Handelsvertrages anbelangt bezüglich der Verbilligung der Lebenshaltung der Masse, so ist nicht zu vergessen, daß eben immer noch der beträchtliche Zoll von 3 Mark 50 Pfennig die Brotfrucht des armen Mannes belastet und daß dieser Betrag noch um 50 Pfennig höher ist als der Schutzzoll von 1887.

Hatte so etwa das werktätige Volk keinen Grund, sein Wort zugunsten des Handelsvertrages in die Waagschale zu werfen? Im Gegenteil. Wenn der Handelsvertrag auch nicht Deutschland für die Arbeiter und Arbeiterinnen in ein Kanaan verwandelt, wo Milch und Honig fließt, so mildern seine Wirkungen doch in etwas den herrschenden Notstand, so sind sie doch geeignet, einer Verschlechterung des Gangs der Industrie

vorzubeugen, welche infolge eines andauernden Zollkriegs mit Rußland eingetreten wäre. Das bewirkt aber, daß die eine oder andere Gruppe von Arbeitslosen wieder Beschäftigung findet, daß Tausende von Proletariern und Proletarierinnen in Brot und Lohn bleiben, welche andernfalls aufs Pflaster geworfen worden wären. Der Handelsvertrag schafft außerdem dadurch, daß er die Zölle für zehn Jahre festlegt, eine größere Sicherheit der industriellen Verhältnisse, mithin auch der Erwerbsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen. Arbeitsgelegenheit und größere Sicherheit des Erwerbs bedeuten aber für die Angehörigen des Proletariats nicht nur bessere Lebensbedingungen, sondern auch die Möglichkeit, sich aufzuklären, sich zu organisieren, für ernste soziale Reformen zu kämpfen. Und angesichts des elenden Einkommens und der schweren Belastung der arbeitenden Masse durch Zölle und Steuern empfindet der kleine Mann die Verbilligung des Brotes angenehm, welche infolge der Ermäßigung des Roggenzolls eintreten wird. Zufriedengeben kann er sich allerdings nicht eher, als bis jeder Zoll auf Brotgetreide, bis das ganze System der indirekten Besteuerung beseitigt worden ist.

Die werktätige Masse nimmt deshalb den Handelsvertrag mit seinen Vorteilen kühl entgegen als eine selbstverständliche und sehr kleine Abschlagszahlung auf die durchgreifenden sozialpolitischen Maßregeln, die sie fordert und erringen muß, Maßregeln, die ihre Erwerbsverhältnisse verbessern und ihre Lasten erleichtern. „Der Appetit kommt beim Essen“, sagt ein französisches Sprichwort. Je mehr Reformen in der einen oder anderen Richtung das Proletariat der kapitalistischen Gesellschaft entreißt, um so energischer und erfolgreicher wird es für neue und größere Abschlagszahlungen kämpfen.

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,

Stuttgart, 4. April 1894.

---

## Die frauenrechtlerische Petition, das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts betreffend<sup>1</sup>

Januar 1895

### I

Im letzten Sommer schlossen sich 22 frauenrechtlerische Organisationen zu einem Rütlibund zusammen, welcher in einer Petition an den Kaiser das gesetzliche Verbot der Prostitution und die strenge Bestrafung der Prostituierten, Kuppeler usw. auf dem Wege einer Kabinettsordre des Kaisers und der verbündeten Fürsten „untertänigst“ erflachte. Die Lakaienhaftigkeit des in der Petition beliebten Tones fand ihr würdiges Gegenstück in dem sozialpolitischen Unverstand, den die „Bitte“ atmete, und in der Anmaßung, mit welcher die Organisationen zu bitten „wagten“, daß gerade ihre Vertreterinnen „als Sachverständige in Frauensachen“ vernommen würden.

Jetzt haben sich ganze drei Frauen gefunden, welche in einer Petition das Vereins- und Versammlungsrecht für das weibliche Geschlecht erbitten. Drei ganze Frauen ergreifen

---

<sup>1</sup>Wir geben nachfolgendem Artikel Raum, ohne mit demselben in allen Teilen einverstanden zu sein. Wir bemerken vor allem, daß wir ebensogut über die Prinzipientreue in der Partei wachen wie Genossin Zetkin und die „Gleichheit“. Die scharfen Geschosse der Genossin Zetkin scheinen für den Kampf, den sie führt, nicht geeignet, sie sollten für erheblichere Angriffsobjekte aufgespart werden. Die angegriffene Petition ging nicht von Frauenvereinen oder einer frauenrechtlichen Organisation, sondern von drei Frauen aus, von denen eine Mitglied unserer Partei ist; die Petition wurde übrigens, bevor der „Vorwärts“ Stellung genommen hatte, von der Partei angehörenden Frauen unterzeichnet. *Die Red. des „Vorwärts“.*

seitens der bürgerlichen Frauenwelt die Initiative behufs Gewinnung eines Rechts, dessen Nichtbesitz gerade eins der kennzeichnendsten Merkmale für die soziale Unterbürtigkeit des weiblichen Geschlechts in Deutschland ist!

Die Petition wendet sich an die Frauen „aller Parteien und aller Klassen“. Auch die Unterschriften der proletarischen Frauen, der Sozialdemokratinnen, sind mithin willkommen.

Ich will nicht untersuchen, ob es nötig ist, daß proletarische Frauen eine Petition für das Vereins- und Versammlungsrecht in dem Augenblick unterzeichnen, wo die Partei, die ihre Interessen ebensogut wie die des männlichen Proletariats vertritt, im Reichstag einen diesbezüglichen Initiativantrag gestellt hat. Bekanntlich verlangt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine reichsgesetzliche Neugestaltung der jetzt einzelstaatlichen Vereins- und Versammlungsgesetze und mit dieser Neugestaltung gleiches Recht für beide Geschlechter, gleichzeitig aber auch gesetzliche Bürgschaft für die unbeschränkte Ausübung der Koalitionsfreiheit. Sie fordert also nicht bloß das, worum die Petition ersucht, sondern noch mehr.

Es mag nun dem einen oder anderen, vielleicht auch vielen „zweckmäßig“ erscheinen – die Zweckmäßigkeit lächelt ja auch in unserer Partei manchen holder an als das Prinzip –, daß die Petition die Unterstützung der organisierten Arbeiter und die Unterschriften der proletarischen Frauen erhält. Eine derartig mit Massenunterschriften unterstützte Petition erscheint ihnen als eine treffliche Demonstration zugunsten des sozialdemokratischen Antrags, als ein Nachweis dafür, daß weiteste Kreise der Frauenwelt das dringende Bedürfnis nach dem Vereins- und Versammlungsrecht empfinden.

Meiner Ansicht nach ist auch ohne die Petition eine solche Demonstration in Permanenz vorhanden, der Nachweis für die Berechtigung der geforderten Reform wird seit langem,

dauernd und nachdrücklich erbracht, und dies in Gestalt des zähen und erbitterten Kampfes, den Polizei und Juristerei, innig gesellt, seit Jahren gegen das Vereins- und Versammlungsleben der proletarischen Frauen führen.

Die Polizei betätigt in diesem Kampfe die volle Schneidigkeit, welche der Pflichttreue des deutschen Beamtentums in den Augen der Besitzenden zur höchsten Ehre gereicht. Die Juristen ihrerseits betätigen eine Auslegekunst, welche der simple Menschenverstand nicht immer zu würdigen vermag. Auflösung proletarischer Frauenorganisationen reiht sich an Auflösung, Verbot von Frauenversammlungen folgt auf Verbot, die Ausweisung von Frauen aus öffentlichen Versammlungen ist etwas Alltägliches, Strafen gegen Frauen wegen Übertretung des Vereinsgesetzes hageln nur so hernieder. Vom 1. Oktober 1893 bis 31. August 1894 mußten proletarische Frauen wegen derartiger Sünden 681 Mark Strafe zahlen, und dies nur in den Fällen, die zu meiner Kenntnis gelangt sind. Trotz alledem entstehen regelmäßig an Stelle der zerschmetterten Organisationen neue Vereine, wieder und wieder drängen sich die Frauen zu den Versammlungen, wieder und wieder organisieren sie solche.

Die in Dürftigkeit, wenn nicht in bitterer Armut lebende proletarische Frau, die mit Arbeitslasten überbürdete proletarische Frau bringt stets aufs neue die Opfer an Mitteln und Zeit, welche das Vereins- und Organisationsleben erheischt; sie setzt sich mutig allen behördlichen Verfolgungen aus, sie trägt die Strafen, die von „Rechts wegen“ über sie verhängt werden. Diese Tatsache ist meines Erachtens die unzweideutigste Demonstration dafür, daß ein zwingendes Lebensinteresse und nicht die Lust zu politischen Spielereien oder Vereinsmeiereien den Besitz der Koalitionsfreiheit für die proletarische Frauenwelt nötig macht. Wenn Reichstag und Regierung die kräftige, eindringliche Sprache dieser Tatsache

nicht verstehen, so werden sie noch ein weit weniger geneigtes Ohr besitzen für eine Petition.

Nun wird hier vielleicht eingewendet: „Ja, wenn die Petition auch nichts nützt, so schadet sie doch nichts. Es handelt sich um eine Erweiterung der Rechte des rechtlosen weiblichen Geschlechts, ergo unterzeichnen und unterstützen wir sie.“ Sehr schön, sage ich darauf, aber wenn dieser Standpunkt gelten soll, so muß doch immerhin die Petition in ihrer Begründung unserer proletarischen Auffassung entsprechen, oder mindestens – ich will bescheiden sein – darf sie nicht in schroffem Gegensatz zu unserer Auffassung stehen. Dies ist keineswegs der Fall, im Gegenteil. Die Petition stammt aus bürgerlichen Kreisen, sie atmet durchweg bürgerlichen Geist, ja, in manchen Einzelheiten sogar einen beschränkt bürgerlichen Geist.

Es ist uns deshalb geradezu unerfindlich, weshalb sozialdemokratische Zeitungen sich für diese Petition ins Zeug legen, sie quasi offiziell den organisierten Arbeitern zur Unterstützung, den proletarischen Frauen zum Unterzeichnen empfehlen. Seit wann gehört es denn zu den Gepflogenheiten der Sozialdemokratischen Partei, Petitionen, die aus bürgerlichen Kreisen hervorgehen und das Kennzeichen bürgerlicher Auffassung an der Stirn tragen, nur deswegen zu unterstützen, weil sie etwas Richtiges erbitten, etwas, was die Sozialdemokratie auch und zwar seit langem fordert? Nehmen wir an, bürgerliche Demokraten hätten eine Petition veranlaßt, der vorliegenden Frauenpetition dem Zweck nach gleich oder ähnlich, dem Charakter nach gleich. Die sozialdemokratische Presse hätte die Petition kritisiert, wäre aber keineswegs dafür eingetreten, daß die Genossen, daß klassenbewußte Arbeiter im Schlepptau bürgerlicher Elemente erscheinen. Warum unseren prinzipiellen Standpunkt der Politik der bürgerlichen Welt gegenüber ändern, weil zufälligerweise ein Akt dieser

Politik von Frauen ausgeht, die nicht für die sogenannte Gesamtheit eine Reform fordern, sondern für das weibliche Geschlecht? Wollen wir unsere prinzipielle Haltung deswegen preisgeben, so geben wir gleichzeitig unseren Standpunkt preis, die Frauenfrage nur im Zusammenhang der allgemeinen sozialen Frage zu erfassen und zu fördern.<sup>1</sup>

In Nummer 7 vom 9. Januar nahm der „Vorwärts“ der Petition gegenüber eine durchaus korrekte Haltung ein. Er verzeichnete sie, kritisierte sie und wies darauf hin, daß sie eine alte sozialistische Forderung aufgreife. Leider und zu meinem großen Erstaunen hat der „Vorwärts“ über Nacht seine Haltung geändert. Warum? Weil ihm mitgeteilt wurde, die Petition verdiene bezüglich ihrer Begründung die geübte Kritik nicht. Daß diese Versicherung und der Hinweis auf die Ausführungen eines „Anschreibens“ den „Vorwärts“ zu einem Frontwechsel bestimmte, muß ich entschieden bedauern. Außerdem bleibt trotz des „Anschreibens“ der erhobene Vorwurf mangelhaftester Begründung gegen die Petition in voller Schärfe bestehen. Das „Anschreiben“ hat nämlich mit der Petition selbst und ihrer Begründung nicht das geringste zu tun. Es ist nichts als ein Begleitschreiben, ein Zirkular an die Personen, welche um Unterstützung beziehungsweise Unterzeichnung der Petition ersucht werden. Hier heißt es: „Unter den in der Petition der Kürze halber nicht im einzelnen angeführten ‚eigenen Interessen‘ der Frauen verlangen auch im

<sup>1</sup> Wir können das schwere Vergehen, das die Genossin Zetkin hier konstruiert, nicht anerkennen. Die Frauenwelt ist im Staat leider noch in einer ganz anderen Stellung als die Männerwelt, sie ist vollkommen rechtlos und, soweit es die bürgerlichen Frauenkreise anbetrifft, sogar politisch gänzlich ungeschult, da ist jeder Schritt nach Selbständigkeit ein Fortschritt. Wir erinnern auch, daß die Art, wie Herr von Köller letzte Woche die hier kritisierte Petition als ein Zeichen für das Wachsen der „Umsturzbestrebungen“ zu werten versuchte, der Genossin Zetkin zeigen muß, daß es doch ein Unterschied ist, ob selbst eine Petition wie diese von Männern oder von Frauen ausgeht. *Die Red. des „Vorwärts“.*

besonderen die Erwerbsverhältnisse dieser eine Gesetzesvorlage im Sinne der Petition.“<sup>1</sup>

Soll der Passus eine Belehrung sein über den Wert der Vereins- und Versammlungsfreiheit für die proletarische Frauenwelt? Wir danken für diese Belehrung, aber wir brauchen sie nicht. Das Proletariat hat den Wert der Koalitionsfreiheit für alle seine Glieder, ohne Unterschied des Geschlechts, weit früher erkannt als die Verfasserinnen jener Petition. Und dieser Erkenntnis gemäß kämpft das Proletariat für die Eroberung des fraglichen Rechts. Soll der Passus eine Versicherung sein, daß die Mütter der Petition sich der Bedeutung des Rechtes und seiner Grundlage bewußt sind? Wir quittieren höflich dieses Zeichen einer sozialpolitischen Erkenntnis, welche den deutschen Frauenrechtlerinnen gemeiniglich abgeht. Aber eine Bedeutung für die Petition selbst hat der Passus nicht. Für die Petition und ihre eventuelle Berücksichtigung kommt nicht in Betracht, was ihre Veranstalterinnen und Unterzeichnerinnen zu ihrer Begründung dachten, sondern welche Gründe sie zu ihren Gunsten geltend machten. In der Begründung der Petition steht kein Wort davon, daß für die Lebensinteressen der selbständig erwerbenden Frauen der Besitz des Vereins- und Versammlungsrechts von unabweisbarer Notwendigkeit ist. Es fehlt in ihr gerade der Grund, kraft dessen das Proletariat für die Forderung eintritt. Es fehlt in ihr der Grund, der für eine diesbezügliche Reform der Gesetzgebung so maßgebend ist, daß – unwidersprochen gebliebenen Zeitungsnachrichten zufolge – in Bayern Zentrumsleute in der nächsten Session des Landtages einen Antrag einbringen wollen, welcher mit Rück-

<sup>1</sup> Es wurde uns nachgewiesen, daß die Petenten den von uns gerügten Fehler doch nicht so gemacht haben, wie wir getadelt hatten. Wir forderten nicht zur Unterzeichnung auf, sondern bemerkten, daß gegen die Unterzeichnung nichts einzuwenden sei. Wir wußten, daß eine Anzahl zur Partei gehöriger Frauen die Petition schon unterzeichnet hatten. *Die Red. des „Vorwärts“.*

sicht auf das Erwerbsleben der Frauen für das weibliche Geschlecht das Vereins- und Versammlungsrecht fordert.

Es klingt wie Verlegenheit, wenn es in dem Anschreiben heißt, der betreffende Grund wäre der Kürze wegen in der Begründung der Petition nicht angeführt. Ja, weshalb hat denn die Rücksicht auf die rettende Kürze nicht gehindert, in der Begründung besonders geltend zu machen, daß ein durch die Vereinsfreiheit vermittelter Einfluß der Frauen auf die Gesetzgebung in bezug auf die „Sittlichkeitsfrage“ dringend geboten sei.<sup>1</sup> Was die bürgerlichen Frauen im Punkte der „Sittlichkeitsfrage“ von der Gesetzgebung wollen, das erhellt aber zur Genüge aus der eingangs erwähnten Anfehlung des Kaisers.

Meines Erachtens können keine proletarischen Frauen, am wenigsten aber zielbewußte Genossinnen, eine Petition unterzeichnen, die mit Rücksicht auf die „Kürze“ mit Stillschweigen über den wichtigsten Grund weggeht, welcher vom proletarischen Standpunkt aus für die geforderte Reform spricht, und der „Kürze“ unbeschadet einen Grund hervorhebt, der von einer halbwegs klaren und geläuterten sozialpolitischen Auffassung als ein Ausfluß naivster Unkenntnis der sozialen Verhältnisse verlacht wird. Proletarische Kreise haben nicht den geringsten Anlaß, durch Solidarisierung mit einer Petition solchen Inhalts ihrer sozialpolitischen Erkenntnis ein Armutszeugnis auszustellen.

Ein anderer Grund noch macht es unmöglich, daß die sozialistische Bewegung für diese Petition eintritt. Die Petition fordert nicht den Reichstag beziehungsweise eine Fraktion desselben zu einer Gesetzesvorlage im Sinne der fraglichen

---

<sup>1</sup> Auch wir tadelten dies, fanden aber eine, wenn auch nicht genügende Entschuldigung darin, daß die Urheberin der Petition aus taktischen Gründen auf die Unterschriften bürgerlicher Frauen nicht verzichten wollte, aber auf diese hätte verzichten müssen, wenn die sie leitenden Gründe in der Petition veröffentlicht worden wären. *Die Red. des „Vorwärts“.*

Reform auf, sie bittet ihn bloß, an die verbündeten Regierungen das Ersuchen um eine diesbezügliche Gesetzesvorlage zu richten. Die Petition geht also mit Ignorierung der Kompetenz des Reichstages bezüglich von Initiativanträgen über diesen selbst hinweg und weist ihm die bescheidene Rolle eines Portiers an, welcher den Petitionierenden den Zugang zu der hohen Regierung öffnet. Ein solches Vorgehen kann die Sozialdemokratie nicht unterstützen und mitmachen. Die Sozialdemokratie hat zu allen Zeiten angekämpft gegen den Dualismus der gesetzgebenden Gewalten, wie er sich in Deutschland infolge des Umstandes findet, daß unsere Bourgeoisie die Macht des Absolutismus nicht gebrochen hat, sondern feig mit ihr paktierte. Daß dieser Dualismus vorhanden ist, ja, daß die gesetzgebenden Gewalten – Volksvertretung und Regierung – einander nicht einmal als gleichwertige Machtfaktoren gegenüberstehen, daß vielmehr die erstere der letzteren untergeordnet ist, damit muß sich die Sozialdemokratie abfinden, aber sie hat jederzeit mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dafür gekämpft, daß der Volksvertretung werde, was der Volksvertretung gebührt. Zu den wenigen Rechten und Befugnissen, welche das Parlament im herrlichen Deutschen Reich besitzt, gehört das Recht, Initiativanträge zu stellen, im Namen des Volkes zu fordern, statt bei einer Regierung zu betteln. Die Petition meidet aber den einzig richtigen Weg an den Reichstag.<sup>1</sup> Proletarische Frauen können und wollen da nicht mittun. Überhaupt nicht und am allerwenigsten gegenwärtig, wo die Regierungen den schärfsten Kampf gegen das Vereins- und Versammlungsleben der Prole-

<sup>1</sup> Genossin Zetkin vergißt ganz, daß die Arbeiter sich in außerordentlich vielen Fällen an den Bundesrat und den Reichskanzler gewandt hatten. Wir gehören sicherlich nicht zu denen, die diese Formen befürworteten, wir konnten aber hier nicht tadeln, wo unsere Genossen oft das gleiche getan haben und die Partei zur Frage der Petitionen noch nicht Stellung genommen hat. *Die Red. des „Vorwärts“.*

tarietinnen veranlassen, gegenwärtig, wo die verbündeten Regierungen die Umsturzvorlage eingebracht haben. Proletarierinnen, welche von unseren Regierungen eine ihren Interessen entsprechende Reform der Vereins- und Versammlungsgesetze erwarteten, würden Feigen von den Dornen und Trauben von den Disteln lesen wollen.

Wollten die bürgerlichen Frauen zu gemeinsamem Ziel anläßlich der Petition ein vorübergehendes Zusammenwirken mit den proletarischen Frauen, so war es doch selbstverständlich, daß die Petition derartig abgefaßt wurde, daß Arbeiterinnen dieselbe unterzeichnen können, ohne daß sie sich und ihre Bestrebungen bloßstellen. Eine solche Fassung hätte eine vorausgehende Verständigung mit den Vertreterinnen der klassenbewußten Proletarierinnen zur Voraussetzung gehabt. Wie den Veranstalterinnen der Petition wohlbekannt ist, gibt es in Berlin eine Frauenagitationskommission. Warum sind die Veranstalterinnen der Petition an diese Kommission nicht mit den zwei Fragen herangetreten: 1. Seid ihr eventuell bereit, die geplante Petition zu unterstützen, und 2. wie muß diese Petition gehalten sein, damit sie von den proletarischen Frauen ohne Preisgabe ihres Standpunktes unterstützt und unterzeichnet werden kann?

Ein derartiges Vorgehen hätte selbstverständlich sein sollen und wäre ein Gebot der Klugheit und Höflichkeit gewesen, wenn man die Unterschriften der proletarischen Frauen wollte. Die Fassung der Petition wie das Vorgehen ihrer Verfasserinnen ist kennzeichnend für die Auffassung bürgerlicher Frauen und ihr Verhältnis zur proletarischen Frauenwelt. Man ist humanitär genug, unter gewissen Umständen etwas für die „ärmeren Schwestern“ zu tun, man ist klug genug, unter allen Umständen ihre Hand- und Spanndienste anzunehmen, aber mit ihnen als mit gleichberechtigten Machtfaktoren zusammenarbeiten, ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes.

Die Veranstalterinnen der Petition werden auf ihre gute „Absicht“ verweisen und geltend machen, daß ihnen ein bewußter Gegensatz zu der Auffassung der proletarischen Frauen durchaus fernlag. Aber das kann uns zu keiner anderen Auffassung ihres Vorgehens veranlassen. Im Namen guter Absichten hat man von jeher nicht bloß die größten Verbrechen, auch die größten Dummheiten begangen. Und daß der Gedankengang der Petitionsverfasserinnen instinktiv, unbewußt in einer der proletarischen Auffassung diametral entgegengesetzten Richtung gelaufen ist, das ist ja kennzeichnend für die Kluft, die uns von ihnen trennt.

Ich glaube, nicht nur in meinem persönlichen Namen zu sprechen, sondern in dem der Mehrzahl klassenbewußter proletarischer Frauen, wenn ich erkläre:

Dieser Petition keine proletarische Unterschrift!

Stuttgart, den 12. Januar 1895.<sup>1</sup>

„Vorwärts“,  
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,  
vom 24. Januar 1895.

---

<sup>1</sup> Friedrich Engels schrieb über diesen Artikel am 28. Januar 1895 an Victor Adler: „Louise freut sich besonders über die entschiedene Zurückweisung der Frauenvereinspetition – siehe Clara Zetkins Artikel in Donnerstags Vorwärts-Beilage. Clara hat recht und hat die fest und lang bekämpfte Aufnahme des Artikels doch durchgesetzt. Bravo Clara!“ („Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe. Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Erstes Heft: Victor Adler und Friedrich Engels“, Wien 1922, S. 124.) *Die Red.*

---

## II

### *Zur Erwiderung<sup>1</sup>*

Auf die Anmerkungen des „Vorwärts“ zu meinem Artikel, die frauenrechtlerische Petition betreffend, habe ich folgendes zu erwidern:

Ich habe durchaus nicht behauptet, daß die kritische Petition von frauenrechtlerischen Organisationen ausging, sondern ausdrücklich hervorgehoben, daß sie von drei bürgerlichen Frauen veranlaßt wurde. Ich stellte gerade diese Tatsache der anderen gegenüber, daß der eingangs meiner Ausführungen gekennzeichneten Petition an den Kaiser, das Verbot der Prostitution durch Kabinettsordre betreffend, eine Massenunterstützung von bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zuteil geworden war. Und dies zu dem Zwecke, die bürgerliche Frauenbewegung, als Ganzes genommen, in ihrer Halbheit und das vergleichsweise entschiedenere Vorgehen der drei Petitionsverfasserinnen zu beleuchten.

Dadurch, daß die Petition von einer Angehörigen unserer Partei mitverfaßt und von einzelnen Genossinnen unterzeichnet worden ist, wird sie ebensowenig besser als für die Kritik unantastbar. Wir haben das, was an die Öffentlichkeit und insbesondere an unsere Partei herantritt, nicht zu beurteilen nach Personen und ihren Absichten, sondern danach, ob es sich dem

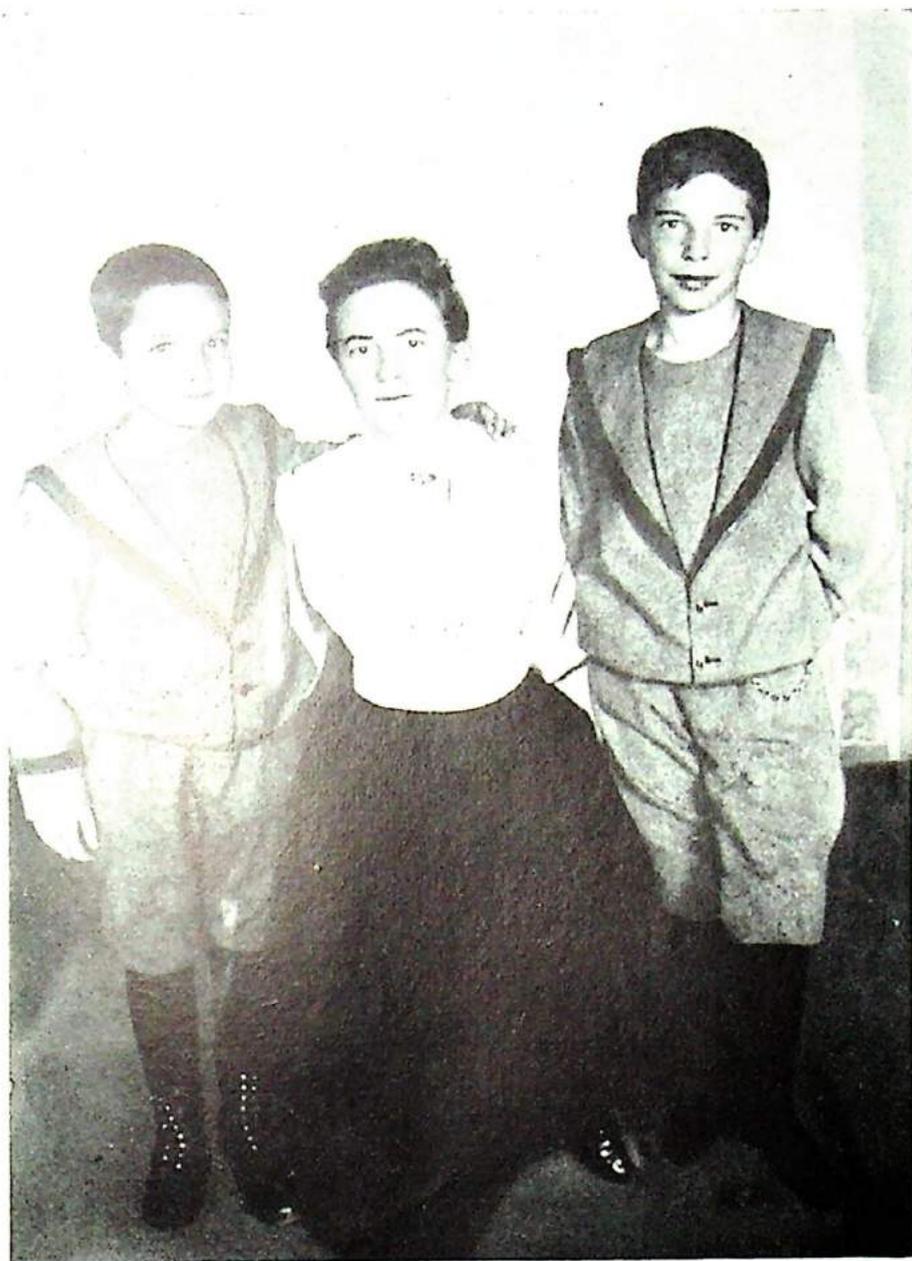
---

<sup>1</sup>Der Stoffandrang hat es uns leider unmöglich gemacht, die vorstehende Erwiderung der Genossin Zetkin früher zu veröffentlichen. *Die Red. des „Vorwärts“.*

Wesen nach mit unserem grundsätzlichen Standpunkt deckt oder nicht. Daß Genossinnen die Petition unterzeichneten, ist mir erklärlich genug.

Die rechtlose Sonderstellung des weiblichen Geschlechts, die bei der proletarischen Frau mit der sozialen Unterbürtigkeit als Angehörige des Proletariats verquickt ist, legt es nur zu nahe, daß bei der einen oder anderen braven Genossin die Frau mit der klassenbewußten Proletarierin, der Sozialdemokratin, durchgegangen ist. Es liegt mir fern, deswegen einen Stein auf sie zu werfen, aber auch ebenso fern, ihr Verhalten zu billigen, am fernsten aber, dieses Verhalten zu einem Grund zu erheben, kraft dessen die Kritik der Petition auch nicht ein Härchen krümmen dürfe. Ich überlasse es getrost den Genossinnen und Genossen, die Schlußfolgerungen zu ziehen aus einer Verallgemeinerung des Standpunktes, auf den sich hier der „Vorwärts“ der Petition und meinen Ausführungen gegenüber stellt.

Gewiß ist jeder Schritt nach Selbständigkeit der bürgerlichen Frauen ein Fortschritt. Allein, die Anerkennung dieser Tatsache darf meines Erachtens nicht dazu führen, daß die politisch entwickelte proletarische Frauenbewegung die unsicheren, ungeschickten und tastenden Schritte bürgerlicher Frauenrechtlerinnen mitmacht oder ihre Bedeutung auch nur überschätzt. Wenn Herr von Köller die Petition als Anzeichen für das Wachsen der Umsturzgefahr ansah und ihr eine große Bedeutung zuerkannte, so müssen wir das einem Minister zugute halten, der amtlich gezwungen Beweismaterial für die Zunahme „subversiver Tendenzen“ im Schweiß seines Angesichts mühsam zusammenklauben muß. Sollte seine Wertschätzung der Erscheinungen und seine Gegnerschaft gegen dieselben ein Maßstab für unsere Beurteilung und Stellungnahme sein, so müßten wir auch dem polizeilichen Anarchistenwauwau eine große Bedeutung zuerkennen, so müßten uns die



Clara Zetkin mit ihren beiden Söhnen Maxim und Kostja



Anarchisten tabu sein wie alles, wogegen sich die Reaktion in augenblicklicher Stierwut wendet.<sup>1</sup>

Daß gegenüber der Petition der Vorwurf einer Begründung, die nicht bloß mangelhaft ist, sondern in vollem Gegensatz zu unserer Auffassung steht, durchaus gerechtfertigt ist, darin stimmen mir gewiß Genossen und Genossinnen bei. Der „Nachweis“, daß die Petenten die vom „Vorwärts“ gerügten Fehler „doch nicht so gemacht haben, wie wir (der ‚Vorwärts‘) gefadelt hatten“, ändert an der Tatsache nichts. Denn durch den „Nachweis“, das Zirkular, wird die Petition selbst nicht berührt, wird sie weder um den guten Grund reicher noch um den schlechten Grund ärmer.

Ich begreife, daß für die Verfasserinnen der Petition „taktische Rücksichten“ auf die bürgerlichen Frauen vielfach maßgebend waren. Aber warum haben sie nicht die gleichen „taktischen Rücksichten“ auf die proletarischen Frauen walten lassen? Warum machten sie den Vorurteilen bürgerlicher Frauen alle Konzessionen, und warum forderten sie von den proletarischen Frauen die Preisgabe ihrer Anschauungen? Was den einen recht war, mußte doch den anderen billig sein, wenn man auch ihre Unterstützung wollte.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Genossin Zetkin vergißt, daß wir zwar durch äußerliche Verhältnisse niemals unsere Taktik ändern lassen, daß aber unser Ton Gegnern gegenüber ein anderer werden muß, wenn sie von gemeinsamen Feinden ernsthaft angegriffen werden. *Die Red. des „Vorwärts“.*

<sup>2</sup> Diese „taktischen Rücksichten“ erklärten eben das Vorgehen der drei Frauen. Daß die Proletarierinnen das Vereinsrecht wollen, war ihnen klar, sagte das doch schon ein Blick in unser Programm und unzählige Resolutionen. Für die Genossinnen waren diese taktischen Rücksichten daher weniger nötig als für die politisch viel weiter zurückgebliebenen Frauen der Bourgeoisie. Hätten die Verfasserinnen der Petition dem Plane der Genossin Zetkin entsprechend gehandelt, so hätten sich die taktischen Rücksichten gegenseitig aufgehoben, und die Petition wäre nicht von Frauen der Bourgeoisie mitunterzeichnet worden. Dies zur Erklärung. Auch wir halten ein gemeinschaftliches Vorgehen der Bourgeoisie und des Proletariats in der Regel für unmöglich. Wird aber einmal ein solcher Versuch

Daß sich auch Arbeiter in vielen Fällen an den Bundesrat und den Reichskanzler gewendet haben, weiß ich wohl. Aber welche Veranlassung lag denn für die Petenten vor, die Reform der Vereins- und Versammlungsgesetze gerade von der Initiative der Regierung und nicht von der des Reichstages zu erbitten? Und kann man Proletarierinnen ansinnen, diesen Bittgang gegenwärtig mitzumachen, wo sich die Regierung zur vollständigsten Knebelung der Arbeiterklasse anschickt? Und konnte ein solcher Bittgang quasi offiziell von sozialistischer Seite empfohlen werden?

Der „Vorwärts“ meint freilich, er habe nicht zur Unterzeichnung aufgefordert, sondern bemerkt, daß gegen die Unterzeichnung nichts einzuwenden sei. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß gegen die Unterzeichnung der Petition von unserem Standpunkte aus alles einzuwenden ist. Und der vom „Vorwärts“ betonte feine Unterschied in seiner Stellungnahme zu ihr ist sehr vielen Genossinnen völlig entgangen. Der Beweis hierfür hat mir schwarz auf weiß in Dutzenden von Anfragen vorgelegen, in so vielen Anfragen, daß ich mich zur Stellungnahme in mehreren Parteiblättern veranlaßt sah, die sich mit meiner Auffassung durchaus einverstanden erklären.

Was den von mir angeschlagenen und vom „Vorwärts“ mißbilligten scharfen Ton anbelangt, so erachtete ich denselben aus einem besonderen Grund für nötig. Das Auftreten der neuesten Richtung bürgerlicher Frauenrechtelei, welche ich als die „ethische“ bezeichnen möchte,<sup>1</sup> hat hier und da in den Reihen unserer Genossinnen verwirrend gewirkt. Die neue Richtung fordert im Punkte der Frauenrechte mehr und ener-

---

in loyaler Absicht unternommen, so heißt es doch zuerst klug abwägen, bevor man energisch verurteilt. *Die Red. des „Vorwärts“.*

<sup>1</sup> Kein Blatt der Partei hat energischer als der „Vorwärts“ die Grenzlinie gezogen zwischen der ethischen Bewegung und der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Sozialdemokratie. *Die Red. des „Vorwärts“.*

gischer als ihre Schwesterströmungen, sie steht im Punkte ihrer sozialen Erkenntnis, ihrer Anerkennung und Kritik sozialer Schäden, ihres Eintretens für gewisse soziale Reformen eine Stufe höher als diese. Und deswegen gab man sich im sozialistischen Lager vielfach Illusionen über den Charakter der Richtung und ihre Bedeutung für unsere proletarische Frauenbewegung hin. Wurde mir doch erst kürzlich aus Parteikreisen geschrieben, daß „diese Frauen im wesentlichen das gleiche Ziel erstreben wie wir“<sup>1</sup> Angesichts der einreißenden Unsicherheit in der Beurteilung der erwähnten bürgerlichen Richtung schien mir die Schärfe des Tones geboten. Gegenwärtig ist ja nun, wie ich hoffe, allen diesbezüglichen Illusionen ein und für allemal ein Ende gemacht durch Frau von Gizyckis ausdrückliche Verwahrung dagegen, daß sie die sozialdemokratische Frauenbewegung zu unterstützen erklärt habe („Vorwärts“ vom 23. vorigen Monats).

Da sich keine der Anmerkungen des „Vorwärts“ gegen die wesentlichen, sachlichen Ausführungen meines Artikels wendet, sondern bloß gegen nebensächliche Punkte desselben, so glaube ich wohl annehmen zu dürfen, daß auch er mit dem Kern meiner Darlegungen einverstanden ist.<sup>2</sup> Allerdings wäre es wohl angesichts der Sachlage am Platze, wenn er sich klipp und klar darüber aussprechen wollte, ob er die Petition den Genossinnen zur Unterzeichnung empfiehlt oder nicht.<sup>3</sup> Damit wäre für mich die Angelegenheit erledigt, soweit es sich um die Petition handelt.

---

<sup>1</sup>Für die politische Unklarheit dieser oder jener Frau ist der „Vorwärts“ füglich nicht verantwortlich zu machen. *Die Red. des „Vorwärts“.*

<sup>2</sup>Wir stehen gar nicht an, im Prinzip der Genossin Zetkin recht zu geben, glauben aber, daß sie allzuviel Lärm um ein Nichts macht. *Die Red. des „Vorwärts“.*

<sup>3</sup>Es ist selbstverständlich, daß der „Vorwärts“ nach den auch von ihm veröffentlichten Erklärungen der Frauagitationskommission keinen Anlaß hat, die Petition zur Unterzeichnung zu empfehlen. *Die Red. des „Vorwärts“.*

Zum Schlusse aber noch eine wichtige persönliche Bemerkung. Meine Ausführungen enthielten nichts als die Konstatierung des Frontwechsels des „Vorwärts“ in Sachen der Petition und den Ausdruck meines Bedauerns hierüber. Keinen scharfen Angriff. Der einzige etwas schärfere Passus gegen den „Vorwärts“, den mein Artikel ursprünglich enthalten hatte, ist von der Redaktion gestrichen worden. Ich habe in meinen Darlegungen weder auf die „Gleichheit“ verwiesen noch sie auch nur erwähnt; nirgends und niemals überhaupt habe ich die „Gleichheit“ als besonders prinzipientreu gegen den „Vorwärts“ ausgespielt. Wie kommt der „Vorwärts“ dazu, die „Gleichheit“ in die Debatte zu ziehen? Und wann und wo habe ich mir nach dem Muster des „Vorwärts“ ein Selbstbelobigungszeugnis über meine besondere Prinzipientreue ausgestellt? Das Selbstattest, welches sich der „Vorwärts“ über seine Haltung zuerkennt, habe ich zur Kenntnis genommen mit jener gebührenden Aufmerksamkeit, mit welcher ich aus Pflichtgefühl alle Äußerungen des „Vorwärts“ verfolge.

Ob aber diese Kenntnisnahme etwas an meinem Urteil über den „Vorwärts“ geändert hat, das steht auf einem anderen Blatt, welches aufzuschlagen gegenwärtig die allerungeeignetste Zeit und der „Vorwärts“ der allerungeeignetste Ort ist.<sup>1</sup>

Stuttgart, den 25. Januar 1895.

„Vorwärts“,  
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,  
vom 7. Februar 1895.

---

<sup>1</sup>Das müssen und können wir in Ruhe Genossin Zetkin überlassen. *Die Red. des „Vorwärts“.*

---

## König Stumm

Januar 1895

Frankreich hat seinen Périer<sup>[7]</sup>, Deutschland seinen Stumm<sup>[8]</sup>. Hier wie da ist es ein Vollblutgroßkapitalist, welcher, wir wollen nicht sagen herrscht, aber den Ton angibt, nach welchem regiert wird. Es war deshalb keine zufällige, sondern eine tief in dem Wesen der Verhältnisse begründete und äußerst kennzeichnende Erscheinung, daß König Stumm als erster seitens der großen „staatserhaltenden“ Parteien das Wort in den Debatten über den politisch-juristischen Wechselbalg „Umsturzvorlage“<sup>1</sup> ergriff. Durch ihn und aus ihm sprach das Großkapital, das noch herrscht, das sich noch im Vollbesitz aller Machtmittel befindet, aber bereits den Boden unter seinen Füßen wanken fühlt und alles auf die eine Karte der brutalsten Gewaltpolitik setzen will.

Was erklärt denn die hervorragende, um nicht zu sagen aufdringliche Rolle, welche König Stumm in unserem öffentlichen, in unserem politischen Leben spielt? Keineswegs seine persönlichen Fähigkeiten, nichts weniger als seine persönlichen Leistungen auf irgendeinem Gebiet, insbesondere durchaus nicht sein Wissen und Tun als Politiker. Einzig und allein sein Besitz, sein Riesenbesitz. Wem die kapitalistische Wirtschaftsweise durch die Ausbeutung proletarischer Arbeitskräfte den großen Geldsack gegeben hat, dem gibt die

<sup>1</sup> Siehe S. 74 ff. des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

kapitalistische Gesellschaft Einfluß und Amt auch ohne die Gabe des Verstandes, die leider nur in dem bekannten Sprichwort eine stete Begleiterscheinung von Einfluß und Amt ist. König Stumms politische Rolle beweist dies höchst lichtvoll.

Wer ist Herr Stumm als Person? Seinem öffentlichen Auftreten nach offenbar ein ganz gewöhnlicher Durchschnittsmensch, ausgerüstet mit der Durchschnittsbildung der Bourgeoisie, ohne Blick und Verständnis für die großen Zeit- und Streitfragen, welche unter dem Hauch des geschichtlichen Werdens emporsprossen, ohne eigene, noch weniger aber große, geistvolle, fruchtbare Ideen, ohne eigenen originellen und ausdrucksvollen Stil. Wer ist Herr Stumm als Großkapitalist? Der Kaiserberater Stumm, der einflußreiche, für den politischen Kurs maßgebende Parlamentarier Stumm, der König Stumm, der Selbstherrscher über viele Tausende in Neunkirchen, einem Staat im Staate, hinter dessen Grenzen alle allgemeinen Gesetze über bürgerliche Freiheiten ihre Gültigkeit verlieren, hinter dessen Grenzen nur ein Wille gilt: der Wille des ausbeutenden Arbeitsherrn.

König Stumm ist keine Person, er ist ein Typus, er ist der typischste Vertreter des Großkapitals, seine Verkörperung in Fleisch und Blut. Und so farblos und nichtssagend der Herr als Individualität ist, so bedeutsam und charakteristisch ist er als Typus seiner Kaste. Unter diesem Gesichtswinkel muß man König Stumms letzte Rede gegen den Umsturz auffassen, unter diesem Gesichtswinkel allein wird sie in ihrer vollen protzigen Dummdreistigkeit begreiflich.

Diese Rede war alltäglich bis zur ödesten Banalität, gemeinplötzlich bis zur völligen Geistesarmut, sie war maßlos bis zur Brutalität, offen bis zum Zynismus. Und in all diesen ihren charakteristischen Eigenschaften war sie ein Ausdruck der Verfassung, des Dichtens und Trachtens, der Ideen und Bestrebungen der winzigen großkapitalistischen Minderheit.

Der Polarstern dieser Minderheit ist der Profit, und der brünstig begehrte, mit allen Mitteln erstrebte Profit schwillt um so strotzender an, je rücksichtsloser und umfassender die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen ist, je vollständiger ihre Knechtschaft. Deshalb fort mit allen Einrichtungen, welche das Proletariat gegen die Auspressung und Verwüstung seiner Kräfte schützen! Fort mit allen Rechten, mittels deren die Habenichtse sich ihrer Haut wehren! Vernichtung der Partei, welche als Führerin und Vorkämpferin der Enterbten auf dem Plan steht, die Beschränkung der Plusmacherei in der Gegenwart, ihre Beseitigung in der Zukunft erstrebt und zu diesem Zweck die werktätige Masse den richtigen Gebrauch der Waffen, der bürgerlichen Freiheiten lehrt!

So gab Herr Stumm als Typus seiner Kaste seiner sittlichen Entrüstung darüber Ausdruck, daß seinerzeit durch Ablehnung des berüchtigten Kontraktbruchparagraphen die Ausbeutung und Unterwerfung der Arbeiter nicht noch vollständiger gemacht wurde, als sie ohnehin schon ist. So sprach er in komischem Ingrim von der Gewerbeordnung als von einem „Ausnahmegesetze gegen die Arbeitgeber“. Man denke: unsere schwächliche, verunglückte Gewerbeordnung, unser Arbeitertrutzgesetz! So tobte er gegen die Preßfreiheit und das Koalitionsrecht. Gegen die Preßfreiheit, die in Deutschland ach! gar ein so lendenlahmes, dürftiges Geschöpfchen ist, das schon längst vor der Grenze des Königreichs Stumm ehrfurchtsvoll haltmacht! Gegen das Koalitionsrecht, das im herrlichen Deutschen Reiche für Hunderttausende von Arbeitern – und Arbeiterinnen erst recht – gar nicht, für Millionen nur notdürftig vorhanden ist und das man in Neunkirchen bloß als fromme Sage kennt! So fiel er wütend über das allgemeine Wahlrecht her, bei dessen Ausübung die Proletarier zwar oft genug – und nicht zum wenigsten in Stumms Herrschaftsbezirk – durch das

kaudinische Joch der Ausbeuter gehen müssen, mittels dessen aber die Arbeiterklasse doch der Kapitalistensippe auf die Finger zu klopfen und gegen dieselbe ihre Befreiung zu erkämpfen vermag. So verfluchte Herr Stumm in blinder Wut alles, was dem Großkapital nicht beliebt: die harmlosen, schüchternen Kathedersozialisten und Philanthropen, welche im Namen der Wissenschaft und Humanität hier und da demütig um bescheidene Reformen flehen; die vereinzelt evangelischen Pfarrer, welche im Namen der Religion eine Milderung himmelschreiender gesellschaftlicher Schäden fordern. Und als Schlächtruf und Armutzeugnis zugleich wieder und wieder das „Ceterum censeo“: Die Sozialdemokratie muß vernichtet werden, sie muß mit allen Gewaltmitteln vernichtet werden, denn anders ist ihr nicht beizukommen!

Zu diesem Zwecke die Ächtung einer Partei, der stärksten des Reiches, die Entrechtung einer ganzen Klasse und eventuell als Zugabe Maßregeln, im Vergleich zu welchen die drohende Zerschmetterung unserer blutarmen politischen Freiheiten als „reines Kinderspiel“ erscheinen wird.

Die heuchlerische bürgerliche Gesellschaft, welche den Schein so gern wahrt, möchte Stumms Pronunziamento der nacktesten Gewaltpolitik im Dienste einer Kaste als belanglosen Ausfluß einer überschäumenden Individualität hinstellen. Vergebens! König Stumm hat nichts gesagt, was die kleine Welt der Ausbeuter nicht dächte. Nicht die ungezügelte, temperamentvolle Natur eines Heißsporns spricht aus seinen Worten, sondern das beschränkte Protzertum einer Klasse.

Der Geist des Großkapitals war es, der mit und durch Herrn Stumm erklärte: Der Staat bin ich, die Religion bin ich, die Wissenschaft bin ich! Du, werktätiges Volk, sollst keine anderen Götter haben neben mir. Mir sollst du zinsen und fronden dein Leben lang; von den Brosamen meiner „Wohltaten“ sollst du dir Bettelsuppen kochen; deine Sklaverei

sollst du deine Freiheit nennen, für meine Willkür als deinen Segen Dankesworte stammeln!

Als Volksvertreter, im Namen des Volkes predigte Herr Stumm behufs Unterjochung des werktätigen Volkes den Umsturz aller Rechtsbegriffe, die Revolution von oben. Welch bitterer Hohn auf die bürgerliche Freiheit! Denn nicht von Volksvertrauen, nicht von Rechts wegen sitzt Herr Stumm im Parlament. Sind es ja seine eigenen Lohnsklaven, die ihn dorthin entsendeten, weil ihre Stimme eine Ware ist, die ihr Herr und Meister mit ihrer Arbeitskraft zusammen für kärglichen Lohn kaufte. Selbstherrlich und unverantwortlich seinen sogenannten Wählern gegenüber, das heißt seinen verknechteten Untertanen, vertritt er im Reichstage nichts als das Großkapital, das die Gesellschaft nicht einmal mehr auf Grund seiner wirtschaftlichen Leistungen beherrscht, sondern kraft seiner Finanzmacht. Ein König von Mammonsgewalt! Ein Volksvertreter von Mammonsgewalt! Noch ist er im Vollbesitz seiner Macht, aber schon peinigt ihn das aufkeimende Bewußtsein ihres Schwindens, schon blendet auch ihn der hellohende Schein, in welchem die Götterdämmerung der alten Welt und die Morgenröte einer neuen Zeit zusammenstrahlen. Und nach Kinderart singt auch er am lautesten, weil ihn die Furcht mit eisernem Griffe gepackt hat.

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Stuttgart, 23. Januar 1895.

---

## Des Umsturzzummels Glück und Ende

Mai 1895

Die Umsturzvorlage, in deren Zeichen monatelang unsere politischen Verhältnisse standen, ist gefallen. Sie fiel unter unsäglicher Verachtung draußen im Lande, unter stürmischer Heiterkeit drinnen im Parlament; sie fiel, preisgegeben und verleugnet von denen, die seinerzeit die lautesten Rufer gewesen zum Streit für „Ordnung, Religion und Sitte“.

Der Druck der öffentlichen Meinung, die in Fluß gekommene Protestbewegung, welche sich nicht auf die Masse des werktätigen Volkes beschränkte, vielmehr weit hinübergrieff in die Kreise von Besitz und Bildung, war zwar nicht allein ausschlaggebend, aber doch von sehr wesentlichem Einfluß auf das Schicksal des Wechselbalgs Umsturzvorlage. Die bürgerliche Presse oppositioneller Färbung hallt deshalb wider von überschwenglichem Lob für das freiheitlich gesinnte und freiheitlich tatende deutsche Bürgertum. Sie redet gar viel von der vernichtenden Niederlage, der unsterblichen Blamage, welche die Regierung gelegentlich des Umsturzzummels davongetragen hat. Davon, daß auch dem deutschen Bürgertum, den bürgerlichen Parteien, ihr gerüttelt und geschüttelt Maß von dieser Niederlage, dieser Blamage zukommt, davon kein Wort.

Gewiß, die reaktionäre Regierung hat sich in Sachen der Umsturzvorlage bis auf die Knochen blamiert. Wir freuen uns aufrichtig der Tatsache. Aber darüber kann und darf nicht ver-

gessen werden, daß die deutsche Bourgeoisie es war, die vor noch nicht Jahresfrist die reaktionäre Regierung aufforderte zu einem Kreuzzug gegen den Umsturz; daß sie es war, welche die reaktionäre Regierung um scharfe Maßregeln gegen die Sozialdemokratie in demütiger und wehmütiger Weise anwinselte. Und die bürgerlichen Parteien, allen voran die Nationalliberalen, stimmten in das Gewinsel ein, verhiessen mehr oder minder zynisch offen oder verschämt einer „starken Regierung“ ihre „positive Mitarbeit“ zur Knebelung der Sozialdemokratie.

Die Regierung verlor den „Mut der Kaltblütigkeit“, mit dem sie geprunkt, sie brachte im Reichstage die Umsturzvorlage ein. Parlamentarische und journalistische Wortführer der bürgerlichen Parteien standen nicht an zu erklären: Die Vorlage ist ein Monstrum, ein Attentat gegen das wenige, was das deutsche Volk an politischen Freiheiten besitzt. Der Kautschuk ihrer Fassung verleiht schneidigem Bütteltum und ausgefroher Juristerei die Machtvollkommenheit, mit den verfassungsgemäß verbrieften Volksrechten nach freier Willkür vollständig aufzuräumen, jede mißliebige politische und soziale Strömung totzuschlagen, Preß- und Redefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht zu frommen Sagen zu verwandeln.

Trotz alledem besaß die bürgerliche Reichstagsmajorität weder die politische Einsicht noch den politischen Mut und Anstand, die Umsturzvorlage in erster Lesung abzulehnen, sich prinzipiell und endgültig zu verwahren gegen jede Vergewaltigung der politischen Freiheiten, gegen jede Knebelung der Überzeugung irgendeiner politischen Partei. Umgekehrt: Bis in die süddeutsche Volkspartei fanden sich Parlamentarier, welche von dem „guten“, dem „berechtigten Kern“ der Umsturzvorlage zu sprechen wagten. Diese flog nicht in den wohlverdienten Papierkorb, sie wanderte in eine Kommission.

In der Kommission aber war das Zentrum die ausschlaggebende Macht, wie es im Reichstag die ausschlaggebende

Macht ist. „Du hast die Reaktion gewollt“, erklärte es der deutschen Bourgeoisie, „gut, du sollst die Reaktion haben! Aber keine halbe, die volle, die ganze Reaktion! Nicht den Stillstand der Kulturentwicklung, ihre Rückführung ins Mittelalter.“ Und das Zentrum ging ans Werk, es zog alle freiheitsmörderischen Konsequenzen, auch die äußersten, welche im Keime in der Umsturzvorlage enthalten waren. So verwandelte sich die Umsturzvorlage unter den Händen der Kommission aus einem Werkzeug zur Knebelung des klassenbewußten Proletariats zugunsten der Klassenherrschaft der Besitzenden in ein Werkzeug zur Unterdrückung der modernen Wissenschaft und Kunst, des modernen Kulturlebens zugunsten der Herrschaft der katholischen Kirche. Nicht das Proletariat allein sollte mundtot gemacht, politisch und wirtschaftlich an Händen und Füßen gefesselt werden, auch die gesamte neuzeitliche Kulturentwicklung, die doch in erster Linie und vor allem den Besitzenden zugute kommt.

Das war nicht nach dem Geschmack des „aufgeklärten“, des „gebildeten“ Bürgertums. Der aufgeklärte, gutgesinnte Bourgeois hatte zur schonungslosesten Niederbüttelung der Sozialdemokratie, der Arbeiterklasse gehetzt. Daß er selbst aber nicht mehr unbeschränkte Freiheit haben sollte, sich am Stammtische als „Freidenker“ aufzuspielen, Gott zu lästern und sich in Gedanken der illegitimen Freuden eines „zarten Verhältnisses“ über die Ehe weidlich lustig zu machen, das empfand er als eine Schmach, gegen die er sich wehren mußte. Gegen die Kommissionsfassung der Umsturzvorlage kam eine Protestbewegung in Gang, die zuerst und zumeist von Gelehrten, Künstlern, Schriftstellern, Journalisten, Buchhändlern usw. getragen wurde, aber nach und nach immer weitere Kreise in der Welt der Besitzenden und Gebildeten zog. Es regnete Petitionen und Proteste gegen die dem Reichstag angesonnene Verböserung des gemeinen Rechtes.

Die oppositionelle bürgerliche Presse hat diese Kundgebungen bürgerlicher Schichten als Beweise verherrlicht für die politische Wiedergeburt der deutschen Bourgeoisie, sie hat diese selbst über den grünen Klee gepriesen als heldenhafte Vorkämpferin für politische Freiheit und modernes Kulturleben. Nichts falscher als diese Wertschätzung. Diese Kundgebungen reden laut und eindringlich vom politischen Verfall des deutschen Bürgertums. Abgesehen von einigen wenigen, die ausgehen von ehrlichen Demokraten, von ernstesten Sozialreformern und schwärmenden Ideologen, protestieren sie nicht gegen den Versuch eines Umsturzgesetzes überhaupt, nicht gegen jede Bedrohung und Beschränkung der kärglichen deutschen Volksfreiheit, sondern nur gegen die „Übergriffe des Zentrums“, gegen die klerikalisierte Fassung der Kommissionsvorlage. Mit einem maskierten Sozialistengesetz, wie es die Regierung wollte, hätte sich das „gebildete“ deutsche Bürgertum mit Freuden abgefunden, von Bestimmungen wollte es nichts wissen, die neben dem Proletariat auch die Bourgeoisie in ihrer geistigen und politischen Bewegungsfreiheit getroffen hätten.

Die seichte, aber breite Protestbewegung hat den kompromißblüsternden bürgerlichen Politikern das Rückgrat gesteiht, sie sprangen der Regierung nicht über den Stock. Aber nicht der Druck der öffentlichen Meinung allein war ausschlaggebend für das klägliche Ende des Umsturzzummels. Gewichtigere Umstände wirkten in der gleichen Richtung. Der Kautschuk der ausgeklügelten Knebelungsparagraphen hätte eventuell ihre Anwendung erlaubt auf jede, auch die zahmste bürgerliche Opposition. Keine bürgerliche Partei war sicher, vorkommenden Falles nicht die nämlichen Ketten tragen, die nämlichen Geißelhiebe dulden zu müssen, die sie der Sozialdemokratie gegönnt hätte. Zuletzt und nicht am wenigsten: Die einander widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Kategorien der Kapitalistenklasse, welche von

verschiedenen politischen Parteien vertreten werden, verhinderten einen Zusammenschluß zu der einen reaktionären Masse dem Umsturz gegenüber. Die bürgerlichen Parteien konnten sich nicht einigen über den politischen und wirtschaftlichen Schacherpreis, um den sie füreinander und für die Regierung feil waren. Nicht einer grundsätzlichen, einheitlichen Gegnerschaft gegen die Reaktion, gegen die Vernichtung der Volksfreiheiten erlag die Umsturzvorlage, sie fiel infolge der Interessengegensätze innerhalb der Welt der Besitzenden und der bürgerlichen Parteien, sie fiel aus kleinlichen, geschäftlichen Augenblicksrücksichten.

Die Regierung aber hat das Ende des Umsturzzummels in der versuchten Form beschleunigt durch das unvergleichliche Eingreifen des ministeriellen Kleeblatts, des Justizministers, des Kriegsministers und des trefflichen Polizeiministers von Köller. Das ebenso unverfrorene als tappische Auftreten dieser Herren hat die bürgerlichen Parteien zur Opposition emporgepeitscht; es war so beispiellos provozierend, daß es bei den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten alles wachrufen mußte, was sie an politischem, ja, an persönlichem Ehrgefühl besaßen.

„Die Umsturzvorlage ist tot, es lebe die Umsturzvorlage“, soll der unfreiwillige Agitator für die Sozialdemokratie, Herr von Köller, nach der entscheidenden Abstimmung ausgerufen haben. In der Tat, es ist nichts weniger als ausgeschlossen, daß dem Reichstag demnächst die Vorlage zugeht, ein unverhülltes Sozialistengesetz, ein nacktes Ausnahmegesetz gegen das kämpfende Proletariat zu fabrizieren. Im Lager der Konservativen und Nationalliberalen fordert man laut und lauter ein solches. Welche Stellung die Regierung zu dem Begehren einnehmen wird, darüber läßt sich nicht prophezeien, denn ihre Stellung hängt von Gewalten ab, die unberechenbar und unverantwortlich sind. „Plötzlich“ ist bei ihr Trumpf, und nicht bloß nach Ausnahmegesetzen gelüftet es der Reaktion, auch

nach dem Umsturz von oben, nach einem Staatsstreich, nach einer Meuchelung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die Sozialdemokratie, die zielbewußte Arbeiterklasse, sieht allen Möglichkeiten ruhig und gewappnet in heiterer Siegeszuversicht entgegen. Sie geht daran, den Gewinn, den ihr die Situation gebracht hat, endgültig einzuheimsen und zu bergen, völlig auszunützen. Sie war die erste politische Partei, welche die Bewegung gegen die Umsturzvorlage in die Massen getragen hat. Sie war die einzige Partei, welche im Reichstag und außerhalb seiner Mauern jedes Antasten der politischen Freiheiten der Nation grundsätzlich bekämpfte. Die Kritik, welche ihre Vertreter an der Umsturzvorlage, an den heutigen Verhältnissen übten, haben weite Kreise Indifferenter politisch wachgerüttelt. Klärlich zeigte es sich, daß die sozialistische Bewegung so innig mit der gesamten Zivilisation unserer Zeit verwachsen ist, daß man die Sozialdemokratie nicht fesseln kann, ohne gleichzeitig die moderne Kulturentwicklung schwer zu schädigen, sie zu bremsen. So ist es nur natürlich, daß der Sozialdemokratie in der Zeit des Umsturzzummels neue Scharen von Anhängern zugeströmt sind. Und dies nicht bloß aus dem Proletariat, auch aus anderen gesellschaftlichen Schichten. Nun gilt es, diese oppositionellen, unklaren Elemente der Partei zu assimilieren, ohne sich von ihnen beeinflussen zu lassen, sie aus radikalen Mitläufern zu zielbewußten Genossen zu erziehen. Die Aufgabe ist groß, sie ist schwierig, aber die Sozialdemokratie wird sich ihr gewachsen zeigen. An ihrer altbewährten revolutionären Taktik festhaltend, marschiert sie durch die Wirrnisse, welche die Situation zeitigt, von Sieg zu Siege.

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 29. Mai 1895.

---

## Friedrich Engels

### *Nachruf zu seinem Tode*

August 1895

Das in einem Ziele geeinte Proletariat aller Länder betrauert gemeinsam einen der Besten und Größten aller Zeiten. Am 5. August, abends 10<sup>1/2</sup> Uhr, starb in London der zweite der Geistesriesen, welche die kämpfende Arbeiterklasse als die größten ihrer Pfadfinder und Führer, als die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus ehrt. Friedrich Engels, der allzeit gewappnete, unbezwungene Streiter für die Befreiung des Proletariats, wurde im 75. Lebensjahre von dem Allbezwinger Tod dahingerafft. Nicht als müder Mann ging er von hinnen, sondern als einer, den der Sensemann von fruchtbarer Arbeit ruft. Wohl ist Engels im Greisenalter gestorben, und doch nicht als Greis, an geistiger Frische, an Energie des Willens, leidenschaftlicher Begeisterung und froher Tatkraft einer der Jüngsten, die mit uns strebten und kämpften. Seit Marx' Tode (14. März 1883) hat das Proletariat keinen herberen Verlust erlitten.

Was Engels für den Befreiungskampf der Ausgebeuteten geleistet, es ist untrennbar mit den Leistungen Marx' verbunden, und es verpflichtet zu ewiger Dankbarkeit. In der Geschichte des revolutionären Werdegangs der neuen Zeit steht es unverwischbar verzeichnet, und in den Annalen der Wissenschaft ist es mit flammenden Zügen eingegraben.

Als Theoretiker hat Engels mit Marx zusammen die unerschütterlich feste wissenschaftliche Grundlage für den Be-

freiungskampf der Enterbten aufgebaut. Mit ihm zusammen schmiedete er den klassenbewußten Arbeitern das schneidige, wuchtige geistige Rüstzeug, das den Gegner unfehlbar fällt. Und als der Freund von ihm genommen ward, ohne das Werk seines Lebens vollendet zu haben, da fiel Engels als geistigem Erben und Testamentsvollstrecker die unvergleichlich hohe und schwierige Aufgabe zu, das Unvollendete zum Abschluß zu bringen. Er hat es getan, wie kein zweiter außer ihm es zu tun vermocht.

Das Dioskurenpaar Marx-Engels – sie waren die ersten, welche die geschichtliche Aufgabe und die geschichtliche Macht des Proletariats klar erkannten. Nicht bloß mit dem warmen Herzen des Menschenfreundes fühlten sie mit der leidenden Arbeiterklasse, sondern als tiefe Forscher und kühne Denker erblickten sie in dem kämpfenden Proletariat den Hauptträger der modernen geschichtlichen Entwicklung. Sie wiesen die geschichtlich treibende Kraft der Klassenkämpfe nach. Gründlich räumten sie auf mit dem Wahnglauben an die befreiende Kraft der Attentate auf die Tränendrüsen und den Gerechtigkeits-sinn der Besitzenden. Sie lehrten die Enterbten, ihre Befreiung einzig und allein zu erwarten und zu erringen durch den bewußten Kampf von Klasse gegen Klasse. „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“<sup>1</sup>

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ riefen sie bereits 1848 in dem unsterblichen „Kommunistischen Manifest“ der Welt der Arbeit zu. Und wieder und wieder verwiesen sie das Proletariat auf die Eroberung der politischen Macht, der Staatsgewalt, als den einzigen Weg, der in die sonnige Zukunftsgesellschaft hinüberführt.

Von Etappe zu Etappe hat Engels den Eroberungsmarsch der zielbewußten Arbeiterklasse allerwärts begleitet, stets anregend, befruchtend, ratend, helfend mit Wort und Tat;

<sup>1</sup> Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, S. 456. *Die Red.*

niemals den Überblick über die allgemeine Situation verlierend, die kühle Wertung der Verhältnisse; als Taktiker und Strategie unvergleichlich wie als Theoretiker.

Was das Proletariat und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse Engels verdankt und mit ihm verliert, ist unermeßlich. Wohl hat er selbst uns gelehrt, daß die sozialistische Bewegung aus den Verhältnissen emporwächst und nicht mit Personen steht und fällt. Aber seine Persönlichkeit ragte so hoch, sein Wirken war so umfassend und tief, daß sein Verschwinden eine klaffende Lücke läßt, die niemand auszufüllen vermag.

Die Proletarierinnen aber schulden ihm besonders dankbares Erinnern. Nicht nur für ihren Befreiungskampf als Ausgebeutete hat er die wissenschaftliche Grundlage geschaffen, auch für ihr Emanzipationsringen als Frauen.

Das Streben des weiblichen Geschlechts nach voller Gleichberechtigung ward von dem Philistertum vor allem mit dem Hinweis bekämpft auf die Unvereinbarkeit des vollen Menschseins der Frau mit dem Wesen der Familie und den Pflichten ihr gegenüber. Und die auf der Sklaverei der Frau beruhende vaterrechtliche Familie galt dem Philistertum als die Familie an und für sich, als die einzig mögliche sittliche, wirtschaftliche, soziale Norm des Zusammenlebens der Geschlechter bis in alle Ewigkeit. Wohl hatten die Utopisten<sup>1</sup>, vor allem Fourier, wohl hatten Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ mit glänzender Schärfe gezeigt, daß der Kapitalismus „dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt“<sup>2</sup> hat. Engels aber war es vorbehalten, Spießbürgers Köhlerglauben an den ewigen Bestand der vaterrechtlichen Familie für immer zu zertrümmern. Im Anschluß an die Arbeiten Morgans und Bachofens, die er erweiterte, vertiefte,

<sup>1</sup> Siehe ebenda, S. 107–118. *Die Red.*

<sup>2</sup> Ebenda, Bd. I, S. 26. *Die Red.*

als Bausteine eines wunderbar logischen und klaren Gefüges ordnete, wies er wissenschaftlich unanfechtbar nach, daß die Familie wie jedes andere soziale Gebilde unter der treibenden Kraft der Wirtschafts- und Eigentumsverhältnisse wächst und sich verändert, daß ihre Formen ein stetes Werden und Vergehen erfahren. Seine meisterhafte Studie „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ ist von grundlegender Bedeutung für den Befreiungskampf des gesamten weiblichen Geschlechts.

Mit Engels ist ein universaler Gelehrter, ist eine jener allseitig harmonisch entwickelten, kraftstrotzenden Persönlichkeiten gestorben, wie sie uns in den Zeiten der Renaissance und der Großen Französischen Revolution entgegentreten und entzücken. Eine Persönlichkeit von unsagbarem Zauber des Wesens, ein Lebenskünstler in der edelsten und umfassendsten Bedeutung des Wortes. Vom wärmsten Empfinden beseelt und opferfreudig ohne schwächliche Rührseligkeit, kraftvoll und selbstbewußt ohne Eigendünkel, tapfer und kühn ohne Ruhmredigkeit, ritterlich und dabei natürlich, einfach, schlicht und liebenswürdig nicht aus Konvention, sondern aus wahrer Herzensgüte.

Wohl ziemt uns an seinem Grabe der aufrichtige, tiefe Schmerz um das, was wir mit ihm verloren. Ebenso aber die stolze, freudige Erhebung an dem, was wir an ihm besessen und was er uns als reiches, köstliches Erbe hinterläßt. Keinen würdigeren Dank, keinen passenderen Scheidegruß für Friedrich Engels als den Ruf:

Vorwärts in den Kampf! Vorwärts zum Sieg!

„Die Gleichheit“,  
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,  
Stuttgart, 21. August 1895.

---

## Zur Agrarfrage

*Rede auf dem Parteitag  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Breslau*

10. Oktober 1895

Ich drücke zunächst mein Bedauern darüber aus, daß ich nicht zu Ihnen sprechen kann in der Rolle der „Stubengelehrten“, von denen man hier verschiedentlich so wegwerfend gesprochen hat, aber ich will betonen, daß unsere Theoretiker nicht auf eine Stufe mit Stubengelehrten zu stellen sind, welche einen engen Ausschnitt des Lebens im engen Lichtkreis ihrer Studierlampe betrachten. Den Theoretikern unserer Partei ist die eingehende Kenntnis der Wirklichkeit eigentümlich, die genaue Kenntnis der verschiedenen sozialen Erscheinungen und ihrer tiefen Zusammenhänge. Wir haben den Theoretikern ebensoviel zu verdanken wie den Männern der Praxis. Übrigens kommt der Widerstand gegen die Vorschläge der Agrarkommission<sup>[9]</sup> durchaus nicht lediglich aus den Kreisen der Theoretiker. Umgekehrt, die Masse der Genossen ist es, welche sich in schärfster Kritik gegen diese Vorschläge gewendet hat. Und dies nicht zufällig, sondern naturnotwendig, geleitet vom klaren Klassenbewußtsein, geleitet vom gesunden revolutionären Klasseninstinkt.

Nun zur Sache! Die Befürworter der Vorschläge der Agrarkommission meinen, dieselben seien nun annehmbar, weil sie in veränderter Form vorgelegt werden. Durch diese formale Änderung ist meines Erachtens die Situation nicht verändert worden. Die Kritik rügte an den Vorschlägen nicht bloß, daß

dem Programm Forderungen eingefügt werden sollten, die nicht in dasselbe gehören. Sie richtete sich vor allem dagegen, daß ein großer Teil der erhobenen Forderungen, die wichtigsten derselben, nicht dem Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie entsprechen. Charakteristisch für das Wesen dieser Vorschläge war der ursprünglich vorgeschlagene Einleitungs-passus, daß wir im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung demokratisieren und sozialisieren wollen. Damit wurden der Sozialdemokratie Aufgaben gestellt, die sie im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht erfüllen kann. Jede Demokratisierung zertrümmert einen Teil des Rahmens der heutigen Staatsordnung. Den Rahmen der bestehenden Staatsordnung demokratisieren wollen, läuft auf die bekannte „Republik mit dem Großherzog an der Spitze“ hinaus. Dieser Geist des Widerspruchs, das Findenwollen der Quadratur des Kreises, beherrscht die Vorschläge der Kommission nach wie vor. Man hat gesagt, wir müßten ebenso für den Bauernschutz wie für den Arbeiterschutz eintreten. Andernfalls würden wir die Notwendigkeit praktischer Reformarbeit leugnen, uns in Widerspruch mit uns selbst setzen. Auch vor den Vorschlägen der Agrarkommission ist die Sozialdemokratie für Reformen eingetreten. Aber diese Reformen, der Arbeiterschutz, bezweckten, die Arbeiterklasse körperlich, geistig und sittlich zu heben, sie damit wehrtüchtiger zu machen für den proletarischen Klassenkampf, ihn mit größerer Energie führen zu lassen. („Sehr richtig!“) Mochten die von uns angestrebten Reformen noch so friedliche sein, sie wirkten dadurch eminent revolutionär. Außerdem bewegten sie sich in der Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung und nicht gegen sie. Wir lehnten es – in Erkenntnis der Gesetze der bestehenden Wirtschaftsordnung – ab, die wirtschaftliche Existenz des Arbeiters zu sichern. Die Rücksicht auf die vom Referenten betonte Internationalität bestimmte uns nicht, dem

Beispiele der Franzosen folgend, die Forderung eines Maximallohnes in unser Programm aufzunehmen. Wir wiesen die Forderung des Rechtes auf Arbeit als eine utopistische ab, wir hoben hervor, daß in der heutigen Gesellschaft für den Arbeiter nicht bloß das Recht auf Arbeit besteht, sondern der Zwang zur Arbeit, so daß man eher das Recht auf Muße fordern könnte. Ganz anders liegen die Dinge bezüglich des Bauernschutzes. Wenn wir den Vorschlägen der Kommission zustimmen, so treten wir ein für den Schutz des Bauern als Privatbesitzer. („Sehr richtig!“) Es kann nicht die Aufgabe der Partei sein, welche die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel erstrebt, das Privateigentum gegen die Eventualitäten sichern zu wollen, welche die wirtschaftliche Entwicklung für den Privatbesitz zeitigt. („Sehr richtig!“) Und obendrein in dem Augenblicke, wo dank der wirtschaftlichen Entwicklung beim Bauern der Glaube an die Vorzüge und an den ewigen Bestand des Privateigentums langsam ins Wanken gerät. Der antikollektivistische Bauernschädel ist trotz Molkenbuhrs gegenteiliger Behauptung keine fromme Sage. Und wenn er jetzt allmählich anfängt, sich unserem Werke der Aufklärung zugänglicher zu erweisen, so, weil ihm seine Verhältnisse zeigen, wie richtig wir die sozialen Zustände erfassen, weil er einzusehen beginnt, daß er als Arbeiter in der sozialistischen Gesellschaft kulturwürdiger zu leben vermag denn als „Besitzer“ in der bürgerlichen Gesellschaft. (Beifall.) Genosse Quarck hat nun allerdings behauptet, die Vorschläge bezweckten nicht in erster Linie, etliche Tausende von Bauern für uns zu gewinnen, sie geschähen vielmehr mit Rücksicht auf die Aufgaben, welche die Sozialdemokratie im Interesse der Gesamtheit und der Zukunft auf dem Gebiete der Landeskultur zu lösen hätte. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist meines Erachtens, den proletarischen Klassenkampf zu führen und zu organisieren. Für die Hebung der Landeskultur kann sie sich

im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung nicht programmatisch verpflichtet. Da führt die Hebung der Landeskultur zu einer Hebung der wirtschaftlichen Lage von Privatbesitzern. Genosse Quarck befindet sich mit seiner Auffassung in Übereinstimmung mit Professor Schmoller, der der notleidenden Landwirtschaft eine Milliarde von Staats wegen zugewendet wissen wollte und diese Forderung dem Sinne nach, ja, fast wörtlich wie Genosse Quarck begründete. Wenn ich jene Ausführung lese, so ist es mir, als höre ich Dr. Quarck. Aber Schmollers Vorschlag ist mir noch lieber als die Vorschläge, welche Dr. Quarck befürwortet. Ihm ist gleich die Rechnung beigefügt, welche das Volk begleichen muß und die auf eine Milliarde lautet.

Aber nicht nur mit Rücksicht auf den programmatisch festgelegten Bauernschutz sind die Vorschläge der Kommission entschieden zu verwerfen, auch mit Rücksicht darauf, daß sie die Sozialdemokratie in das staatssozialistische Fahrwasser lenken. Wir leben in einem kapitalistischen Staate, der durch Militarismus und Bürokratismus verbösert ist. Und die Machtmittel dieses Staates sollten wir vermehren, indem wir für die staatliche Monopolisierung des Hypothekenkredits eintreten, für Vermehrung der Staatsländereien und Staatsbetriebe, für landwirtschaftliche Genossenschaften mit Staatshilfe usw.? Kurz, für Maßregeln, welche weite Schichten der Bevölkerung wirtschaftlich und damit politisch vom heutigen Staat abhängig machen? Es ist zwar betont worden, wir stimmten auch ohne Furcht vor der Abhängigkeit der Eisenbahnbeamten für die Errichtung von Staatsbahnen. Aber es ist ein anderes, für eine Maßregel stimmen und eine Maßregel im Programm festlegen. Und die politische Unfreiheit der Eisenbahnbeamten ist nicht gerade ein ermutigendes Beispiel, die gleiche Vormundschaft für weitere Schichten der Bevölkerung herbeizuführen. Gedenken Sie der Ausführungen über die Postbeamten, welche

unser Postetatredner, Genosse Schoenlank, in jeder Session des Reichstags mit eingehender Sachkenntnis und gewohnter Schneidigkeit kritisiert. („Sehr gut!“) Wieder und wieder hat er nachgewiesen, welches Übermaß der politischen Bevormundung die Postbeamten erleiden, wie Maßregelung auf jede Äußerung einer politisch mißliebigen Meinung folgt, wie der Staat in das Privatleben seiner Angestellten eingreift, darüber wacht, daß nicht ein grüner Junge an dem ersten besten Frauenzimmer hängenbleibt. Nun sagt man, Stumms Arbeiter sind nicht weniger unfrei. Aber Neunkirchen ist doch nicht überall, und die Bevormundung des Staates braucht nicht größer zu sein als bei Stumm.

Bebel meinte gestern, die Junker benützten den Kredit der Landschaftskassen, und sie seien trotzdem nicht abhängig vom Staat. Meines Wissens sind die Landschaftskassen keineswegs gleichbedeutend mit einer staatlichen Monopolisierung des Hypothekarkredits. Aber auch wenn dem so wäre, würden die Junker in der Folge allerdings nicht in Abhängigkeit vom Staate geraten. Der Staat hat nicht die Junker. Die Krautjunker zusammen mit den Schlotjunkern haben den Staat. („Sehr gut!“) Könnte das Proletariat erst sagen: „Die Staatsgewalt bin ich!“ so lägen die Dinge wesentlich anders. Wir würden dann die Maßregeln, welche die Kommission fordert, unbedenklich durchführen können; mehr noch, wir würden sie durchführen müssen; wir würden in den einschlägigen Reformen viel weiter gehen müssen. Aber wir müssen mit der Wirklichkeit rechnen, mit dem heutigen Staat. Bebel äußerte sich dem Sinne nach genauso auf dem Parteitage zu Köln gelegentlich der Frage des Antisemitismus. Er erklärte die Verstaatlichung der Hypotheken und ähnliche positive Maßnahmen für bedenklich und will sie nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gelten lassen, unter der Herrschaft einer revolutionären Regierung. Genosse Liebknecht, der bereits vor 1868 in

weitgehender Voraussicht auf die Bedeutung der Grund- und Bodenfrage hingewiesen hat, sprach sich auf dem Berliner Parteitage in der entschiedensten Weise gegen den Staatssozialismus aus. Nachdem er das Wesen des heutigen Staates gekennzeichnet hatte, führte er aus:

„Wenn in Deutschland den Großgrundbesitzern, die immer klagen, nicht bestehen zu können, vom Staat ihre Grundstücke nominell genommen, dafür aber angemessene „Liebesgaben“ und das Recht verliehen würde, gewissermaßen als *Satrapen* des Staates, wie die Satrapen des alten Perserreiches, als Oberklavenhalter über die kleinen Leute und die Landarbeiter, den Landbau zu leiten – wäre das nicht eine große Verbesserung für die Herren Junker, und glauben Sie nicht, daß dieser Gedanke oft schon in den Köpfen der gescheiterten Junker aufgestiegen ist? Selbstverständlich würden sie nur dann einwilligen, wenn sie sowohl an Einkünften als an Einfluß gewinnen würden; allein das wäre auf dem Boden des Staatssozialismus leicht zu machen. Der Gedanke ist also durchaus nicht als völlig in der Luft stehend abzulehnen. Und sicher ist, daß diejenigen, welche in den oberen Klassen dem Staatssozialismus huldigen, keineswegs sich auf die Industrie beschränken wollen, sondern auch die Verstaatlichung des Grund und Bodens im Auge haben, aber immer selbstverständlich im Sinne des heutigen Junker- und Polizeistaats. Je stärker der Gegensatz wird zwischen Sozialismus und Kapitalismus, je mehr der Kapitalismus unter den Konsequenzen seines eigenen Wesens, unter den Wirkungen seiner eigenen Entwicklungsgesetze leidet, je mehr ihn die Furcht vor der anwachsenden Sozialdemokratie quält, desto näher rücken wir der Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Gedankens.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892“, Berlin 1892, S. 179–180. *Die Red.*

Bebel bestritt damals, daß in größeren kapitalistischen Kreisen die Neigung zur Verstaatlichung vorhanden sei. Liebknecht hielt seine Ausführungen aufrecht, aber das konnte auch er nicht voraussehen, daß wenige Jahre später eine staatssozialistische Meinung sich geltend machen würde im Lager der Sozialdemokratie, zwar nicht in weiten Kreisen derselben, dafür aber in einflußreichen Kreisen. Und das ist erklärlich genug: Der Staatssozialismus steht in so schroffem Widerspruch zu dem Charakter der deutschen Sozialdemokratie, er verträgt sich so wenig mit den geschichtlichen Bedingungen, unter denen diese sich entwickelt und kämpft, daß niemand das Auftauchen einer Strömung voraussehen konnte, welche die Sozialdemokratie zu staatssozialistischen Experimenten drängen will. („Sehr wahr!“ und Heiterkeit.)

Im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung würden wir den staatlich monopolisierten Hypothekarkredit als Unteroffiziersprämie bekommen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit Staatshilfe würden treffliche Stellen liefern für das Heer der Militäranwärter. (Beifall.)

Aber auch als praktische Agitatorin wende ich mich gegen die Vorschläge der Agrarkommission. Ich gehöre auch zu denen, „welche ein paar Versammlungen auf dem Lande abgehalten und einmal mit ein paar Bauern gesprochen haben“. Mit Bauern, die nicht aus einem Roman genommen waren, deren Bekanntschaft ich auch nicht auf der Bühne gemacht hatte. Ich habe vor ihnen unser Programm mit dem größten Erfolge entwickelt. Nicht, daß ich diese Erfolge überschätze. Aber ich unterschätze auch nicht, was durch diese Agitation ausgerichtet wird. Ich meine, wir haben schon sehr viel gewonnen, wenn die nämlichen Bauern uns hören, die uns bisher mit Hunden aus dem Dorfe hetzten. („Sehr gut!“) Wenn ich dabei auf meine persönlichen Erfahrungen verweise, so aus einem bestimmten Grunde.

In meiner Eigenschaft als Frau und als Sozialdemokratin hatte ich ein zweifaches Vorurteil der ländlichen Bevölkerung gegen mich. Wenn sie meinen Ausführungen Beifall zollte, so beweist dies, daß auch die Bauern unserer aufklärenden Agitation auf Grund des jetzigen Programms zugänglich sind. Bieten wir überhaupt dem Bauern gar nichts, wenn wir ohne die schönen Geschenke der Agrarkommission aufs Land kommen? Keineswegs. Wir bieten ihm schon jetzt viel in unserem Reformprogramm. In Sachen der Steuerfragen, des Militarismus, der Bildung bieten wir der bäuerlichen Bevölkerung viel mehr, als irgendeine bürgerliche Partei bieten kann. Deren miserable Haltung den Volksinteressen gegenüber bietet unserer Kritik die Breitseite dar. („Sehr wahr!“) Gerade umgekehrt würde die Sache liegen bezüglich der Vorschläge der Kommission. Da werden wir von den Versprechungen der demagogischen Antisemiten und nicht minder demagogischen Konservativen um mehr als Nasenlänge geschlagen. („Sehr richtig!“) Wir sind bei unseren Versprechungen gebunden durch die Rücksicht auf das Interesse des Proletariats. Die bürgerlichen Parteien kennen diese Fesseln nicht. Unsere Haltung gegenüber den Bauern wäre also beständig eine verklausulierte. Der Bauer würde demgegenüber erklären: Verklausulierung hin, Verklausulierung her. Mir ist der bürgerliche Politiker ohne Verklausulierung lieber. („Bravo!“) Er wird den bürgerlichen Reformern uns vorziehen. Dieser verspricht ihm wirtschaftlich mehr und paßt sich außerdem den politisch, religiös und sozial rückständigen Anschauungen des Bauern an. („Sehr richtig!“) Wir werden durch die Vorschläge der Kommission seine Sympathien nicht gewinnen, vor allem nicht auf die Dauer! Von heute auf morgen würde er es vielleicht mit uns versuchen, nach dem Sprichwort: Neue Besen kehren gut. Von morgen auf übermorgen würde er uns hassen, hassen mit der ganzen Wut der enttäuschten Hoffnung! (Beifall.)

Daß die angeschnittene Frage eine brennende ist, bestreite ich durchaus nicht. Aber sie gehört meines Erachtens zu jenen Fragen, die wir im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht lösen können. Es gibt eine Reihe solcher Fragen, so die der Krisen. Solche Fragen haben wir kritisch zu untersuchen, unsere Haltung ihnen gegenüber in Theorie und Praxis festzulegen. Wir dürfen uns aber nicht zum Zwecke ihrer Lösung in Experimente einlassen. Mit dem guten Willen allein ist's hier nicht getan. Genosse David hat zwar erklärt, die Sozialdemokratie ist nicht die Partei des Wissens, sondern des Willens. Ich bin der Ansicht, daß die Sozialdemokratie die Partei des zielklaren Willens ist, weil sie die Partei des zielklaren Wissens ist. (Beifall.) Bequemen wir uns der Auffassung des Genossen David an, daß Probieren über Studieren geht, so treten wir in die Fußstapfen des Zickzackkurses. Er ist bis jetzt der sozialen Frage gegenüber vor lauter Probieren – mit dem Zuckerbrot, mit der Peitsche, mit allen möglichen Mitteln – nicht zum Studieren gekommen. („Sehr gut!“)

Überraschen muß uns, daß von den Befürwortern der Kommissionsvorschläge wieder und wieder betont werden muß, daß dies oder jenes nicht gemeint war, daß die oder jene Konsequenz nicht beabsichtigt wurde. Ein Programm soll klipp und klar sagen, was wir wollen. Was ist das für ein Programm, das zu jedem Punkt einer Exegese bedarf, was damit eigentlich gemeint ist? Außerdem können wir nicht mit dem rechnen, was die Kommission gemeint hat. Nicht ihr gutes Herz ist maßgebend für den Wert ihrer Vorschläge, vielmehr die Einwirkung derselben auf den revolutionären Klassenkampf des Proletariats. Die Wirklichkeit ist so rücksichtslos, daß sie nicht bloß über die guten Absichten der Agrarkommission zur Tagesordnung übergeht, sondern über die Auffassung der ganzen Sozialdemokratie, sobald diese sich

vom Boden der tatsächlichen Verhältnisse entfernt. Die Gegner würden sich beeilen, die Konsequenzen aus den zu Beschlüssen und Programmpunkten erhobenen Vorschlägen der Kommission zu ziehen. Und dies mit um so größerem Eifer, je fehlerhafter die Prämissen sind, von denen wir ausgehen. Wir müssen die Vorschläge der Kommission um so entschiedener zurückweisen, als sie nur eine Lokalisierung jener Strömung in unserer Partei ist, welche vor allem positiv, praktisch sein will und über dem Reformeifer den Charakter unserer Partei vergißt, den Charakter der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung übersieht, die scharfe Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland. Wir haben gerade gegenwärtig um so mehr Ursache, diese Richtung zurückzuweisen, als sich Genosse Bebel in Sachen der Agrarfrage für sie mit aller Wärme ins Zeug legt. Ich bitte, die folgenden Ausführungen durchaus nicht persönlich aufzufassen. Unter den Vertretern jener Richtung befinden sich Leute, die als Parteigenossen meine höchste Achtung besitzen, Leute, die mir als Freunde persönlich sehr nahestehen. Nichtsdestoweniger sind sie mir als Richtung greulich. (Heiterkeit.) Und wenn ich Bebel unter ihnen sehe, so drängt sich mir unwillkürlich die Stelle aus „Faust“ auf die Lippen: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh’.“<sup>1</sup> (Lebhafter Beifall.) Wenn wir erleben, daß der Genosse, der noch wochenlang nach dem Frankfurter Parteitag als Saulus gegen die gekennzeichnete Richtung zu Felde gezogen ist, in der Agrarkommission sein Damaskus gefunden hat, so können wir nicht entschieden genug erklären: Die Sozialdemokratie geht nicht nach Damaskus. Halten wir an dem revolutionären Charakter unserer Partei fest. Seien wir Reforme, seien wir Praktiker, allzeit und über-

<sup>1</sup> „Es tut mir lang schon weh,  
Daß ich dich in der Gesellschaft seh’.“  
(Goethe, „Faust“, 1. Teil.) *Die Red.*

all; wo wir es sein können, ohne den revolutionären Charakter der Partei preiszugeben. Aber seien und bleiben wir zum ersten Male revolutionär, zum zweiten Male revolutionär, zum dritten Male revolutionär!

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.  
Abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895“,  
Berlin 1895, S. 138-143.

---

Nur mit der proletarischen Frau  
wird der Sozialismus siegen!

*Rede auf dem Parteitag  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Gotha*

16. Oktober 1896

Durch die Forschungen von Bachofen, Morgan und anderen scheint es erwiesen, daß die soziale Unterdrückung der Frau mit der Entstehung des Privateigentums zusammenfällt. Der Gegensatz innerhalb der Familie zwischen dem Mann als Besitzer und der Frau als Nichtbesitzerin wurde die Grundlage für die wirtschaftliche Abhängigkeit und die soziale Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts. In dieser sozialen Rechtlosigkeit liegt nach Engels eine der ersten und ältesten Formen der Klassenherrschaft, er sagt:

„Er ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat.“<sup>1</sup> Trotzdem konnte von einer Frauenfrage im modernen Sinn des Wortes nicht die Rede sein. Erst die kapitalistische Produktionsweise hat gesellschaftliche Umwälzungen gezeitigt, welche die moderne Frauenfrage entstehen ließen; sie schlugen die alte Familienwirtschaft in Trümmer, die in der vorkapitalistischen Zeit der großen Masse der Frauenwelt Lebensunterhalt und Lebensinhalt gewährt hatte. Wir dürfen freilich auf die alte hauswirtschaftliche Tätigkeit der Frauen nicht jene Begriffe übertragen, die wir mit der Tätigkeit der Frau in unserer Zeit verbinden, den Begriff des Nichtigen und Kleinlichen. Solange die alte Familie noch bestand, fand die Frau in derselben einen Lebensinhalt durch produktive

<sup>1</sup> Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, S. 216. *Die Red.*

Tätigkeit, und daher kam ihre soziale Rechtlosigkeit ihr nicht zum Bewußtsein, wenn auch der Entwicklung ihrer Individualität enge Schranken gezogen waren.

Die Zeit der Renaissance ist die Sturm- und Drangperiode des Erwachens der modernen Individualität, die sich nach den verschiedensten Richtungen voll und ganz ausleben kann. Da treten uns Individualitäten entgegen, riesengroß im Guten und Bösen, die die Satzungen von Religion und Moral mit Füßen traten und Himmel und Hölle in gleicher Weise verachteten; wir finden Frauen als Mittelpunkt des gesellschaftlichen, des künstlerischen, des politischen Lebens. Und trotzdem nicht die Spur einer Frauenbewegung. Das ist um so charakteristischer, als zu jener Zeit die alte Familienwirtschaft zu zerbröckeln anfang unter dem Einfluß der Arbeitsteilung. Tausende und Tausende von Frauen fanden ihren Lebensunterhalt und -inhalt nicht mehr in der Familie. Aber diese Frauenfrage, soweit davon die Rede sein konnte, wurde damals soviel wie möglich gelöst durch Klöster, Stifte, Ordensgesellschaften.

Die Maschinen, die moderne Produktionsweise grub dann aber nach und nach der eigenen Produktion im Haushalt den Boden ab, und nicht für Tausende, sondern für Millionen von Frauen entstand nun die Frage: Wo nehmen wir den Lebensunterhalt her, wo finden wir einen ernsten Lebensinhalt, eine Betätigung auch nach der Gemütsseite? Millionen wurden jetzt darauf verwiesen, Lebensunterhalt und Lebensinhalt draußen in der Gesellschaft zu finden. Da wurde ihnen bewußt, daß die soziale Rechtlosigkeit sich der Wahrung ihrer Interessen entgegenstellt, und von dem Augenblicke an war die moderne Frauenfrage da. Wie die moderne Produktionsweise arbeitet, die Frauenfrage weiter zu verschärfen, dafür einige Zahlen. 1882 zählte man in Deutschland auf 23 Millionen Frauen und Mädchen  $5\frac{1}{2}$  Millionen Erwerbstätige, das heißt, fast ein Viertel der weiblichen Bevölkerung konnte

seinen Lebensunterhalt nicht mehr in der Familie finden. Nach der Volkszählung von 1895 hat in der Landwirtschaft im weitesten Sinne die Zahl der erwerbstätigen Frauen seit 1882 um mehr als 8 Prozent zugenommen, in der Landwirtschaft im engeren Sinne um 6 Prozent, während gleichzeitig die Zahl der erwerbstätigen Männer um 3 beziehungsweise 11 Prozent abgenommen hat. Auf dem Gebiete der Industrie und des Bergbaus haben die erwerbstätigen Frauen um 35 Prozent zugenommen, die Männer nur um 28 Prozent; im Handel die Zahl der Frauen sogar um mehr als 94 Prozent, die der Männer nur um 38 Prozent. Diese trockenen Zahlen sprechen weit beredter von der Dringlichkeit der Lösung der Frauenfrage, als es überschwengliche Deklamationen könnten.

Aber die Frauenfrage ist nur innerhalb jener Klassen der Gesellschaft vorhanden, welche selbst Produkte der kapitalistischen Produktionsweise sind. Wir finden deshalb keine Frauenfrage in den Kreisen der Bauernschaft mit ihrer, wenn auch stark eingeschränkten und durchlöchernten Naturalwirtschaft. Wohl aber finden wir eine Frauenfrage innerhalb derjenigen Klassen der Gesellschaft, die die eigensten Kinder der modernen Produktionsweise sind. Es gibt eine Frauenfrage für die Frauen des Proletariats, des Mittelbürgertums und der Intelligenz und der oberen Zehntausend; je nach der Klassenlage dieser Schichten nimmt sie eine andere Gestalt an.

Wie ist die Frauenfrage bei den Frauen der oberen Zehntausend gestaltet? Die Frau der oberen Zehntausend kann vermöge ihres Besitzes ihre Individualität frei entfalten, sie kann leben, wie es ihren Neigungen entspricht. Als Ehefrau aber ist sie noch immer vom Manne abhängig. Die Geschlechtsvormundschaft früherer Zeiten hat sich als Überbleibsel hinübergerettet ins Familienrecht, wo noch immer der Satz gilt: Und er soll dein Herr sein. Und wie ist die Familie der oberen

Zehntausend beschaffen, in der die Frau dem Manne rechtlich unterworfen ist? Schon bei ihrer Gründung entbehrt eine solche Familie der sittlichen Voraussetzung. Nicht die Individualität, sondern das Geld entscheidet über ihre Schließung. Da heißt es: Was das Kapital zusammenfügt, das soll eine sentimentale Moral nicht scheiden. („Bravo!“) So gelten in der Heiratsmoral zwei Prostitutionen für eine Tugend. Dem entspricht auch die Art und Weise des Familienlebens. Wo die Frau nicht mehr zur Pflichtleistung gezwungen ist, wälzt sie ihre Pflichten als Gattin, Mutter und Hausfrau auf bezahltes Mietpersonal ab. Wenn die Frauen jener Kreise den Wunsch hegen, ihrem Leben einen ernststen Inhalt zu geben, so müssen sie zunächst die Forderung der selbständigen, freien Verfügung über ihr Eigentum erheben. Diese Forderung steht deshalb im Mittelpunkt der Forderungen, welche die Frauenbewegung der oberen Zehntausend erhebt. Diese Frauen kämpfen für die Verwirklichung dieser Forderung gegen die Männerwelt ihrer Klasse genau den nämlichen Kampf, den die Bourgeoisie gegen alle bevorrechtigten Stände gekämpft hat, einen Kampf um die Beseitigung aller sozialen Unterschiede, welche auf dem Vermögensbesitz begründet sind. Daß es sich bei der Verwirklichung dieser Forderung nicht um die Rechte der Person handelt, beweist das Eintreten des Herrn von Stumm im Reichstage für dieselbe. Wann wäre Herr von Stumm je eingetreten für die Rechte einer Person? Dieser Mann bedeutet in Deutschland mehr als eine Persönlichkeit, er ist das Fleisch und Blut gewordene Kapital („Sehr richtig!“), und wenn er im billigen Mummenschanz eines Freundes der Frauenrechte aufgetreten ist, so geschah es, weil er gezwungen war, vor der Bundeslade des Kapitals zu tanzen. Derselbe Herr von Stumm ist ja jederzeit bereit, seinen Arbeitern den Brotkorb höher zu hängen, sobald sie nicht nach seiner Pfeife tanzen, und er würde es mit wohlgefälligem Schmunzeln begrüßen, wenn

der Staat als Arbeitgeber den Professoren und Doktoren, die es wagen, in Sozialpolitik zu machen, den Brotkorb etwas höher hängte. Herr von Stumm erstrebt nichts anderes als eine Art Fideikommiß für das bewegliche Vermögen und mit weiblicher Erbfolge, denn es gibt auch Väter, die Vermögen erworben haben, aber in der Wahl ihrer Kinder nicht vorsichtig gewesen sind und nur Töchter als Erben haben. Das Kapital heiligt auch die niedere Weiblichkeit und befähigt sie, über ihr Vermögen verfügen zu können. Es ist das die letzte Stufe der Emanzipation des Privateigentums.

Wie zeigt sich nun die Frauenfrage in den klein- und mittelbürgerlichen Kreisen und innerhalb der bürgerlichen Intelligenz? Hier ist es nicht der Besitz, welcher die Familie auflöst, hier sind es wesentlich die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktion. In dem Maße, wie diese ihren Triumphmarsch vollzieht, wird das mittlere und das kleine Bürgertum mehr und mehr zugrunde gerichtet. Innerhalb der bürgerlichen Intelligenz führt wieder ein anderer Umstand zur Verschlechterung der Lebensbedingungen: Das Kapital bedarf der intelligenten und wissenschaftlich geschulten Arbeitskräfte, es hat deshalb eine Überproduktion an Proletariern der Kopfarbeit begünstigt und dazu beigetragen, daß die frühere angesehene und einträgliche gesellschaftliche Stellung der Angehörigen liberaler Berufe mehr und mehr schwindet. In demselben Maße nimmt aber die Zahl der Eheschließungen immer mehr ab, denn während auf der einen Seite die materiellen Grundlagen verschlechtert sind, steigen auf der anderen Seite die Ansprüche des einzelnen an das Leben, und da überlegt es sich der Mann jener Kreise selbstverständlich zweimal und dreimal, ehe er sich zur Ehe entschließt. Die Altersgrenze für die Gründung einer eigenen Familie wird immer höher hinaufgeschraubt, und der Mann wird um so weniger zur Eheschließung gedrängt, als in unserer Zeit genug gesellschaftliche Ein-

richtungen dem Hagestolz ein behagliches Leben, auch ohne legitime Frau, ermöglichen. Die kapitalistische Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft sorgt schon durch Hungerlöhne dafür, daß ein großes Angebot von Lustdirnen der Nachfrage nach denselben seitens der Männerwelt entspricht. So nimmt die Zahl der unverheirateten Frauen in mittelbürgerlichen Kreisen immer mehr zu. Die Frauen und Töchter jener Kreise werden in die Gesellschaft hinausgestoßen, um sich eine Existenz zu gründen, die ihnen nicht nur Brot verschafft, sondern auch ihren Geist zu befriedigen vermag. In diesen Kreisen ist die Frau dem Manne nicht gleichberechtigt als Besitzerin von Privatvermögen wie in den höheren Kreisen; sie ist auch nicht gleichberechtigt als Proletarierin, wie in den Proletarierkreisen; die Frau jener Kreise muß vielmehr ihre wirtschaftliche Gleichstellung mit dem Mann erst erkämpfen, und sie kann das nur durch zwei Forderungen, durch die Forderung auf gleiche Berufsbildung und durch die Forderung auf gleiche Berufstätigkeit für beide Geschlechter. Dies bedeutet wirtschaftlich nichts anderes als die Verwirklichung der Gewerbefreiheit und die freie Konkurrenz zwischen Mann und Frau. Die Verwirklichung dieser Forderung entfesselt einen Interessengegensatz zwischen den Frauen und Männern des Mittelbürgertums und der Intelligenz. Die Konkurrenz der Frauen in den liberalen Berufen ist die treibende Kraft für den Widerstand der Männer gegen die Forderungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Es ist die reine Konkurrenzfurcht; alle sonstigen Gründe, die gegen die geistige Frauenarbeit geltend gemacht werden, das kleinere Gehirn der Frau, ihr angeblich natürlicher Beruf als Mutter, sind nur Vorwände. Dieser Konkurrenzkampf drängt die Frau dieser Schichten dazu, politische Rechte zu verlangen, damit sie im politischen Kampfe alle Schranken niederreißen kann, die ihrer wirtschaftlichen Betätigung noch entgegenstehen.

Ich habe hiermit nur das ursprüngliche, rein wirtschaftliche Moment gezeichnet. Wir würden der bürgerlichen Frauenbewegung Unrecht tun, wenn wir sie nur auf rein wirtschaftliche Motive zurückführen wollten. Nein, sie hat auch eine tiefenste geistige und sittliche Seite. Die bürgerliche Frau verlangt nicht nur ihr eigenes Brot, sondern sie will sich auch geistig ausleben und ihre Individualität entfalten. Gerade in diesen Schichten finden wir jene tragischen, psychologisch interessanten Noragehalten, wo die Frau es müde ist, als Puppe im Puppenheim zu leben, wo sie teilnehmen will an der Weiterentwicklung der modernen Kultur; und sowohl nach der wirtschaftlichen als nach der geistig-sittlichen Seite hin sind die Bestrebungen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vollständig berechtigt.

Für die proletarische Frau ist es das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals, unaufhörlich Rundschau zu halten nach den billigsten Arbeitskräften, das die Frauenfrage geschaffen hat . . . Dadurch ist auch die Frau des Proletariats einbezogen in den Mechanismus des wirtschaftlichen Lebens unserer Zeit, ist sie in die Werkstatt, an die Maschine getrieben worden. Sie ist hinausgegangen in das wirtschaftliche Leben, um dem Manne einige Hilfe im Erwerb zu bringen, und die kapitalistische Produktionsweise verwandelte sie in eine Schmutzkonkurrentin; sie wollte Wohlstand in die Familie bringen, und als Folge zog eine größere Not in die proletarische Familie ein; die Proletarierfrau wurde selbsttätig erwerbend, weil sie ihren Kindern das Leben sonniger und freundlicher gestalten wollte, und sie wurde ihren Kindern zum großen Teil entrissen. Sie wurde dem Mann als Arbeitskraft vollständig gleich: Die Maschine machte die Muskelkraft überflüssig, und überall konnte die Frauenarbeit sich mit den gleichen Ergebnissen für die Produktion betätigen wie die Männerarbeit. Und da sie eine billige Arbeitskraft war und vor allen Dingen eine willige Arbeitskraft, die nur in den